

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: drückerweise monatlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Wichtig! Gleich außer Bestag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 10. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preisen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Nr.: „Sozialdemokrat 87/118“.

## Die Elektrizitäts- und Gassteuer.

Als der „Vorwärts“ am 22. Oktober den Entwurf der geplanten Elektrizitäts- und Gassteuer veröffentlichte, veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß dieser Entwurf veraltet sei; die Steuervorlage hätte inzwischen bei den Beratungen im Bundesrat „eine Reihe von Änderungen“ erfahren, so daß sich der vom „Vorwärts“ publizierte Entwurf „jedenfalls mit der endgültigen Fassung“ nicht decken würde. Mit der ihr eigenen Urteilslosigkeit wiederholte die aus dem offiziellen Preßbureau und den Einzelministerien inspirierte Presse, von den rechtskonservativen Blättern bis zur „Vossischen“ und „Frankfurter Zeitung“, gläubig dieses Dementi; und einzelne dieser Blätter fügten weisheitsvoll hinzu, es wären bereits inzwischen so viele wichtige Bestimmungen des Entwurfs geändert worden, daß es sich kaum lohne, die Veröffentlichung des „Vorwärts“ zu beachten. Wie so viele Dementis des Kanzlerblattes war auch dieses nichts als Verlegenheitsgeschwätz. Ein genauer Vergleich des vom „Vorwärts“ veröffentlichten Entwurfs mit der vor einigen Tagen dem Reichstage zugegangenen offiziellen Vorlage liefert dafür den überzeugenden Beweis. Die einzigen nachträglichen Änderungen — die übrigens höchstwahrscheinlich auch nicht in der Vorlage stehen würden, wenn nicht der „Vorwärts“ den Entwurf vorzeitig veröffentlicht und dadurch auf den Bundesrat einen gewissen Druck ausgeübt hätte — bestehen in der Herabsetzung des Höchststeuerjahres für einen Kubikmeter Gas oder eine Kilowattstunde Elektrizität von 0,5 bzw. 0,25 auf 0,4 bzw. 0,2 Pf. und ferner in der Herabsetzung der Steuer für kleine Glühlampen mit geringer Kerzenstärke (bis zu 15 Watt) von 10 auf 5 Pf. Alles andere ist geblieben, auch der Steuerfuß für größere Glühlampen und für Glühkörper (Glühstrümpfe). Für letztere fordert der Entwurf noch immer 10 Pf. Steuer pro Stück, also zirka 50 bis 60 Proz. des Kleinverkaufspreises.

Das sonst noch geändert ist, bezieht sich lediglich auf die redaktionelle Fassung, so ist im § 1 das Wort „Abgabe“ durch „Steuer“ und im § 5 der Satz: „Der Bundesrat bestimmt, von welchem Erzeugnisse die Abgabe erhoben werden soll“ durch die Worte: „Die näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat“ ersetzt. Ferner sind zwei Paragraphen in einen zusammengefaßt, so daß der Entwurf jetzt statt 67 nur 66 Paragraphen enthält.

Daß durch diese Änderungen der Entwurf einen ganz anderen Inhalt erlangt, wird selbst das Kanzlerblatt nicht behaupten wollen. Auch von einer wesentlichen Verbesserung des Entwurfs kann nicht die Rede sein. Noch immer bedeutet das geplante Elektrizitäts- und Gassteuergesetz eine beträchtliche Belastung des Konsums und eine Erschwerung der ganzen industriellen Entwicklung. Wie bedeutend diese Belastung selbst für den einfachen bürgerlichen Haushalt ist, zeigt folgende Berechnung:

Auch ein ganz einfacher Kleinbürgerlicher Haushalt braucht, wenn des Abends in den Zimmern zwei oder drei Kerzen brennen und in der Küche mit Gas gekocht wird, im Durchschnitt 80 bis 90 Kubikmeter Gas pro Monat. Nach dem Entwurf stellt sich dafür die Steuer auf 3,84 bis 4,27 M., und wenn man die Besteuerung der Glühstrümpfe usw. hinzurechnet, auf mindestens 5 bis 6 M. pro Jahr. Betrachtlicher ist natürlich die Ausgabe, wenn der Gasverbraucher neben der Wohnung einen kleinen Laden hat, in welchem regelmäßig vier, fünf Kerzen brennen, und wenn außerdem in der Werkstätte des Abends zwei, drei Kerzen brennen, dann steigt die jährliche Steuerbelastung um das drei- oder vierfache, auf 20—25 M. das Jahr. Und noch weit höher ist selbstverständlich der Steuerbetrag, wenn in der Werkstätte außerdem ein Gasmotor zum Antrieb kleiner Maschinen benutzt wird.

Ähnlich, wenn auch vielleicht im ganzen ein wenig niedriger stellen sich die Kosten, wenn elektrisches Licht gebrannt und ein Elektromotor benutzt wird.

Von den Befürwortern des Regierungsentwurfs wird zwar behauptet, daß meistens die Steuer gar nicht von dem Konsumenten, sondern von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken getragen werde. Man führt einige große Städte an, die aus ihren Gaswerken eine so beträchtliche Einnahme beziehen, daß selbst dann, wenn die betreffenden Werke die ganze Steuer übernehmen würden, der Gewinn nur um 20 bis 30 Proz. vermindert würde. So liefert Berlin z. B. jährlich für zirka 28 Millionen Mark Gas an die Konsumenten und erzielt dabei einen Reingewinn von über 8 Millionen Mark. Da die Steuer sich nur auf zirka 1,2 Millionen Mark stellt, bliebe selbst, wenn die städtischen Gaswerke die ganze Steuer übernehmen, noch immer ein enormer Reingewinn.

Das mag für Berlin zutreffen, vielleicht auch noch für einige andere große Städte; keineswegs aber für die Mehrheit. Es gibt in Deutschland noch viele große private Gas- und Elektrizitätsgesellschaften, die in keinem Fall die Steuern übernehmen, sondern sie den Bestimmungen des Regierungsentwurfs entsprechend auf die Konsumenten abwälzen werden. Sodann sind aber auch viele städtische Gaswerke gar nicht in der Lage, die Gassteuer zu tragen; denn sie sind oft von der Stadt

zu verhältnismäßig hohem Preis übernommen oder neu errichtet und das in ihnen angelegte Kapital bringt kaum vier und fünf Prozent Zinsen. So hatten z. B. die 425 größten Gaswerke, die sich 1905 im Besitze preussischer Städte und Landgemeinden befanden, bei einer Gesamtabgabe von 830 Millionen Kubikmeter Gas nur einen Rohüberschuss von 54 Millionen Mark. Von diesem Ueberschuss müssen noch die Ausgaben für Verzinsung der zirka 230 Millionen Mark betragenden Schulden, für Tilgung, Abschreibungen und Erneuerung der Einrichtungen abgezogen werden, so daß als Reingewinn der 425 Gaswerke insgesamt nur zirka 30 Millionen Mark übrigbleiben.

Sicherlich werden, falls das Gesetz vom Reichstag angenommen werden sollte, vielfach die städtischen Gaswerke, schon um der Sicherheit und der weitläufigen Durchführung zu entgehen, die Steuer übernehmen, aber sie werden dafür einfach ihre Abgabepreise um einen halben Pfennig pro Kubikmeter Gas erhöhen, das heißt, der Konsument hat statt der 0,4 Pf. Steuer pro Kubikmeter einen Aufschlag von 0,5 Pf. zu zahlen. Möglich, daß in einigen Städten die Stadtparlamente durchsetzen würden, daß der Gaspreis nicht erhöht wird; in diesem Fall erleidet aber die städtische Verwaltung einen Einnahmehausfall, der auf irgendeine andere Weise wieder gedeckt werden muß, d. h. durch die Erhöhung irgendeiner anderen Steuer. Die Folge würde lediglich sein, daß nicht ausschließlich die Verbraucher von Gas und Elektrizität die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer zu entrichten hätten, sondern daß diese auf dem Umwege über die Stadtverordnetenversammlungen der Gesamtbewohnerschaft der betreffenden Gemeinde auferlegt würde.

Genau dasselbe gilt von der Elektrizitätsindustrie. Auch sie wird, mögen auch heute manche Interessenten der Elektrizitätsindustrie die Möglichkeit solcher Abwälzung bestreiten, die neue Steuer auf die Konsumenten abwälzen. Nur in einzelnen Fällen, wo sie durch abgeschlossene Lieferungsverträge gebunden ist und diese nicht zu durchbrechen vermag, oder wo mit den Elektrizitätswerken der Betrieb elektrischer Straßenbahnen verbunden ist und die Fahrpreise durch Verträge mit den Gemeinden festgesetzt sind, wird die Elektrizitätsindustrie allenfalls die Steuer vorläufig übernehmen. Sie wird in diesem Falle aber sicherlich danach trachten, die Verringerung ihrer Einnahmen dadurch auszugleichen, daß sie den Preis der Stromabgabe an kleine industrielle Betriebe um so mehr in die Höhe schraubt. Gerade darin liegt aber eine dem weiteren Fortschritt unserer Industrie drohende ernste Gefahr. Immer mehr hat während der letzten Jahre der Elektromotor in der Kleinindustrie und selbst in dem handwerksmäßigen Betriebe Eingang gefunden, da er sich jeder Betriebs- und Bewegungsart anpaßt und die Kraft in jeder Größenabstufung zur Verfügung stellt, auch für kurze, oft unterbrochene Verwendungzeiten. Einzelne Industrie- und Handwerkszweige beruhen heute geradezu auf der Möglichkeit, billige elektrische Kraft verwenden zu können. Sie werden durch die Besteuerung dieser Kraft aufs schwerste geschädigt, und in ihrer Entwicklung gehemmt, in einzelnen Fällen vielleicht sogar auf frühere Entwicklungsstufen zurückgeworfen.

Und wie in das Kleingewerbe dringt auch die Elektrizität in die Landwirtschaft ein. Heute steht zwar die sogenannte „Elektrifizierung“ der Landwirtschaft erst in ihren Anfängen, sie verheißt aber für die Zukunft eine gründliche Revolutionierung des landwirtschaftlichen Betriebes, denn viel leichter als der Transport der schweren und nebenbei teuren Dampftraktoren, die sich auf weichen und hügeligen Gelände nur sehr schwer fortbewegen lassen, ist die Ueberleitung des elektrischen Stromes, der sich bequem für die mannigfachen mechanischen Arbeiten: zum Hacken, Pflügen, Mähen, Dreschen, Gabelschneiden, Wasserpumpen, Pressen usw. verwenden läßt. Da aber nur große Güter sich eigene elektrische Zentralstationen anzulegen vermögen, sind elektrische Ueberlandzentralen nötig. Man kann annehmen, daß im allgemeinen nur bei landwirtschaftlichen Großbetrieben von mehr als 2000 Morgen sich die Anlage eigener elektrischer Zentralen lohnt; die kleineren Betriebe sind auf Stromlieferungen aus den Ueberlandzentralen angewiesen, und in Deutschland gibt es über 300 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von 80—2000 Morgen. Anstatt diese Entwicklung zu fördern und der Landwirtschaft zu helfen, sich billigere Betriebskraft zu verschaffen, stellt sich aber die Regierung durch ihren Steuerplan der Elektrifizierung der Landwirtschaft in den Weg und hindert ihren technischen Fortschritt.

Die gleiche hemmende Wirkung hat die geplante Elektrizitätssteuer auf die der eigentlichen Elektrizitätsindustrie angegliederte und aus ihr hervorgegangene elektrotechnische Industrie, die ihre Fabrikate unter Anwendung mehr oder minder hochgeladener elektrischer Ströme erzeugt, wie z. B. die Fabrikation von Aluminium, Calciumcarbid, chloraurem Kali, Kalkstickstoff, dem für die Landwirtschaft so wichtigen Erbsen-Chilisalpeter, usw. Ferner ist ganz unzweifelhaft, daß durch die geplante Besteuerung der elektrischen Kraft die Anwendung der Letzteren im Eisenbahnbetriebe und die Umwandlung von Wasserkraft in elektrische Kraft gehemmt, in manchen Fällen vielleicht verhindert wird, und doch hängt davon zu einem wesentlichen Teil der weitere Fortschritt der deutschen In-

dustrie ab. Noch schlummert ein ungeheures Kapital in den deutschen Wasserkraften, die an vielen Stellen geeignet sind, die Kohle zu ersetzen und die Industriealisierung der mit Kohlen nicht geeigneten Landstriche des Ostens und der süddeutschen Staaten zu erleichtern. Besonders in Bayern, Baden und Elsaß-Lothringen sind viele Wasserkraften noch nicht ausgenutzt. So wird amtlich die ausnützbar Wasserkraft Bayerns auf ungefähr 900 000, Badens auf 500 000, Elsaß-Lothringens auf 100 000 Pferdekraften geschätzt. Bisher werden davon in Bayern aber erst 12, in Baden 20 und in Elsaß-Lothringen 23 Proz. ausgenutzt; mehr als vier Fünftel dieser Wasserkraften harren noch ihrer Ausnutzung für die Produktion.

Die im Reichstagsamt ausgearbeitete Elektrizitäts- und Gassteuer bedeutet demnach nicht nur eine erhebliche Mehrbelastung des deutschen Volkes, eine Belastung, die von dem Reichstagsamt selbst auf 54 Millionen Mark jährlich geschätzt wird, sondern auch eine Verlangsamung der industriellen Entwicklung Deutschlands und eine Benachteiligung der kohlenarmen süddeutschen Länder gegenüber den Kohlen- und Eisenzüehenden des westlichen Preußens. Für die Sozialdemokratie ist deshalb diese Steuer unannehmbar.

## Die Verantwortung des Reichstags.

Der deutsche Reichstag hält heute die Sitzung, die zu einer Gerichtsitzung werden sollte über den deutschen Absolutismus und zu einer Rettungsaktion für den zu werden droht, der für die jämmerlichen Zustände vor dem Reichstage die Verantwortung trägt. In voller Verwirrung trifft der Tag die bürgerlichen Parteien. Alle Pläne über ein gemeinsames Vorgehen der „Staatsverbundenen“ Parteien sind gescheitert und es bleibt ihnen nichts übrig, als das Gesandnis, daß sie in der entscheidenden Stunde außer Stande sind, die Interessen des Volkes zu wahren. Fürst Bülow, der heute als Angelegter vor das Jang tritt, wird keine Richter finden, weil die, die richten sollten, sich in Mitschuldige verwandelt haben.

Nach einmal muß es gesagt werden: die Entscheidung, die heute fällt, ist die Entscheidung über die deutsche Verfassung. Der Reichstag steht der Regierung in unangreifbarer Position gegenüber. Der Absolutismus hat seine Existenz offenkundig verwirkt. Er hat das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gedrückt und sich als Gefahr für die Sicherheit des Friedens erwiesen. Auf der Seite des Reichstages steht in diesem Augenblicke nicht nur alle moralische Kraft, sondern auch das materielle Nachmittel der Steuerbewilligung. Wenn der Reichstag will, so kann er den Absolutismus auf die Knie zwingen. Wenn er erklärt, daß er einen Minister, der nur der Fehler des absolutistischen Regiments ist, nicht länger duldet, wenn er erklärt, daß kein künftiger Kanzler einen Tag länger auf seinem Posten bleiben darf, der nach anderen Weisungen regiert, als denen, die er vom Parlament empfängt, und wenn er der Regierung schließlich jede finanzielle Beihilfe so lange versagt, bis ihm sichere Garantien für die Einschränkung der unverantwortlichen Machtphäre gegeben sind, dann hat der Absolutismus eine entscheidende Niederlage erlitten. Dann ist auch in Deutschland die Bahn für eine parlamentarische Regierung frei. Wenn aber der Reichstag die Macht, die jetzt die Gunst der Umstände in seine Hand gelegt hat, nicht gebraucht, wenn er jetzt gerettet, aber der Reichstag selbst verloren. Denn wenn der Reichstag selbst jetzt seine Pflicht nicht erfüllt, dann wird es klar, daß der Kampf gegen den Absolutismus von den Volksmassen selbst geführt werden muß, und geführt werden muß nicht nur gegen seine unmittelbaren Träger, sondern auch gegen seine Heilshelfer, die verräterische Majorität des Parlaments.

Freilich darf man über die Majorität nicht die bürgerliche Opposition vergessen, das Zentrum. Wie die Freisinnigen, seitdem sie im Block sind, nur das eine Streben kennen, sich um jeden Preis das Wohlwollen der Junker und der Regierung zu erhalten, so ist die ganze Politik des Zentrums darauf gerichtet, dieses Wohlwollen wieder zu erlangen. Das Zentrum, das sich so stolz Volkspartei nennt, hält sich in dem Kampf gegen den Absolutismus sorgsam zurück. Hoffte es doch, mit Hilfe dieses Absolutismus wieder zur Macht zu gelangen und mit den Konservativen vereint, ihn wieder als Herrschaftsmittel ausnützen zu können. Das Zentrum hat keine Intervention gestellt und die Zentrumspresse hat vorsichtige Zurückhaltung geübt. Es ist nicht zu erwarten, daß das Zentrum im Reichstage schärfer auftreten wird.

Um so wichtiger wird die Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie ist die einzige Partei, die gegen den Absolutismus das Volk selbst zum Kampfe aufrufen wird. Und als Außerer im Streit, als Anführer und zwar als Anführer mit vollem Recht, weil sie allein frei von Mitschuld an dem Ueberwuchern des Absolutismus sind, werden unsere Vertreter im Reichstag ihre Aufgabe formulieren.

Und reiches, sich stetig mehrendes Material stellt ihnen zur Verfügung. Der Skandal, den das Interview erregt hat, der durch das Gesandnis der Desorganisation des



Unabhängigen Anteils und der Unfähigkeit unserer Diplomatie vervollständigt wurde, er wird gekrönt durch die Mittel, die die Offiziere zur Rettung des Hochlanders versucht haben. Das letzte Stadium der Marokkopolitik verdient eine gründliche Beleuchtung. Hundstündig lang war Deutschland und Europa in den Glauben versetzt, daß die elende Kammerkassette von Casablanca zu einer Kriegsgeschichte werden könnte. Heute aber muß die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Erklärung veröffentlichen:

Durch den Staatssekretär v. Schoen war Ende Oktober dem französischen Vorgesandten Herrn Cambon eine allernähmige Darstellung der Vorgänge bei der Festnahme der Deserteure in Casablanca übergeben und dabei die Bitte ausgesprochen worden, daß die deutsche Regierung auch eine französische Darstellung der Angelegenheit übermitteln werde. Am Sonnabend ist nunmehr dem Auswärtigen Amt das französische Material in Gestalt eines Berichtes des Polizeikommissars Dorbo in Casablanca zugegangen. Aus diesem Bericht ergeben sich hinsichtlich der Vorgänge bei dem Zwischenfall eine Reihe wesentlicher Abweichungen in der deutschen und der französischen Darstellung. Die französischen Zeugenaussagen geben dahin, daß mit den Tätsächlichkeiten von dem Konsulats-Soldaten und von dem Konsulatssekretär begonnen worden sei; weiter wird angegeben, daß der Beamte des deutschen Konsulats die Deserteure gegenüber den französischen Marineoffizieren als seine Landleute bezeichnet und ihren Charakter als Deserteure ausdrücklich bezeichnet habe. Auch würde es nach dem französischen Bericht zweifelhaft sein, ob sich die französischen Soldaten schon im Beginn des Zusammenstoßes klar verhalten hätten, daß sie Angestellte des deutschen Konsulats vor sich hätten. Ferner sollen gegen den deutschen Beamten von französischer Seite überhaupt keinerlei Ausschreitungen und Tätsächlichkeiten stattgefunden haben.

Die beiderseitigen Darstellungen des Zwischenfalles stimmen hiernach so wenig überein, daß der tatsächliche Hergang weiterer Aufklärung bedarf durch erneute Erhebungen, sei es der beiderseitigen Behörden, sei es eines Schiedsgerichts.

Auch wir haben das Verlangen nach „weiterer Aufklärung“. Denn die offiziöse Darstellung läßt klar erkennen, daß die deutsche Diplomatie überhaupt nicht gewußt hat, um was es sich handelt, daß ihr von untergeordneten Beamten offenbar ganz falsch berichtet worden ist und daß sie in ganz leichtfertiger Weise das Verlangen nach Satisfaktion gestellt hat, das sie nun selbst nicht mehr ausrecht erhalten kann. Jetzt ist es die deutsche Regierung selbst, die anerkennt, daß die ganze Frage von einem Schiedsgericht erledigt werden kann, und daß das ganze Problem, ob Deutschland oder Frankreich zuerst einen Zwischenfall „bedauern“ soll, von dem man überhaupt nicht weiß, wie er sich abgespielt hat, nur aus der Unbekanntheit der deutschen Diplomatie mit den wirklichen Vorgängen entspringen ist. Die deutsche Diplomatie tritt jetzt einen Rückzug an, weil sie unüberlegt und leichtsinnig genug war, eine unhaltbare Position einzunehmen, in dem Bestreben, die internationale Lage gefährlich genug erscheinen zu lassen, um die Unentbehrlichkeit ihres Chefs zu demonstrieren.

Von Lächerlichkeit durch Gewissenlosigkeit zur Lächerlichkeit zurück, das ist der Kreislauf, den die deutsche Politik in den letzten Tagen mit unheimlicher Schnelligkeit zurückgelegt hat. Und das ist die Politik, über die morgen im Reichstag zu entscheiden sein wird. Die Majorität der deutschen Volksvertretung hat zu prüfen, ob sie, indem sie Wilow länger an seiner Stelle duldet, sich mit dieser Politik solidarisch erklären will.

## Der Zusammenbruch des absolutistischen Regiments in Deutschland.

In Leipzig hat Genosse Ledebour am Sonntag in einer von 300 Personen besuchten Versammlung im Kristallpalast über den Zusammenbruch des persönlichen Regiments unter stürmischem Beifall referiert. Der Reichstagsabgeordnete für Leipzig, Dr. Zundt, ist zu dieser Versammlung brieflich eingeladen, aber nicht erschienen, und doch wäre ihm, der die Sozialdemokratie als antinational herabwürdigend sucht, eine Lektion darüber, wer antinational ist, sehr dienlich gewesen.

In seinem 1 1/2stündigen Referat führte der Gen. Ledebour u. a. aus, daß mit dem persönlichen Regiment auch das absolutistisch-bureaucratische Regiment zusammengebrochen sei. Für den Kenner unserer politischen Zustände sei der Zusammenbruch allerdings nicht überraschend gekommen. Es frage sich jetzt nur, ob die bürgerlichen Parteien die Kraft und den Mut haben, Vorkehrungen zu treffen, daß endlich mit dem bisherigen System gebrochen wird. Eine gleich günstige Situation wie jetzt, ein wirkliches parlamentarisches-demokratisches Regiment zu schaffen, sei seit 1848 noch nicht wieder dagewesen. Wenn die bürgerlichen Parteien diese Gelegenheit nicht ausnützen, dem Reichstage die notwendigen Rechte für ein parlamentarisches Regiment zu schaffen, haben sie das Recht zum Wechselschritt verwirrt, wenn immer schmerzlichere Dinge sich ereignen. Wenn die Sozialdemokratie Vorsehrtspolitik treibe, müßte sie für die Beibehaltung des jetzigen Regierungssystems sein, denn es würde um so schneller abwirtschaften. Sie hat aber ein Interesse daran, daß nicht nach Willkür und Laune regiert wird, sie hat ein Interesse daran, daß Deutschland mit anderen Nationen in Frieden lebt, und daß den Kriegshereien ein Ende gemacht wird. Die Gründe für Katastrophen, wie wir jetzt eine erleben, die Deutschland zum Gespött der ganzen Welt gemacht, und es wirtschaftlich schwer schädigen, liegen in dem bureaucratistischen Regierungssystem, von dem das sogenannte persönliche Regiment ein Bestandteil ist und die parlamentarischen Einrichtungen nur ein dekorativer Aufputz sind.

Ob die bürgerliche Mehrheit den Mut und den Willen habe, die Forderungen der Ministerverantwortlichkeit usw. durchzusetzen, sei fraglich. Die Sozialdemokratie habe aber die Pflicht, die Wahrheit voranzutreiben. Die Durchsetzung der parlamentarischen Regierungsform sei die Forderung des Tages. Der Reichstag habe die Macht, diese Neugestaltung unserer Verhältnisse zu erzwingen. Deshalb müsse er sie ausnützen. Es komme jetzt darauf an, zu handeln.

Da sich an das mit minutenlangem Beifall aufgenommene Referat keine Debatte anschloß, fand die Versammlung mit der einstimmigen Annahme der Resolution ihr Ende:

Die Versammlung beschließt:

Den Reichstag aufzufordern, er möge, um das Entstehen weiterer Unruhen aus dem Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems zu verhüten, unverzüglich seine Nachbarn die Durchsetzung freier Wahlen, dem deutschen Volke würdiger Verfassungszustände anzukämpfen, indem er nicht eher in die Beratung des Budgets und der Finanzgesetze eintritt, als bis mindestens folgendes gesichert ist:

1. Die Erlegung des fälschlichen Wilow im Reichstagsamt durch einen vom Reichstag selbst vorgeschlagenen neuen Reichskanzler;

2. Anerkennung des Grundgesetzes, daß der Kanzler und die Minister (Staatssekretäre) gemäß den im Reichstag zur Geltung kommenden Anschauungen ihr Amt ausüben und deshalb auf Vorschlag des Reichstages zu ernennen sind und ihre Ämter auf Grund eines Beschlusses des Reichstages niederzulegen haben;

3. Der Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes.

4. Aenderung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages, die es dem Reichskanzler und den Ministern unmöglich machen, sich der ständigen Verantwortung für alle Einzelheiten ihrer Politik zu entziehen.

5. Aenderung der Verfassung dahin, daß die Kriegserklärung und Friedensschluß von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht wird.

6. Der Erlass eines Reichsgesetzes, durch das die Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Landesvertretungen aller Einzelstaaten innerhalb einer bestimmten Frist festgelegt wird, da der gegenwärtige Zustand weder mit dem Staatswohl noch mit dem Volkwohl vereinbar ist.

## Ministerkrise in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 7. November geschrieben:

Die Zeiten des Herrn v. Beck haben sich erfüllt, und was seit Monaten unabwendbar schien, ist nun Tatsache geworden: das Kabinett Beck hat seine Demission gegeben und Herr v. Beck tritt ab vom politischen Schauplatz. Alle Kräfte des gewandten listreichen Mannes versagten an dem Problem, das rissig gewordene Gefüge seiner Regierung zu stützen und aus dem durch den deutschen Kustand im böhmischen Landtag, der zur Demission der zwei tschechischen Minister führte, entstandenen Wirrwarr einen gangbaren Weg zu finden. Vielleicht wäre ihn, der immer noch, wenn schon andere verzweifeln, ein Auskunftsmitglied erkannt, der schwieriger Teil der Sache gegliedert, nämlich die „Verständigung“ zwischen Deutschen und Tschechen, deren Zerwürfnisse es waren, die das Koalitionsgebäude erschüttert hatten, aber dem Ueberfall, den seine christlichsozialen Freunde auf ihn hinterrücks machten, war er nicht gewachsen. So wurde dieser tätige und talentierteste Ministerpräsident, den Oesterreich jemals hatte, ein Opfer der Vereinfachung, die jedem blüht, der zu vielen Leuten Freund sein will. Was die Koalitionsparteien, die einander wie Hund und Katze haßten, zu einer Regierungspartei verband, war im Wesen das Ansehen des Premiers, der Glaube an seinen Stern. Nun ist das Ansehen verwirrt, der Glaube erlöschend; und der Begründer des parlamentarischen Regierungssystems, der der Spender der Portefeuillegaben war und so vielen Mittelmäßigkeiten in den Sattel geholfen hat, fällt und stirzt, weil sich alle von ihm abgewendet haben. Weder sein Unvermögen, noch eine Niederlage in einer großen Frage hat Beck unmöglich gemacht; in normalen Staaten wäre der rührige und empfängliche Mann ein ganz brauchbarer Leiter geblieben. Ihn verschlingt nicht der See, sondern der Sumpf, der Sumpf der politischen Intrigen und parlamentarischen Stimmungspolitik.

Freiherr v. Beck wurde zur Regierung berufen, als der zweite Wahlreformminister, der Prinz Hohenlohe, durch den Treubruch der Krone, die in der Frage des autonomen Jozitarisches für die ungarische Regierung optiert hatte, zum vorzeitigen Rücktritt gezwungen worden war. Er war damals ein ganz unbekannter Mann und seine Beamtenkarriere bestand darin, daß er Sektionschef im Ackerbauministerium gewesen war, wo man die Staatsmänner sonst nicht sucht und woher man sie nicht zu holen pflegt. Die Wahlreform befand sich in der kritischsten Situation, vor der Gefahr der Versumpfung, die angesichts der kurzen Zeit, die der alte Reichsrat noch vor sich hatte, für das große Werk geradezu eine Todesgefahr war. In dem Kampf um und für die Wahlreform hat Freiherr v. Beck eine bedeutende Geschicklichkeit und, was noch mehr bedeutet, große Redlichkeit bewiesen. Seinem diplomatischen Talent gelang es, für die von so viel Feinden gehetzte Reform eine verlässliche Mehrheit zusammenzubringen; sein entwickelter Wirklichkeitsinn erkannte in den Forderungen und Einwendungen das, was nicht unberücksichtigt bleiben dürfte; er ließ dem Werke seine Energie und seinen Scharfsinn. Daß er sich auf das Pluralwahlrecht nicht einließ, obwohl die Verlodung ziemlich nahe lag, muß ihm die Arbeiterschaft als ein Verdienst anrechnen, und wie er den Widerstand der Herrenhäuser brach und die Wahlreform in der ersten Kammer geradezu vollstänzlich machte, war eine Leistung ersten Ranges. Sie haben es ihm freilich nicht vergessen, die hochwürdigen Adeligen, deren Oligarchenherlichkeit das allgemeine und gleiche Wahlrecht ein Ende machte, und ihrem Haß, der an den geminnungsverbundenen Christlichsozialen im Abgeordnetenhaus wüßährige Verbündete fand, ist der schmerzliche und behende Mann endlich erlegen. Das Regiment mit einer so bunt zusammengewürfelten Koalition, die aus einem Haufen von Nationen und Parteien besteht, war natürlich ein ewiges Lavieren und konnte nichts anderes sein. Einen erhebenden Eindruck machte es deshalb nicht und auf mehr als auf mildernde Umstände konnte sich den nationalen Schwierigkeiten gegenüber Beck freilich nicht berufen. Deshalb fand, trotz der unverleugbaren Bestrebungen dieser Regierung, auch die abtrüßlichste und gehässigste Kritik an ihrem Tun Anhaltspunkte genug, und mußte der Augenblick kommen, wo die kunstvolle Methode ihren Urheber verflüchtigt. So lange eine große Aufgabe, zuerst die Wahlreform, dann der Ausgleich, ihre Grundlage war, blieb die Koalitionspolitik fruchtbar; an dem täglichen Regieren, das in Oesterreich jeden Tag neue Wunden aufwies, mußte sie sich abmühen und verzehren. Die Methode des Fortwurfsstels verzehrte ihre Werkzeuge rasch.

Als der neue Mann ist der bisherige Minister des Innern, der Freiherr v. Bienerth, auferstehen, der als ausgesprochener Anhänger der Christlichsozialen aufgestiegen ist und aufsteigt. Ob ihm das Kunststück, aus diesen hysterischen Parteien eine halbwegs haltbare Regierung herauszukristallisieren, gelingen wird, muß abgewartet werden. So ausgemacht ist es noch nicht. Sicher ist, daß mit dem neuen Premier, der zu der Spezies österreicherischer Beamter gehört, die zu allem fähig sind, der Regierungskurs sehr fähigbar ins christlichsoziale Fahrwasser geraten und der österreichische Staat noch deutlicher Areal regiert werden würde, als es schon bisher der Fall war. Die Sozialdemokraten sehen also dieser kommenden Regierung mit dem allergrößten Mißtrauen entgegen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November 1908.

### Das Interesse der Weinbergarbeiter.

Aus dem Reichstage, 9. November. Heute kamen beim Weingeseß auch noch die restierenden Weingebenden zum Wort. Genosse Lehmann-Wiesbaden wies auf die Winzerrebelle in Frankreich hin, die auch deshalb sehr lehrreich für die herrschenden Klassen sei, weil sich dort gezeigt habe, daß bei einer Volksbewegung die Soldaten eines ganzen Regiments sich geweigert hätten, auf Vater und Mutter zu schießen. Er wies auch nach, daß in der Begründung der Regierung die Angaben über französische Praxis bei der Kontrolle des Hauptstrunks unrichtig seien. Was die Weinbergarbeiter angeht, so läge es in ihrem Interesse, daß sie überhaupt keinen

„Hauptstrunk“ bekämen, sondern dafür mehr Lohn, damit sie das Geld nach freiem Ermessen verwenden könnten. Käme es einmal zu einer Organisation der Weinbergarbeiter, so würden sie hoffentlich ebenso, wie das den Bauern gelungen, sich dieser Sorte von Trudsystem entziehen.

Als zweiter Punkt kam das Gesetz betr. den Marktverkauf von Schlachtvieh zur Verhandlung. Wieder einmal hatte die Reichsregierung mit affenartiger Geschwindigkeit gearbeitet, natürlich weil die Agrarier es wünschten.

Im Frühjahr war ein agrarischer Antrag angenommen worden, dessen Resultat diese Vorlage war. Sie geht dahin, in den Marktorten Bestimmungen zu treffen, die eine Feststellung des Lebendgewichts der Schlachttiere für die Notierung ermöglichen sollen.

Genosse Scheidemann wies darauf hin, der eigentliche Zweck des Gesetzes sei, eine möglichst große Spannung zwischen der Notierung des Lebendgewichts und des Schlachtgewichts in Erscheinung treten zu lassen, damit der Unwille des Volkes über die Fleischsteuerung von den Agrariern auf die Metzger abgelenkt werde. Einige Agrarier bemühten sich eifrig, das zu bestreiten. Mit wuchtigem Sachverständnis sprang aber der Abg. Kobelt-Wagdeburg, der selber Metzgermeister ist, dem Genossen Scheidemann bei.

Eine Kommissionsberatung wurde entgegen unserem Antrage nicht beliebt, so daß demnächst die zweite Lesung stattfinden wird.

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Eine wirkliche, über die inhaltstose papierne Verantwortlichkeit, wie sie in Artikel 17 der Reichsverfassung ausgedrückt ist, hinausgehende Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wird auch von einer Reihe bürgerlicher Vorkämpfer für notwendig erklärt. Ob die bürgerlichen Parteien dieses Verlangen wiederholen werden, wird ja die Reichstagsdebatte über die Interpellationen lehren. Die bisherige Haltung der bürgerlichen Parteien in den letzten achtzehn Jahren rechtfertigt die Annahme, daß auch in dieser für die Stellung des Reichstags wesentlichen Frage Herzfengeld gegeben werden wird. Im November 1900 brachte die sozialdemokratische Fraktion aus Anlaß des eigenmächtigen Vorgehens gegen China einen Gesetzentwurf über Ministerverantwortlichkeit ein. Dasselbe war ein vom Reichstag zu ernennender Staatsgerichtshof vorgelegt, der in der Befehung von 12 Mitgliedern auf Antrag des Reichstages darüber entscheiden sollte, ob der Reichskanzler durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorfänglich oder gar faktisch seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt habe. Der Gesetzentwurf erklärt den Reichskanzler als für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. „Diese Verantwortlichkeit“, hieß es in dem Entwurf, „erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers.“ Dieser Gesetzentwurf kam nicht zur Beratung, weil die Mehrheit des Reichstages das Initiativgesetzgebungsrecht des Reichstages einschränken bemüht ist. In den nächsten Sessionen wurde er wiederholt: dasselbe Schicksal traf ihn. Am 26. Januar 1906 brachte die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag eine Resolution ein, die die Vorlegung eines Verantwortlichkeitsgesetzes forderte. Dieser Antrag wurde am 16. März desselben Jahres beim Etat des Reichskanzlers vom Genossen Heine begründet. Von den bürgerlichen Abgeordneten ging kein Redner auf das Thema ein. Die Resolution wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, gegen die Freisinnigen abgelehnt. Meinten es die bürgerlichen Parteien mit der Ministerverantwortlichkeit und mit einem stärkeren Einfluß des Reichstages ernst, so müssen sie nunmehr für den sozialdemokratischen Gesetzentwurf eintreten.

### Zentrum und preussische Beamtenbesoldung.

Die „Germania“ verwarf sich in einem Leitartikel ihrer Dienstadtnummer gegen den Vorwurf des „Vorwärts“, daß das Zentrum für die Aufbesserung gerade der preussischen Unterbeamten nicht entschieden genug eingetreten sei. Das führende Blatt will sich damit herausreden, daß der ultramontane, konservativ-freisinnige Kompromißantrag bezüglich der Kanzlisten nur von einem Mitglied des Zentrums unterzeichnet gewesen und überdies vom Zentrum abgelehnt worden sei, da der freisinnige Antrag auf kürzere Bemessung der Aufschlagsfrist eines Teils der Kanzlisten gefaßt sei. Wir könnten darauf entgegnen, daß die Abstimmung des Zentrums erst erfolgt ist, nachdem der Vertreter der Sozialdemokratie die Ungeheuerlichkeit des Kompromißantrages nachdrücklich gekennzeichnet hatte, daß ferner auch noch Annahme des freisinnigen Antrages der von dem Zentrumsabgeordneten beantragte Kompromißantrag für den größeren Teil der Beamtengruppe noch immer eine Verschlechterung gegenüber der Regierungsvorlage gewesen wäre. Aber wir wollen davon absehen und nur das feststellen, daß das Zentrum sich in keiner Weise dafür ins Zeug gelegt hat, dem doch wahrhaftig noch hinfänglich beschiedenen Vorbild der bayrischen Beamtenbesoldungsreform auch für Preußen Geltung zu verschaffen! Das Zentrum hat seinen Versuch gemacht, die für die bayrische Besoldungsreform maßgebenden Grundsätze einer energischen Aufbesserung der Gehälter speziell der Unterbeamten auch für Preußen durchzusetzen. Es hat keinerlei Zusammenlegung großer Unterbeamtengruppen für Preußen beantragt! Seiner Haltung ist es mitzuzuschreiben, daß die 108 000 Unterbeamten der vier untersten Klassen mit der einzigen Verbesserung abspießt wurden, daß ihr Anfangsgehalt von 1100 auf 1200 R. erhöht wurde!

Wenn das Zentrum sich mit seinen Anträgen brüsst und die Stellung sozialdemokratischer Artträge vernimmt, so wollen wir ihn die tröstliche Mitteilung machen, daß der leider einzige sozialdemokratische Vertreter in der Budgetkommission für die zweite Lesung eine Reihe von Anträgen zu stellen gedenkt, die eine größere Verbesserung der Lage der Unterbeamten anstreben. Das Zentrum wird dann in die Lage versetzt sein, diesen Anträgen nicht nur zuzustimmen, sondern auch mit aller Energie für sie in der Kommission bei den freundschaftlichen Parteien werden zu können!

### Freisinn und Wahlrechtskampf.

Der „Freisinnige Wahlrechtsauschuss“ erfuhr uns um die Feststellung der Tatsache, daß, wie aus einer Mitteilung der „Freisinnigen Zeitung“ zu ersehen, der „Freisinnige Wahlrechtsauschuss“ seine Protestbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht keineswegs aus Mangel an Eifer für die Wahlreform eingestellt habe. Man habe nach einer Anfrage bei den Vereinen der drei freisinnigen Parteien nur den Eindruck erhalten, daß es angebracht sei, von Parteiverfammlungen jezt Abstand zu nehmen, da die Frage der Reichsfinanzreform das Hauptinteresse beanspruche. In diesem Sinne habe dann der Wahlrechtsauschuss den freisinnigen Vereinen geraten, Wahlrechtsversammlungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Immerhin habe das Schreiben die Mahnung enthalten, auch schon bei allen jezt stattfindenden Versammlungen die Frage des preussischen Wahlrechts nicht außer acht zu lassen. In Reden, Resolutionen und Versammlungsberichten müsse sich von neuem auf die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform hinwirken werden.



Wir geben diesen Mitteilungen gern Raum, vermögen aber von unseren kritischen Bemerkungen gleichwohl nichts zurückzunehmen. Es handelt sich ja nicht um die frühere oder spätere Abhaltung von einigen Versammlungen, sondern um einen entscheidenden Wahlrechtskampf, dessen Bedingungen nur die sein dürfen: ohne Demokratisierung des Wahlrechts keine Reichsreform! Ohne das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht keine Reichspolitik mehr! Von dieser Parole aber ist in dem Programm des freisinnigen Wahlrechtsausschusses keine Rede. Man will ein paar Versammlungen abhalten, man will ein paar Protestresolutionen fassen, man will nach außen hin seine Schuldigkeit tun, aber man will es zugleich mit der wahlrechtsfeindlichen Regierung nicht verderben, man will im Reich und in Preußen trotz aller Absagen der Regierung an ein demokratisches Wahlrecht und trotz der durchsichtigsten Verschleppungsmanöver das fünfte Rad am Wagen der Reichspolitik bleiben!

### Keine Politik des „doppelten Bodens“?

Die reaktionäre Presse versucht die Tatsache zu verschleiern, daß von gewisser Stelle den Buren die größten Hoffnungen gemacht worden sind, während vier Jahre später dieselbe Stelle der englischen Regierung einen Kriegsplatz gegen die Buren zur Verfügung stellte. Die Blätter, die diese ungeheuerliche Tatsache zu verdunkeln versuchen, beziehen sich auf die Mitteilung einer in Bratonia erscheinenden Zeitung über Telegramme, die von dem diplomatischen Bevollmächtigten der Buren, Dr. Leyds, vor dem Burenkrieg nach Transvaal gelangt worden sind. Dr. Leyds berichtete, daß sowohl die französischen wie die deutschen Staatsmänner die Buren ihrer Sympathie versichert hätten, daß aber weder von Frankreich, noch von Deutschland irgendwelche aktive Unterstützungen in Aussicht gestellt worden seien. Unsere reaktionären Blätter ziehen daraus die fälschliche Folgerung, daß Deutschland den Buren keine kräftigeren Versprechungen gemacht habe.

Das ist nur insofern richtig, als die „maßgebenden Stellen in Deutschland unmittelbar vor Ausbruch des Krieges keinerlei Intervention oder Unterstützung in Aussicht stellten. Damit wird aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Wilhelm II. im Jahre 1896 „Dhm Krüger“ dazu gratulierte, daß es ihm ohne Unterstützung fremder Mächte gelungen sei, den Angriff auf die Selbständigkeit Transvaals abzuwehren. Damit wird weiter nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß der Freiherr v. Marschall, der Minister des Auswärtigen, in demselben Jahre im Reichstage die Erklärung abgegeben hat, daß jede Antastung der Unabhängigkeit der Burenrepubliken wie jeder Versuch der Zusammenfassung Afrikas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet als eine Schädigung der deutschen Interessen betrachtet werden müsse. Aber, selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre: nach den vom deutschen Auswärtigen Amt stammenden Informationen des Dr. Leyds dürften die Buren wenigstens eine wohlwollende Neutralität erwarten. Statt dessen aber schickte Wilhelm II. einen (nach der von ihm selbst geprüften und gebilligten Darstellung des englischen Interviewers) vom Großen Generalstab begutachteten Kriegsplatz zur Niederwerfung der Buren nach England!

### Das verhinderte Kaiserinterview.

Ueber den Inhalt des Interviews läßt sich die „Times“ melden, es wären darin englischfeindliche Bemerkungen enthalten, sowie Äußerungen, die im Balkan peinliches Aufsehen erregten. Es wird behauptet, daß die Verhinderung durch Vermittelung der amerikanischen Botschaft vom deutschen Auswärtigen Amt aus bewirkt worden ist. Da zahlreiche Exemplare bereits gedruckt sind, dürfte das Interview an anderer Stelle wohl noch auftauchen.

### „Der bedeutendste Monarch der Welt“.

In der „Kölnischen Zeitung“ entwirft ein „geschätzter ehemaliger Mitarbeiter“ eine „politisch-psychologische Skizze“ über den Kaiser und sein Wesen. Der Mann lehre jüngst von einer Auslandreise heim, fand ganz Deutschland in gewaltiger Erregung über die Dinge, die durch die Veröffentlichung des kaiserlichen Interviews und Licht gekommen sind. Und doch ist nichts unbedeutender als diese Erregung und nichts verständiger und notwendiger als die Politik des Kaisers, namentlich in der englisch-burischen Angelegenheit!

„Man mag hier — so schreibt der geschätzte Mitarbeiter des nationalliberalen Blattes — manche Uebertreibung einer durch- aus richtigen Politik tadeln, aber man wird die zähe Folgerichtigkeit und das patriotische und dynastische Pflichtgefühl dem diese durchaus unvollständige Haltung entspringt, sehr hoch einschätzen müssen. Es erfordert Haren Sinn und ein mutiges Herz, wenn man jahrelang planmäßig und folgerichtig gegen eine jener leidenschaftlichen Wollungen anlämpft, die immer wieder Deutschland ins Verderben zu ziehen drohen. In Deutschland denkt sich freilich jeder mahnend, der gedankenlos mit dem großen Haufen geht, um Wierisch für die Buren ins Feld zieht und auf den Kaiser schimpft, weil alle schimpfen. Ich glaube, im Leben unseres Volkes werden sich noch oft Stunden einstellen, in denen wir bitter notwendig Männer brauchen, die einem politischen selbstmörderischen Gesühlsdusel wehren und gelassen einen unbeliebten und vielverschrienen Kurs forsetzen.“

Ehemals, so vertritt der „geschätzte Mitarbeiter“, habe auch er den Kaiser angegriffen, aber jetzt liebe er den gekrönten Idealisten mit all seinen romantischen Verzerrungen. Er habe zwar, wolle er ein Bild entwerfen, noch manches zu berichten vom reifen, redenden, telegraphierenden Kaiser mit seiner ewigen Unruhe, seinem Wackelgang, seinem Watschensdickum. Aber doch „würde sich eine Plut von Licht und Wärme über diese raslose Seele ergießen und sie mit einer ihm ophäre von Respekt und von Liebe umhüllen, wie das mutige und gewissenhafte Pflichtgefühl der bedeutendsten Persönlichkeit unter allen Monarchen der Welt sie in jedem nachdenklichen Wesen werden muß.“

Wenn es nach dem Sinne dieses Nationalliberalen geht, wird sich die Verhandlung im Reichstag über die kaiserliche Politik zu einem glänzenden Vertrauensvotum für den „bedeutendsten Monarchen der Welt“ gestalten.

### Eine Prophezeiung.

Es war im Januar 1903. Gegen Wilhelm II. herrschte wieder einmal große Erregung. Es wurde jene Depesche an den bayerischen Prinzregenten debattiert, in der Wilhelm II. dem Prinzregenten aus seinen Privatmitteln die Summe für Kunstgewerbe anbot, die die bayerische Kammer abgelehnt hatte. Damals erklärte Fürst Bälou:

Nach unserer Verfassung, die uns alle bindet, bin ich verantwortlich für diejenigen kaiserlichen Entscheidungen, die zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen. Artikel 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, der dadurch die Verantwortlichkeit für dieselben übernimmt. Diese Gegenzeichnung und die dadurch begründete Verantwortlichkeit erstreckt sich also nur auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also nur auf solche Handlungen, die in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zukehrenden Regierungsgewalt vor sich gehen, da-

gegen nicht auf persönliche Kundgebungen, selbst wenn solche Kundgebungen programmatischer Natur sind. Jen- seits dieser von der Verfassung gezogenen Schranken beginnt das weite Gebiet, wo nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift, sondern — ich möchte sagen: die Imponderabilitäten der Tradition, des Taktes, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit. Welche Folgerungen ergeben sich nun aus dieser moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber den persönlichen Kundgebungen des Kaisers? Reichsgesetzlich ist diese moralische Verantwortlichkeit weder ausgedrückt noch umschrieben. Sie folgt aber meines Erachtens aus der Natur der kaiserlichen Institution. Ich nehme gar keinen Anstand, hier und vor dem Lande zu sagen, daß ein gewissenhafter, ein sich seiner moralischen Verantwortlichkeit bewußter Reichskanzler nicht würde im Amte bleiben können, wenn er nicht Dinge verhindern könnte, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen würde. Andererseits muß aber auch über die Schranken der Verfassung hinaus dem Kaiser wie jedem Staatsbürger ein weites Maß der persönlichen Initiative zustehen. Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Kundgebung, welche solche Kundgebungen haben können auf den ganzen Gang der Politik, denn ich bin gegenüber dem Bundesrat, diesem hohen Gaus, verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährdet.

Der „Vorwärts“ schrieb damals über diese Rede:

Der Reichskanzler ist nach der Verfassung der verantwortliche Leiter der Reichspolitik. Er ist vor allem verantwortlich für alle politischen Betätigungen des Kaisers, der unverantwortlich ist und den zudem ein besonderes Strafgesetz gegen jede Kritik sicher stellt. Nun aber wandelt sich dieser Verfassungszustand allgemach unter der Kanzlerschaft des Grafen Bälou und es gestaltet sich ein reizvolles Neues. Des Kaisers politische Tun wird von dem Amistonto gestrichen und auf das Konto des persönlichen geschrieben. Auf diesem „weiten Gebiete“, wie Graf Bälou meinte, „wo nicht mehr die formelle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift“, kann nur der Betätigungstrieb des Monarchen frei schalten. Auf diesem Gebiete kann der Monarch dem Zentrum tiefste Empörung zuschleudern. Auf diesem Gebiete kann der Monarch die Sozialdemokraten niederhauen. Das ist das weite Gebiet der politischen Einwirkung, die zu den heftigsten öffentlichen Erörterungen, zu den bedeutendsten politischen Folgen führen können, für die aber niemand verantwortlich ist, weder der unverantwortliche Monarch noch der verantwortliche Kanzler. Für den Kanzler ergibt sich aus dieser Entwicklung der Verfassungsverhältnisse zudem die willkommene Erleichterung, indem er, je mehr das persönliche Regiment vorkommt, um so mühsamer die Bürde des verantwortlichen Regiments tragen darf!

Graf Bälou hat von neuem bewiesen, daß es keine Anforderung an ihn gibt, der er nicht gewachsen wäre. Graf Bälou ist wahrlich ein „harter Mann“. Doch Graf Bälou wird sich gewiß zu noch erheblicheren Leistungen erheben müssen.

Die Prophezeiung hat sich erfüllt und der Ruhmnieher und Förderer des persönlichen Regiments wird morgen als Bankrotteur vor dem Reichstag stehen.

### Arbeitervereine sind politische Vereine.

Dem Präses des katholischen Arbeitervereins zu Schönwald, Kreis Gleiwitz, ist, wie ein Berliner Montagsblatt meldet, folgendes Schreiben des Amtsbürochters zugegangen:

„Auf Ihre Anfrage vom 4. September d. J., betreffend Notwendigkeit der Anmeldungen der Sitzungen, Versammlungen usw. Ihres Vereins, teile ich Ihnen hierdurch ergeben mit, daß nach einer Verfügung des Königlich Preussischen Ministeriums sämtliche Arbeitervereine als politische zu behandeln sind, und daß die Anmeldungen nach wie vor erforderlich sind.“

### Gegen die Brausteuervorlage.

Der gestern in Berlin versammelte Vorstand des Schutzbundes der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft und verwandter Gewerbe, dem fast die gesamte Norddeutsche Brauereigemeinschaft und mehr als 100 000 Gastwirte angehören, hat einstimmig beschlossen, die neue Brausteuervorlage auf das entschiedenste zu bekämpfen.

### Gegen die Nachschaffsteuer.

Der Bayerische Christliche Bauernverein beschloß in einer Gesamtvorstandssitzung, in welcher sieben Kreisvereine vertreten waren, folgende Resolution:

„Der Bayerische Bauernverein wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die vom Bundesrat vorgelegte Nachschaffsteuer auf landwirtschaftliche Vermögen, weil durch die vorliegenden Vorschläge die bayerische Landwirtschaft, welche vorwiegend den mittleren Grundbesitz umfaßt, auf das empfindlichste getroffen würde.“

### Arbeiterrecht.

Die Redaktionskommission der Arbeiterrechtskonferenz hat ihre Tätigkeit nach vielen arbeitsreichen Sitzungen beendet und wird am kommenden Mittwoch der Vollkommission im Entwurf einen neuen revidierten Text der Berner Konvention zur Prüfung vorlegen.

### Ein Schilling der „Post“.

Die „Post“ — das vom Stummischen Welde großgezogene, gehässige und reaktionäre Organ für Unternehmerinteressen — bringt in seiner Nummer vom 9. November (Abendausgabe) die folgende Empfehlung des sogenannten freisinnigen Abgeordneten Dr. Mugdan:

„Am 11. d. M. findet in Berlin eine Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung statt, in welcher von freisinniger Seite der Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan als Kandidat aufgestellt ist. Dr. Mugdan ist nicht nur ein Mann von entschieden deutsch-nationaler Gesinnung, sondern auch der insofern energischer Bekämpfung der Sozialdemokratie von dieser beherrschte Mann. Seine Kandidatur wird von den Demokraten vielfach mit allen Mitteln der dieser Richtung eigentümlichen gewissenlosen Agitation bekämpft. Unter diesen Umständen ist es für alle nationalgesinnten Wähler geradezu eine Ehrensache, daß Dr. Mugdan in dem Wahlkampf siegt. Wir erwarten demzufolge von unseren Freunden und Gesinnungsgenossen in der beteiligten Wählerschaft, daß sie sich am 11. Mann für Mann an der Wahl beteiligen und Dr. Mugdan zum Siege verhelfen.“

### Eine große Kundgebung für die Arbeitslosen.

Am Sonntag in München statt. Zwei stark besuchte Versammlungen im Kindl- und Gaderbräukeller, die von circa 7—8000 Personen besucht waren, nahmen nach ausführlichen Referaten der Genossen Hartl und Hisinger einstimmig eine Resolution an, aus der wir folgende Punkte hervorheben möchten:

Schleunige Inangriffnahme von Arbeiten zu Tariflohnätzen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu bieten. Schleunige Inangriffnahme von Kleinwohnungsbauten durch Staat und Gemeinde.

Verpflegung von schulpflichtigen Kindern Arbeitsloser und Unbemittelter aus Gemeindegeldern.

Gewährung von Zuschüssen aus gemeindlichen und staatlichen Mitteln an Vereinigungen, die ihren Mitgliedern bei eingetretener Arbeitslosigkeit Unterstützung

gewähren. Durchführung einer fortlaufenden Arbeitslosenzählung.

Schleunige Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich im Anschluß an die bevorstehende Aenderung der Arbeiterversicherungsgeetze.

### Majestäät amüsiert sich.

Wir lesen in der „Rhein. Westf.-Ztg.“:

„Wer die Berichte über den Jagdausflug unseres Kaisers in dem Blatte liest, das dem Kaiser allein vollständig vorgelegt wird, wird nicht zu dem Glauben kommen können, daß der Kaiser über die augenblickliche Stimmung im Lande unterrichtet ist. Wir halten es wenigstens für unmöglich, daß er in diesem Falle, wie gemeldet wird, „stets in bester Stimmung“ sein würde, und Stunden lang sich die Dirige in Audien bis zu hundert Stück zutreiben ließe, um nach dem Abbruch dieses Bildes sich durch den „bekanntem Kapellmeister Wettach“ lustige Weisen vorzuspielen zu lassen. Solche Berichte müssen im deutschen Volke jedenfalls einen überaus peinlichen Eindruck machen.“

Was wird aber das Blatt erst sagen, wenn es folgende Notiz der „V. Z. am Mittag“ sieht:

„Wie uns ein Privattelegramm aus Donaueschingen meldet, haben auf der gestern zu Ehren des Kaisers vom Fürsten von Fürstberg veranstalteten Soire die Mitglieder des Berliner Kabarett Chai not, der Komiker Theodor Brande und der Baritonist Moreau, von ihrem Direktor Rudolf Keison am Flügel begleitet, eine Anzahl Nummern ihres Repertoires zum Vortrage gebracht. Die illustre Gesellschaft zeigte sich von den 1 1/2 Stunden währenden Vorträgen auf höchste belustigt und sollte den Künstlern reiche Anerkennung.“

Gleichzeitig wird gemeldet, daß das Kaiserpaar sich im April für zwei Monate nach Korfu begeben wird; das „Regieren im Umherziehen“ dauert also lustig fort. Da wir schon bei diesen Personalien sind, so sei auch mitgeteilt, daß mit der Veröffentlichung des Kaiserinterviews auch einige Hohenzollern nicht zufrieden zu sein scheinen. Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“, die allerdings noch durch sein Defizit bestätigt worden ist, haben die Kaiserin und der Kronprinz dem Kaiser über die Veröffentlichung ihr Erstaunen ausgesprochen. Man sieht also, Wilhelm II. bedarf wirklich der Aufrechterhaltung. Wir empfehlen zu diesem Zweck neben den Kabarettvorstellungen auch die bevorstehenden Reichstagsreden der Bloßführer.

### Neue Bestimmungen über das Submissionswesen.

In Vertretung des Reichskanzlers hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg Bestimmungen über das Submissionswesen erlassen. Diese neuen Submissionsbedingungen erstrecken sich über den Verwaltungsbereich des Reichsamts des Innern, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die Heeresverwaltung und die Marineverwaltung.

Allgemein wird bestimmt, daß Leistungen und Lieferungen in der Regel öffentlich auszuschreiben sind. Mit Ausschluß der Oeffentlichkeit können zu enger Bewerbung ausgeschrieben werden:

1. Leistungen und Lieferungen, die nach ihrer Eigenart nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern ausführen kann,
2. Leistungen und Lieferungen, für die in einer öffentlichen Ausschreibung ein annehmbares Ergebnis nicht erzielt worden ist,
3. Leistungen und Lieferungen, deren Gesamtwert den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt. In diesem Falle sind in der Regel mindestens drei und höchstens sechs Bewerber, bei deren Auswahl nach Möglichkeit zu wechseln ist, zur Abgabe von Angeboten aufzufordern.

Unter Ausschluß jeder Ausschreibung kann die Vergabe erfolgen:

1. bei Gegenständen, deren Wert den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt,
2. bei Dringlichkeit des Bedarfs,
3. bei Leistungen und Lieferungen, deren Ausführung besondere Kunstfertigkeit erfordert oder unter Patent oder Musterrecht steht,
4. bei Nachbestellungen zur Ergänzung des für einen bestimmten Zweck ausgeschriebenen Gesamtbedarfs, sofern kein höherer Preis vereinbart wird als für die Hauptlieferung.

Bei der Auswahl der Unternehmer ist auch hier möglichst zu wechseln und sind die ortsangewohnten Gewerbetreibenden vorzugweise zu berücksichtigen.

Aus den sehr ins einzelne gehenden Vorschriften über Ausschreibungen, Vertragsabfassung, Bewerbungs- und Zuschlagsbedingungen usw. heben wir hervor, daß bei der Zuschlagserteilung aus- geschloffen von der Berücksichtigung sein sollen: Angebote, die eine im offeneren Wettbewerb zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so daß nach dem geforderten Preise an und für sich eine lästige Ausführung nicht erwartet werden kann.

Der Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist, soweit dies ohne Schädigung fiskalischer oder anderer allgemeiner Interessen und ohne grundsätzliche Ausschließung des Handels ausführbar ist, tunlichst unmittelbar von den Produzenten zu erwerben.

Liegen von mehreren Handwerkern gleichwertige Angebote vor, so sind bei der Zuschlagserteilung die Bewerber zu berücksichtigen, die den Meistertitel führen.

Die Wahrung der Arbeiterrechte kommt in den neuen Submissionsbedingungen nur in recht bescheidenem Maße zur Geltung. In den Spezialbedingungen für die einzelnen Verwaltungszweige wird in gleichlautenden Paragraphen vorgeschrieben, daß der Unternehmer über die mit dem Arbeiter abgeschlossenen Verträge Auskunft zu erteilen hat. Sollte der Unternehmer die ihm aus den Verträgen mit seinen Handwerkern und Arbeitern obliegenden Verpflichtungen nicht oder nicht pünktlich erfüllen, so bleibt der Verwaltung das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung aus seinem Guthaben oder der gestellten Sicherheit unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Lohnlisten usw. der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

Die Bedingungen schreiben weiter vor, daß der Unternehmer für angemessene Unterkunft oder Verpflegung der Arbeiter zu sorgen hat und verpflichtet ist, auf Baustellen alle Einrichtungen, welche zur Sicherung der Gesundheit der Arbeiter und zur Wahrung der Reinlichkeit erforderlich sind, zu treffen. Auch hat er die zur ersten Hilfeleistung — vor Taktik des Arztes — erforderlichen Verbandmittel und Arzneien bereitzuhalten. Endlich wird bestimmt, daß der Unternehmer für ordnungsgemäße Krankenversicherung der Arbeiter zu sorgen hat.

Dagegen ist in dem ganzen 170 Seiten starken Aktenstück kein Wort enthalten, daß sich eine Berücksichtigung des Beschäftigten des Reichstages im letzten Sektionsabschnitt deuten ließe. Der Reichstag beschloß bekanntlich: Den Reichskanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Marine- und Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes bestehen, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben.

### Die Balkankrise.

#### Gegen das persönliche Regiment.

Sofia, 7. November. Die Sobranje sollte heute die Adreßdebatte fort. Der Führer der Nationalisten, Todorow, kritisierte in maßvoller Weise die Politik der bulgarischen Regierung gegenüber den Orientbahnen und die unzeitgemäße Proklamierung der Unabhängigkeit. Der Führer der Agrariergruppe



griff in heftiger Weise die Regierung an, welche ein Verbrechen begangen habe, indem sie dem Fürsten Ferdinand die Krone aufgesetzt habe. Die Regierung müsse nun auch den Mut haben, einen zweiten Staatsstreich auszuführen, und die Leitung der bulgarischen äußeren Politik den unverantwortlichen Händen des bulgarischen Königs entreißen. Die Regierungspartei protestierte lebhaft gegen diese Äußerung.

#### Abrüstung in Bulgarien.

Sofia, 9. November. Die bulgarische Regierung hat heute die Entlassung des ältesten Jahrgangs aller Waffengattungen verfügt, der jetzt seine Dienstzeit beendet hat. Der Grund zu dieser Verfügung liegt einerseits darin, daß die Regierung neuerlich ihre Friedensliebe bekunden will, andererseits in Sparmaßregeln.

#### Oesterreich.

##### Neue nationalistische Krawalle.

Wien, 8. November. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Prag gemeldet wird, war der Graben schon um 10 Uhr vormittags von tschechischen Massen dicht gefüllt. Von den deutschen Studenten, die sich in Farben — über 300 an Zahl — gruppenweise im „Deutschen Haus“ versammelten, wurden einzelne überfallen und verwundet. Auf dem Heumarkt wurde ein Student mit einem großen Stein am Kopf schwer verletzt. Infolge dieser Vorgänge ordnete der Polizeidirektor die völlige Räumung des Grabens an. Auf Einspruch der gleichfalls im Deutschen Hause versammelten deutschen Professoren und Abgeordneten, die in der Räumung und Absperrung des Grabens eine Vereitelung des Wunsches der deutschen Studenten erblickten, erklärte der Polizeidirektor, er halte seine Verfügung aufrecht, weil er sonst Blutvergießen befürchte. Unter dem Schutze von Gendarmen zogen sodann die deutschen Studenten mit den Professoren und Abgeordneten zur Unibersität, hielten dort eine Versammlung ab und beschloßen, gegen das Vorgehen des Polizeidirektors Protest einzulegen. Auch auf dem Heumarkt wurden einzelne Studenten angegriffen.

#### Der Protest der deutschen Hochschulen.

Wien, 9. November. Der akademische Senat der deutschen Universität hat beschlossen, zu demissionieren, wenn die Regierung nicht umgehend die Zustände in Prag beseitigt und den deutschen Studenten die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte ermöglicht. Der Senat der deutschen technischen Hochschule hat einen ähnlichen Beschluß gefaßt.

#### Schweiz.

##### Ein neuer Wahlerfolg.

Zürich, 9. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der gestrigen Stichwahl in Langenthal wurde Genosse Rickli in den Nationalrat gewählt.

#### Rußland.

##### Verurteilte Sozialisten.

Petersburg, 9. November. Vier sozialistische Mitglieder der zweiten Duma, welche wegen des Wiborger Manifestes verfolgt waren, sind der eine zur Verbannung nach Sibirien, der zweite zu vier Jahren und die übrigen beiden zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

#### Persien.

##### Reaktionärer Schwandel.

Teheran, 8. November. In Bagdad fand eine außerordentliche Versammlung zur Beratung über die Wahlgesetze statt. Es nahmen daran viele Geistliche, Vertreter der Kaufmannschaft und sämtliche Minister teil. Im Namen des Schahs wurde eine Rede verlesen, in der ausgeführt wurde, der Schah wolle ein, eine Konstitution zu geben, die Wahlgesetze seien fertig und den Provinzen zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden, doch sei es aus Anlaß einer großen Menge eingegangener Telegramme, die gegen eine Wiederherstellung der Konstitution protestierten, wünschenswert, vorher die Ansicht der Bewohner der Hauptstadt zu erfahren. Die Anwesenden erklärten, die Konstitution stehe im Widerspruch mit dem heiligen Gesetz und protestierten gegen die Wiederherstellung. Der Protest wurde schriftlich angelegt und mit Unterschriften und Siegeln versehen. Die Bevölkerung der Hauptstadt erblickt darin einen Versuch des Schahs, sich der Erfüllung seiner Versprechungen zu entziehen.

Der großbritannische und der russische Gesandte, die täglich zusammen konferieren, haben erneut beim Schah Vorstellungen erhoben wegen Wiedereinführung einer konstitutionellen Regierung.

#### Indien.

##### Ein politisches Attentat.

Kalkutta, 8. November. Der Gouverneur von Bengalen Sir A. D. Keith Fraser ist gestern Abend dem Schicksal entgangen, ermordet zu werden. Während er sich mit dem Vesen von Zeitungen beschäftigte, trat plötzlich ein junger Bengale auf ihn zu, hielt ihm einen Revolver vor die Brust und drückte zweimal ab. Die Patronen verfehlten jedoch und der Täter wurde festgenommen. Während dies geschah, entfernten sich einige Bengalen, die sich vor der Halle, dem Schauplatz des Mordanschlags, aufgehalten hatten, in großer Eile. Es wird angenommen, daß es Helfershelfer des Täters waren.

London, 9. November. Der neue Mordversuch auf den Gouverneur von Bengalen erregt hier schwere Sorgen. Es ist das vierte Attentat auf den Beamten und ist wohl die Antwort auf eine eben erlassene Proklamation des Kaisers von Indien an die Völker Indiens aufzufassen, von der man große Wirkungen erwartet hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Attentäter Chowdhry nicht allein steht, sondern Mitglied einer Gesellschaft von Verschwörern ist.

#### Amerika.

##### Die Tarifreform.

Washington, 7. November. Nach einer längeren Konferenz mit dem Präsidenten Roosevelt erklärte das Kongressmitglied Payne, Vorsitzender der Kommission für Tarifangelegenheiten, die Tarifreform würde nicht in der kommenden, sondern in einer befürworteten am 15. März 1909 beginnenden Session des Kongresses beraten werden.

##### Gegen den Tabakrauch.

New York, 7. November. Der Oberste Gerichtshof der Union stellte sich in einem heute gefällten Spruch auf den Standpunkt der Regierung, wonach die Amerikanische Tabak-Gesellschaft als ein Trust anzusehen sei, dessen Vorgehen sich als Hemmnis für den Handel und als Verletzung des Sherman-Anti-Trustgesetzes darstelle. Einer der beteiligten Richter äußerte sich dahin, daß die Verfassung eines staatlichen Erwerbers, die gefordert worden ist, unzulässig und unnützlich sei. Die Klagen gegen die Imperial-Tabacco- und gegen die British-American-Tabacco-Company wurden abgewiesen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung! Mitglieder des Bäcker- und Konditorenverbandes!

Die Wahl des Gesellenausschusses der „Germania“-Zunftung ist wider alles Erwarten schon zu Donnerstag, den 12. November, anberaumt worden. Zu den bekannten Fälscherklünsten jetzt auch noch die Ueberampelung! Macht diesen Coup durch geschlossenen Aufmarsch zunichte! Bei „Germania“-Meistern beschäftigte Konditoren und Tagesbäcker müssen unter allen Umständen durch Verständigung mit dem Unternehmer resp. geschickte Arbeitsteilung ihr rechtzeitiges Erscheinen ermöglichen. Auf die Aushändigung der von der Zunftung ausgegebenen Wahlkarten ist zu bestehen, da die Zunftung bisher nicht davor zurückschreckte, selbst gestempelte Bescheinigungen der Arbeitgeber zurückzuweisen. Treffpunkt aller Mitglieder und Freunde des Verbandes am Wahltag nachmittags 1 1/2 Uhr bei Hübner, Chausseestr. 120, großer Saal.

Die Mitglieder des Radfahrerklubs „Frisch auf!“ sowie die Verbandsfunktionäre werden dringend ersucht, sich vollständig zur Verfügung zu stellen.

Alles Nähere in der heute nachmittags 3 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, tagenden Versammlung!

Die Ortsverwaltung des Bäcker- und Konditorenverbandes (Bezirksleitung Berlin).

#### Im Holzarbeiter-Verband

Am Sonntag, den 8. November, eine Urabstimmung über die beantragte Einführung eines Vertretersystems für die künftigen Generalversammlungen statt. Es wurden 6729 Stimmen, davon 20 ungültige, abgegeben. Das Resultat der Abstimmung war:

Im Lokal	Bergmannstr. 5/7	297 St. dafür	75 dagegen
Admiralstr. 180	384	100	
Schönleinstr. 6	437	144	
Reichenberger Str. 147	405	150	
Stalger Str. 59	344	105	
Andreasstr. 21	351	168	
Reuener Str. 07	097	376	
Severstr. 17	357	109	
Friedrichsberg	370	143	
Schwedter Str. 23	575	171	
Kolberger Str. 23	347	98	
Pustigstr. 10	229	28	
Insgesamt	5693 St. dafür	1078 dagegen	

Damit ist die Zusammensetzung der zukünftigen Generalversammlungen aus Delegierten angenommen.

#### Die Berliner Isolierer und der Streik bei Reinhold u. Co. in Hamburg und Hannover.

Der Verband der Isolierer und Steinholzleger hatte am Sonntag eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Isolierer einberufen, um zu dem Streik bei der Firma Reinhold u. Co. in Hamburg und Hannover Stellung zu nehmen. Diese Weltfirma, die nicht weniger als 20 Zweiggeschäfte und 19 Agenturen besitzt, machte in Hamburg den Versuch, ihren Isolierern die Affordarbeit und damit zugleich auch eine Art Zwischenmeisterystem aufzuzwingen. Dies ist die Ursache des Streiks, der sich nun auch auf Hannover erstreckt, wo die Firma ihr Hauptgeschäft hat und der, wenn sie auf ihrem Plan beharrt, noch im Laufe dieser Woche auf sämtliche Zweiggeschäfte übergreifen wird. In Hamburg wurde in diesem Frühjahr ein Tarifvertrag für das Isolierergewerbe abgeschlossen, der bis 1910 Gültigkeit hat. Er enthält auch eine Mindestleistungsklausel, der die Isolierer Hamburgs nur deswegen zustimmen, weil sie auf keinen Fall die Affordarbeit eingeführt wissen wollten, die ihnen um so vertretlicher erscheint, als sie unmittelbar zu einem Zwischenmeisterystem führen muß. Die Firma Reinhold u. Co. behauptet nun zwar, daß die Schlichtungskommission ihrem Hamburger Geschäftsführer Springer in seinem Vorgehen Recht gegeben habe, tatsächlich aber waren es nur die Arbeitgebervertreter, die so urteilten, und im übrigen sind die Beschlüsse der Schlichtungskommission in keiner Weise bindend für die Parteien. Ferner behauptet die Firma in einem Schreiben an die Geschäftsleitung des Verbandes, daß in der Versammlung verlesen wurde, in Hamburg sei kein Zwischenmeister angefaßt und sie selbst sei auch Gegner des Zwischenmeisterystems. Demgegenüber wurde in der Versammlung ausgeführt, daß der in Hamburg bei der Firma tätige Isolierer Eilers, dem die größten Arbeiten übertragen werden, das Recht hat, selbständig Arbeiter anzunehmen und zu entlassen, also tatsächlich als Zwischenmeister auftritt. Zudem hat die Firma kürzlich auch in ihrem Zweiggeschäft zu Wülhausen versucht, einen Isolierer und noch dazu den Vorsitzenden der dortigen Verbandsspitale, als Montagemeister einzustellen, was nur dadurch verhindert wurde, daß die übrigen 18 Isolierer einmütig erklärten, sie bräuchten keinen Zwischenmeister und wollten auch keinen haben. Bei ihrem ganzen, offenbar planmäßigen Vorgehen stützt die Firma sich jedenfalls auf die Unternehmerorganisation des Berufs, die beschlossen haben soll, daß die Affordarbeit überall eingeführt werden muß. Die Geschäftsleitung des Isoliererverbandes hat nun auch bereits alle Filialen von der Sachlage in Kenntnis gesetzt. Die Arbeiter des Berliner Geschäftes der Firma Reinhold u. Co. hielten schon am Sonntagabend eine Vertreterversammlung ab und erklärten sich einstimmig bereit, falls die Streiks in Hamburg und Hannover nicht sofort beigelegt werden, in den Schypothekstreik zu treten. An Arbeit fehlt es, trotz der schweren Wirtschaftskrise, im Isolierergewerbe keineswegs, um so mehr ist es selbstverständlich, daß der Verband alles aufbietet, um eine allgemeine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren.

Nachdem der Filialvorsitzende Beckmann sowie der Geschäftsleiter Lange ausführlich über die Lage berichtet hatten, und nach gründlicher Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, daß der Geschäftsleiter des Verbandes gemeinsam mit einem hier bei der Firma arbeitenden Isolierer sofort wegedes Verlegens des Streiks in Hamburg und Hannover im Hauptgeschäft zu Hannover vorstellig werden soll, und daß diese Verhandlungen so zu beichtemigen sind, daß sie spätestens bis Dienstag, den 10. November ihren Abschluß erreicht haben, widrigenfalls die hiesigen Isolierer der Firma sofort in den Schypothekstreik treten.

Die Isolierer der Firma Reinhold u. Co. versammelten sich heute, Dienstagabend, zu einer Vertreterversammlung. Außerdem wird am Mittwoch eine Mitgliederversammlung stattfinden, wo über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet wird.

#### Achtung, Schuhmacher!

In der Schäftefabrik von Gebr. Simon jr., Kochstr. 13a, sind Differenzen entstanden. Sämtliche Vorarbeiter und Stepperinnen haben die Kündigung eingereicht.

Bezirksverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Bretterträger! Die Ruhholzhandlung von Sommergut u. Fischer in Charlottenburg, Tegeler Weg, legte am Sonntagabend ganz plötzlich den dort beschäftigten Bretterträgern, 12 an der Zahl, einen von der Firma selbstgemachten Lohnstarif vor. Die Kollegen hätten durch denselben einen Verlust von wöchentlich 10 M. erlitten. In Gegenwart der Vertreter der in Frage kommen-

den Organisationen (Hafenarbeiter- und Fabrikarbeiterverband) erklärte Herr Fischer: Wer nicht wolle, solle sofort die Papiere erbalten; jeht mache er die Preise. Dieser Ton klang so herausfordernd, daß die Teilnehmer an der Verhandlung sich große Anstrengungen machten. Es blieb nichts anderes übrig, als die Arbeit niederzulegen. Die Kollegen hoffen, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dennoch die alten Lohnbedingungen wieder herzustellen. Finden sich keine Arbeitswilligen, dann wird ihnen dies auch gelingen. Zugut ist fernzubehalten.

Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

#### Belohnung für treue Dienste.

Die Maschinenfabrik und Eisengießerei von Georg Grauert, Inhaber Bahrfeld, in Stralau, stand bis vor kurzem in den Ruf, daß die dort beschäftigten Arbeiter mit einem gewissen Wohlwollen behandelt werden. Daß diese Annahme nicht unzutreffend ist, dafür spricht die Tatsache, daß eine größere Zahl von Arbeitern jahrelang in dem genannten Betriebe tätig sind. Doch, mit der Unternehmung Wächter, ist kein ewiger Bund zu schließen, und mit dem gewissen Wohlwollen scheint es im Betriebe des Herrn Bahrfeld aus zu sein. Wenigstens haben zwei Arbeiter, welche seit einer Reihe von Jahren bei der Firma beschäftigt waren, dieser Tage erleben müssen, wie der Unternehmer jahrelange treue Pflichterfüllung der Arbeiter belohnt.

Der Fabrikportier will natürlich wenigstens ab und zu einen freien Sonntag haben. Der wird ihm auch gewährt und der Chef sorgt in wirklich recht eigenartiger Weise für eine Vertretung des Portiers an den freien Sonntagen. Von zwei Lagerarbeitern, deren einer 12 1/2 Jahre, der andere 3 1/2 Jahre ununterbrochen bei der Firma in Arbeit steht, verlangte Herr Bahrfeld, daß sie amsonstend den Portier vertreten. Für die Vertretung hat er den Arbeitern pro Sonntag — der Dienst wäret von morgens 7 bis abends 6 Uhr — einen Lohn von zwei Mark an. Die beiden Arbeiter waren an sich bereit, den Sonntagsdienst des Portiers zu übernehmen; sie wollten sogar auf jeden besonderen Zuschlag, wie er für Sonntagsarbeit allgemein üblich ist, verzichten und sich damit begnügen, daß sie für den betreffenden Sonntag denselben Lohn erhalten, den sie an Wochentagen beziehen, nämlich 4 M. Mit vollem Recht lebten es die Arbeiter ab, für einen halben Tagelohn dem Unternehmer ihren ganzen Sonntag zu opfern. Sie bemerkten, daß ihnen während ihrer langjährigen Tätigkeit im Betriebe eine solche Zumutung noch nicht gestellt worden sei. — Der Unternehmer beantwortete die vollkommen korrekte Haltung der beiden Arbeiter mit ihrer Entlassung.

Eine Betriebsversammlung der Arbeiter hat beschlossen, daß jeder einzelne von ihnen, falls der Sonntags-Portierdienst von ihm verlangt wird, dieselbe Haltung einzunehmen hat, wie die beiden Entlassenen. Es wird sich also zeigen, ob Herr Bahrfeld fortfährt, Arbeiter zu maßregeln, die sich ihm für einen halben Tagelohn nicht einen ganzen Sonntag zur Verfügung stellen.

#### Deutsches Reich.

Kontobuchhalter und Buchbinder wollen besonders auf schwedische Streikarbeit Achtung geben, da von den schwedischen Arbeitgebern besonders versucht wird, dieselbe in Deutschland unterzubringen. In erster Linie wird dies von den Kontobuchfabriken in Stockholm und Eskilstuna versucht. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden dringend um Nachdruck dieser Notiz ersucht, da aus verschiedenen Städten schon von Versuchen mit schwedischer Streikarbeit berichtet worden ist.

#### Deutscher Buchbinder-Verband.

#### Ausperrung in der Holzindustrie.

In Eutinmünde sind sämtliche im Holzarbeiterverband organisierten Tischler- und Maschinenarbeiter Sonnabendabend ausgesperrt worden.

#### Drohende Ausperrung der Lederarbeiter in Elmshorn.

Eine von 600 Arbeitern besuchte Versammlung in Elmshorn nahm eine Resolution an, in der es heißt: „Die Versammlung der Lederarbeiter nimmt Kenntnis von dem Schreiben der Unternehmer, in welchem die Ausperrung sämtlicher Lederarbeiter angedroht wird. Die Versammlung ist der Ansicht, daß sie nicht in der Lage ist, auf die Arbeiter der Firma Stroder einzuwirken, daß sie die Arbeit für den angebotenen Preis aufnehmen. Die Versammlung sehen der Androhung einer allgemeinen Ausperrung mit aller Ruhe entgegen und beauftragen den Vorstand, eventuelle Maßnahmen zu treffen.“

#### Ausperrung.

Die vom Arbeitgeberverband der linksrheinischen Metallindustrie vor kurzem angekündigte Ausperrung der Arbeiter in den Blechbetrieben von Lachen und Umgegend ist nunmehr in Kraft getreten. Wie es heißt, sind einstmals etwa 200 Arbeiter betroffen. Falls eine Beilegung der noch schwebenden Differenzen nicht erfolgt, stehen weitere Ausperrungen zu erwarten.

Lohnbewegung der Buchdrucker-Gilfsarbeiter. Die in den Buchdruckerien Augsburgs beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Buch- und Steindrucker-Gilfsarbeiter hatten an den Arbeitgeber Forderungen eingereicht, welche auf Abschluß eines Tarifvertrages abzielten, wie ein solcher schon in einer Reihe von Städten zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation vorhanden. Die Unternehmer haben in einer am 8. November stattgefundenen Sitzung beschlossen, jede Unterhandlung mit den Arbeitern abzulehnen, sodas es voraussichtlich zur Arbeitsniederlegung kommen wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gegen das persönliche Regiment.

Königsberg i. Pr., 9. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In einer überaus stark besuchten Volksversammlung behandelte Genosse Haase das Thema „Kaiser, Kanzler, deutsches Volk“. Nach dem mit jubelndem Beifall begleiteten Referat wurde der von einer Adhäsionsversammlung angenommenen Resolution (abgedruckt im „Vorwärts“ Nr. 202) zugestimmt.

### Ueberrahme des Zeppelins I.

Stuttgart, 9. November. Wie der „Schwäbische Merkur“ erfährt, hat das Kriegsministerium in Berlin das Luftschiff Zeppelin I amtlich abgenommen. Es waren vom Reichstage 2 150 000 M. bewilligt worden, von denen die nach der Katastrophe bei Scherdingen dem Großen Zeppelin ausgezahlten 500 000 M. als persönliche Gratifikation gedacht und 1 650 000 M. für den Ankauf der Luftschiffe Zeppelin bei Nachweis gewisser Leistungen bestimmt waren. Von dieser Hauptsumme wird jetzt ein Teil zum Ankauf des Zeppelin I verwandt werden.

### Bolgenschwerer Giebelsturz.

Brüssel, 8. November. (B. L. B.) Auf der Grube Cuesmes bei Mons wurden gestern Abend bei einem Giebelsturz eines Gebäudes zwanzig Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Von den verunglückten Arbeitern wurde einer getötet, zwölf wurden schwer verletzt, einige davon lebensgefährlich.



Reichstag.

157. Sitzung vom Montag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, v. Arnim-Criewen.

Die erste Beratung des Weingeetzes wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Wirtsch. Gg.) erkennt an, daß die Vorlage gegenüber dem gegenwärtigen Zustande manche Vorzüge bietet.

Abg. Benschel (L.): Wir haben nichts dagegen, wenn die Weinpontscherei härter bestraft wird; aber unierer redlichen Arbeit dürfen durch Reichsgeetze nicht empfindliche Schwierigkeiten bereitet werden.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Die Vorlage verfolgt einen doppelten Zweck. Sie will die Wein-fälligkeit erschweren und den Winzern bessere Absatzmöglichkeiten verschaffen.

Vorzüglich der Weinpontscherei geht die Vorlage von der Annahme aus, daß sie in viel höherem Maße besteht, als man allgemein annimmt.

Während die Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren von 45 auf 60 Millionen gestiegen ist, während der Bier- und Branntweinconsum in gleichem Verhältnis gewachsen ist, ist das mit dem Weinconsum nicht der Fall.

Herr Stauffer behauptete, die Anregung der Weinsteuer sei nicht von den Agrariern ausgegangen, aber er wird den Grafen Stauff, der sie hier im Reichstag vor zwei Jahren unter dem Vorfall der Rechten empfohlen hat, von den Agrariern nicht abschüteln können.

brauchbares Gezeig zur Verbesserung der jetzigen Verhältnisse im Weinbau und Weinhandel zu machen.

Abg. Kämpf (fr. Sp.): Der Entwurf ist in der Deffentlichkeit sehr scharf kritisiert worden.

Abg. Wallenborn (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Haas (natl.): Meine Freunde sehen dem Gesetzentwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber.

Abg. Dr. Becker-Röll (Z.): Daß der Deklarationszwang für Veredlungswine in dem Gesetzentwurf nicht aufgenommen ist, hat der Staatssekretär mit Rücksicht auf den Import begründet.

Abg. Noack (natl.) wird der Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Preisfestsetzung des Viehhandels mit Schlachtvieh.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Zweck der Vorlage ist allein, eine zuverlässige und durchgängige Notierung der Marktpreise für Schlachtvieh zu erreichen.

Abg. Dr. Noack (Wirtsch. Gg.) begrüßt den Gesetzentwurf. Er ist so klar und enthält so erfahrungswerte Bestimmungen, daß wir eine Kommissionsberatung für überflüssig halten.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es macht mich einigermaßen stutzig, daß die Herren Agrarier auf einmal so ganz besonderes Gewicht auf statistische Feststellungen legen.

die Viehpreise kein klares Bild über die Verhältnisse gäbe, aber ich muß dem Herrn Staatssekretär widerprechen, wenn er meinte, die Vorlage würde eine Verbesserung in dieser Beziehung bringen.

Das ist gewiß eine ganz interessante Forderung, und ich würde mit Freuden meine Hand dazu bieten, wenn solche Feststellungen ge-lich zu erreichen wären.

Der Vorschlag wäre dislokal, wenn es möglich wäre, ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Jentner Lebendgewicht und dem Schlachtgewicht festzusetzen.

Gerade in der jetzigen Zeit, wo hunderttausende Arbeitslose kaum etwas zu essen haben, wird vielmehr die alte Forderung wieder erhoben werden müssen, daß die Lebensmittelgölle zu beseitigen sind.

Abg. Versteher (Z.): In der Vorlage ist wesentlich die Rede von Bestimmungen über die Preisfestsetzung.

Abg. Fischel (fr. Sp.): Gegen die Vorlage haben wir große Bedenken. In den verschiedenen Landesregenden und sogar in den verschiedenen Berliner Stadtgegenden werden ganz verschiedene Qualitäten Vieh bevorzugt.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg versucht, die Einwendungen der Abg. Fischel und Scheidemann zu widerlegen und behauptet, daß die Regierung dem Viehhandel und der Stadt Berlin kein Unbehagen entgegenbringe.

Kleines feuilleton.

Theater.

Reisinger-Theater. Michael Kramer. Drama von Gerhart Hauptmann. In allen anderen Schauspielen Hauptmanns, deren Stil naturalistische Prägung aufweist, erklingt ein schwermütig klagender Grundton.

Kramers, diese als gutwillig-gesellschaftliches Wirtsdarstellerlein trafen sehr glücklich das Charakteristische.

Schiller-Theater O. „Der schwarze Kavaliere“. Ein deutsches Spiel in drei Akten von Heinrich Liliensein.

Der Held, Herr Hans vom Busch, hat als regulärer Jährlich im dreißigjährigen Kriege mitgekämpft und dann, da seine Fahne ihm gestohlen wurde, sich zum Führer eines verpörrigten Soldatenbundes aufgeworfen.

Herr Fischer zeigte in der Hauptfigur, daß seine darstellerische Kraft sich sehr erfreulich fortentwickelt hat.

Humor und Satire.

Wir...

Wie war es doch eigentlich mit den Duren! Die Weltgeschichte hat es vermerkt: Wir haben den niederdeutschen Naturen Durch unseren Jubel den Rücken gestärkt.

Notizen.

Theaternachrichten. Das Deutsche Theater bringt am Sonnabend Retros „Revolution in Prähwinkel“ zur Aufführung.

Victorien Sardou, Frankreichs fruchtbarster und erfolgreichster Bühnendichter der Gegenwart, ist am Sonntag früh nach längerer Krankheit, 77 Jahre alt, gestorben.

Ueber Bulgarien hielt am Sonnabend Professor Dr. Kahner einen Vortragsvortrag im Wissenschaftlichen Theater der Urania.



Abg. Wachhorst de Wente (noll.): Dem Herrn Abg. Scheide-  
mann gegenüber möchte ich betonen, daß sein Antrag in der Wech-  
sels- Kommission nur deshalb abgelehnt wurde, weil er als ein  
Verkleppungsantrag angesehen wurde. Wenn Herr Scheide-  
mann dieses Gesetzes für Berlin 140 000 M. herausrechnete, so ist  
diese Summe für eine Stadt wie Berlin doch wenig erheblich. Meine  
Freunde halten angesichts der Ueberbürdung der Session eine Kom-  
missionsberatung für überflüssig.

Abg. Kosselt (wldlib.): Meine hochverehrten Herren! (Lebhaftes  
Bravo!) Die Sache mit dem Salzsteuergesetz haben der Herr Staats-  
sekretär und der Abg. Kosselt noch nicht verstanden. (Große Heiter-  
keit.) Unantere Elemente gibt es nicht nur unter den Fleischern,  
sondern auch unter den Landwirten. Es gibt viele Fälle, in denen  
das Vieh dünn und bloß gefüttert wird, um am Tage des Ver-  
kaufs recht viel zu wiegen. Und mit was für Stoffen wird  
vielfach das Vieh gefüttert, mit verfaultem Fische u. dergl.! Wie  
schnell ist die Regierung den Wünschen der Agrarier gefolgt! Im  
März erst ist der Wunsch nach diesem Gesetz von der rechten Seite  
ausgesprochen worden. Das hat die Regierung als Befehl aufgefaßt  
und die Vorlage schon heute gebracht. (Sehr richtig! links.) Das  
Gesetz soll nur das Springbrett sein, um überzugehen zu dem Handel  
nach Lebendgewicht. (Sehr richtig! links.) Auf allen größeren  
Märkten wird eine Menge minderwertigen Viehes zugeführt,  
sogenanntes Polkavieh! (Heiterkeit.) Wenn das zur Schlämment-  
kommt, so kommt es jetzt auf die Freibrücke oder wird ganz ver-  
worfen. Wie wollen Sie denn bei der Preisnotierung nach Lebend-  
gewicht mit diesem Vieh verfahren? Ich bin allerdings der Meinung:  
wer solches Polkavieh auf den Markt bringt, sollte eingesperrt werden.  
(Heiterkeit und Zustimmung.) Mit einer Kommissionsberatung des  
Gesetzes bin ich einverstanden.

Damit schließt die Diskussion.  
Der Antrag auf Verweisung des Gesetzentwurfs an die Vieh-  
fleischkommission wird abgelehnt, die zweite Beratung wird  
im Plenum stattfinden.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. (Interpellationen  
betreffend die Veröffentlichung des „Daily-Telegraph.“)  
Schluß: 6/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Druckfachen.

Zus dem Reichstage. (Nr. 1012.) Denkschrift über das  
Kartellwesen (4. Teil) mit 22 Anlagen.  
(1024.) Gesamtanweisung betreffend die Einrichtung und den  
Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akku-  
mulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen (vom  
8. Mai 1908).

## Hessischer Landesparteitag.

Mainz, 8. November. (Eig. Ber.)

Zur Landeskonferenz der Sozialdemokraten Hessens waren ins-  
gesamt 118 stimmberechtigte Vertreter anwesend. Der Parteivorstand  
hatte den Genossen Müller - Berlin, der Agitationsbezirk Frank-  
furt a. M. Rudolph - Frankfurt a. M. delegiert. Den Geschäfts-  
und Kassenericht, der gedruckt vorliegt, erläuterten die Genossen  
Ulrich und Orb. Ulrich warf u. a. einen Rückblick über die  
verfloffene Landtagswahl, die bekanntlich für unsere Partei  
den Verlust zweier Mainzer Mandate brachte. Die Partei  
habe in einer noch nie dagewesenen Situation gestanden. Der Kampf  
um die Verfassungsänderung hätte die Partei dazu ge-  
drängt, mit der Partei, die in dieser Frage auf dem gleichen Boden  
stehen geblieben ist, mit den Freisinnigen, Abmachungen abzuschließen.  
In Wahrung verfassungsmäßiger Rechte des Volkes habe sie getan,  
was sie tun mußte. Wenn auch der Verlust der beiden Mandate  
sehr bedauerlich ist, so kann man doch das Resultat der Mainzer  
Wahl unter Berücksichtigung der Parteikonstellation und sonstiger  
Verhältnisse nicht als Niederlage bezeichnen. In der  
Zukunft werden wir nur noch gegen die geeinnigte  
bürgerliche Reaktion zu kämpfen haben. Das  
Stimmverhältnis im ganzen Lande zeigt, daß unser Stimmen-  
zuwachs ein ganz bedeutender ist. Von den Frei-  
sinnigen — so weit die leitenden Personen in Frage  
kommen — wurde gehalten, was sie versprochen hatten. Es ist  
zu hoffen, daß sich im Landtag die nötige Zweidrittelmehrheit zur  
Verhinderung des Landtagsauflösungsrechts nicht finden wird.

Nach dem Bericht des Parteisekretärs Orb bestanden am  
30. Juni in Hessen 206 Organisationen, denen 17 303 männliche und  
1601 weibliche Mitglieder angehörten. Das sind 1687 Mitglieder  
mehr als im Vorjahre. Das Stärkeverhältnis der politi-  
schen Organisation zur gewerkschaftlichen Organisation, die in Hessen  
46 846 Mitglieder hat, beträgt 80,89 Proz., zum Abonnementstand  
der Parteipresse (20 512) 80,8 Proz., und zu den sozialdemo-  
kratischen Reichstagswählern (77 092) 23,86 Proz. Bei den  
kommunalen Wahlen hatte die Sozialdemokratie schöne  
Erfolge zu verzeichnen. Zum erstenmal gelang es, in allen Kreisen  
Gemeinderäte durchzuführen. Insgesamt vertreten 306 Genossen  
unsere Partei in den Gemeindeparlamenten. Im Geschäftsjahr  
wurden 18 Flugblätter in 274 000 Exemplaren und 120 000 Kalender  
verbreitet.

Der Kassenbericht schließt bei einem Kassenbestand von  
432 40 M. mit 26 323,54 M. Einnahmen und Ausgaben ab. An den  
Parteiorganen wurden 5161 M. abgeführt. Das Gesamtvermögen  
beträgt 785 150 M.

In der Diskussion über Schildbach - Mainz an den Ab-  
machungen mit den Freisinnigen kritisierte. Er ist nicht prinzipiell  
gegen das Abkommen, hält es aber für einen Fehler, daß den  
lokalen Instanzen der Freisinnigen in Mainz überlassen wurde,  
zu entscheiden, ob sie für unsere Kandidaten eintreten wollen. Die  
Mainzer Freisinnigen hätten erst in letzter Stunde und nur  
mit einer Mehrheit von zwei Stimmen das Eintreten für  
die sozialdemokratischen Kandidaten beschlossen. — Das Landes-  
komitee habe versäumt, eine Wohlrechtsdemonstration einzuleiten.

Es wird dann beschlossen, die Landtagswahl vorerst aus der  
Diskussion auszuschließen und nur über den Geschäftsbereich zu  
debattieren. Die Richtbestätigung des Mitgliedsmei-  
ner Abgeordneten wird lebhaft erörtert und dazu schärfste Maßregeln  
gefordert. Eine intensivere Agitation für die Frauen- und  
Jugendorganisationen wird gefordert. Kritisiert werden  
einzelne Abmachungen mit bürgerlichen Parteien bei den Kommunal-  
wahlen.

Ueber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Die Tätig-  
keit der Landtagsfraktion und die Landtagswahl,  
referierte Landtagsabgeordneter Genosse Raab - Pfungstadt. Er  
verweist auf den schriftlichen Bericht der Fraktion in dem Handbuch  
zur Landtagswahl.

Zur Budgetfrage bemerkt er, daß die Erklärung der  
88 auf dem Parteitage nur besagen sollte, daß man den  
Beschluss des Parteitages nicht für richtig halte, sich ihm  
aber fügen werde. (Zusammenf.: Es hat aber auch schon  
andere gegeben!) Er halte es für notwendig, daß Fragen,  
die die Landesinteressen betreffen, die Landesorganisationen  
zu entscheiden haben.

Zur Landtagswahl meint Raab, man müsse gestehen,  
daß wir bei der Wahl recht schlecht abgeschnitten haben und die  
erlittene Schlappe niederdrückend gewirkt habe. (Widerpruch.)  
Wir hätten künftig gegen ein geschlossenes Bürgerium zu kämpfen  
und müßten alle inneren Streitigkeiten wie die Budgetfrage zurück-  
legen.

Die Diskussion, die sehr lebhaft ist, eröffnet Wufold -  
Geledberg. Dieser kritisiert die Teilnahme der Fraktion an dem  
parlamentarischen Abend und die dabei verbundene Besprechung  
Ulrichs mit dem Großherzog. Die Teilnahme habe für die Arbeiter-  
schaft keinen Nutzen gebracht, man könne aber das Gegenteil behaupten.  
Derartige Vorkommnisse, die die Arbeiter nicht begreifen,  
solle man unterlassen. Auf die Budgetfrage eingehend bemerkt

der Redner, die Süddeutschen hätten durch den Verstoß gegen  
den Wählerbeschluss sich an unseren Grundfragen ver-  
sündigt. Auf dem Parteitage wäre man dem ersten  
Uebel das zweite gefolgt. Die Süddeutschen hätten die Er-  
klärung nicht abgeben dürfen, sondern sich fügen müssen.  
Sehr bedauerlich ist es, daß auch heftige Genossen die Er-  
klärung unterzeichnet haben, und diesen Genossen müssen wir einen  
Tadel aussprechen.

Schüler - Griesheim meint, wir hätten Wichtigeres zu tun,  
als uns mit der Erklärung der 88 zu befassen.  
Krumm - Siegen ist mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion  
einverstanden. Die Ausführungen von Wufold seien ihm aus dem  
Herzen gesprochen. Mit dem Kompromiß seien die Genossen  
in Oberhessen einverstanden, wenn er aber gewußt hätte, daß in  
Mainz den lokalen Instanzen der Freisinnigen freie Hand gelassen  
wurde, dann hätte er sich dagegen gewendet.

Graeger, Parteisekretär in Mainz, spricht scharf gegen  
das Abkommen mit den Freisinnigen. Die „wohl-  
wollende Neutralität“ der Freisinnigen, die diese einzunehmen zu-  
sagten, kam einer vorherigen Freigabe der Mainzer Mandate gleich.  
Wenn mit den bürgerlichen Parteien ein Kompromiß abgeschlossen  
würde, dann müßten Vorbehalte für unsere Partei von vornherein fest-  
gelegt werden. Bei den Vereinbarungen mit den Freisinnigen wäre dies  
nicht der Fall gewesen und er könne diese nicht billigen.

Dr. Quessel - Darmstadt verteidigt das Verhalten der Darm-  
städter Genossen bei der Wahl gegen die Angriffe eines Diskussions-  
redners, der gewünscht hatte, die Partei hätte mit den Demokraten  
zusammen einen Stimmentel aufstellen sollen. Die soziale Zu-  
sammenlegung der Wählerchaft in Darmstadt sei derartig, daß  
nur 31 Prozent proletarische Wähler zu verzeichnen seien. —  
Die Budgetbewilligung oder Ablehnung sei eine taktische Frage,  
deshalb habe er die Erklärung der 88 unterschrieben.  
Es könne auch in Hessen zu Situationen kommen,  
wo wir genötigt sind, das Budget anzunehmen. Man  
rede immer von Disziplinbruch. Aber diese seien in der  
Partei schon oft vorgekommen. Ulrich kam durch einen Disziplin-  
bruch in den Landtag und wir danken ihm heute diesen  
Disziplinbruch. Auch der Parteivorstand hat schon Disziplin-  
brüche begangen. Der eberne Gang der ökonomischen Entwicklung  
ist eben stärker als Parteitagbeschlüsse, und zwingt uns, diese um-  
zulassen. Weil der Beschluß des Würzburger  
Parteitages nicht anrecht erhalten werden  
kann, deshalb schloß ich mich der Erklärung der  
88 an.

Haarer - Offenbach verteidigt die Abmachungen  
mit den Freisinnigen und die Haltung der Süd-  
deutschen.

Ulrich - Offenbach weist die Angriffe auf die Abmachungen  
mit den Freisinnigen zurück. Das Landeskomitee habe  
nicht mehr erreichen und nicht anders handeln können. Die Mainzer  
Genossen hätten die Abmachungen schon vorher gekannt und auch  
gutgeheißen. Zur Budgetfrage erklärt Redner: Ich gehöre  
mit zu den 88 (Rurur: Leider!); ich bin stolz darauf, dazu be-  
tragen zu haben, daß der Grund in der Partei nicht eintrat. Ich  
kann mich den Ausführungen Quessels zu  
dieser Frage nur anschließen, möchte aber noch  
betonen, daß für die Abgeordneten noch die  
Rücksicht auf die Bestimmungen in der heftigen  
Verfassung in Betracht kam, wo es heißt, kein  
Mitglied einer Kammer darf sein Stimmrecht durch  
einen anderen ausüben lassen oder von einem anderen  
Instruktionen empfangen. Ulrich wendet sich noch gegen  
die Vorwürfe wegen der Beteiligung an dem parlamentarischen  
Abend. Er lade über die Genossen, die meinen, daß Genossen im  
Verkehr mit hohen Herren ihr Maßmaß verlieren. Ich bin Sozial-  
demokrat nicht nur, wenn ich unter Arbeitern bin, sondern auch im  
Verkehr mit Fürsten und sonstigen hohen Herren. Ich meine auch,  
es kann nichts schaden, wenn ich dem Großherzog einmal die Wahr-  
heit sage, er hört sie doch wenig. Wer sich nicht traut, auf den  
Parteitagen zu gehen, der soll einfach wegbleiben.

Müller - Berlin: Der Partei kann es nicht schaden, sondern  
nur nützen, wenn wir sachlich über die Budgetfrage diskutieren.  
Die Sachlage bei den Disziplinbrüchen, die Quessel anführte, lag  
doch anders, als wie bei der Budgetfrage. In taktischen Fragen  
werden wohl immer Disziplinbrüche vorkommen, die Budget-  
bewilligung oder Ablehnung ist aber keine taktische Frage. Die  
Erklärung der Süddeutschen hätte vermieden werden können. Die  
Einheit der Partei muß und über alles gehen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte geschlossen. Bei der Ab-  
stimmung wird zunächst folgender Antrag abgelehnt:

„Das Landeskomitee ist verpflichtet, sobald eine Landtagswahl  
beabsichtigt, die Landeskonferenz nicht nach, sondern vor der  
Landtagswahl abzuhalten.“

Die Landeskonferenz gibt die Direktive, unter der wir in den  
Wahlkampf ziehen, außerdem legt die Konferenz fest, ob und unter-  
halb welchen Rahmens Kompromisse mit anderen Parteien ab-  
geschlossen werden dürfen.

Eine Reihe Anträge zu diesem Punkte wird der Fraktion zur  
Verständigung überwiesen. Dann werden die noch weiter vor-  
liegenden Anträge beraten. Eine größere Debatte entzweit sich über  
einen Antrag, der wünscht, daß für die in Hessen erscheinenden sozialdemo-  
kratischen Zeitungen in Darmstadt ein Pressebureau errichtet wird.  
Er wird abgelehnt und das Landeskomitee beauftragt, Schritte ein-  
zuleiten, um die Grenzfreizügigkeiten zwischen den einzelnen  
Organen zu beseitigen. Der Landesvorstand wird in einem fernern  
angemessenen Auftrag beauftragt, sich mit dem Provinzialvorstand  
von Hessen-Kassau in Verbindung zu setzen, um gemeinsam für  
beide Landestheile, Hessen und Hessen-Kassau, die Bildungs-  
frage zu regeln. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit werden alle  
parteiorganischen Stadtvorordneten und Gemeinderäte des  
Landes aufgefordert, ungenügend Anträge an die Gemeindeverwal-  
tungen zu stellen, in denen

1. schleunige Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit  
und ihrer Folgen und
  2. eine Verständigung mit sämtlichen Gemeindeverwaltungen  
des Großherzogtums über solche Maßnahmen gefordert werden.
- Schließlich wurde noch eine Kommission eingesetzt, die der  
nächsten Landeskonferenz einen Entwurf zur Abänderung  
des Organisationsstatuts unterbreiten soll. Damit waren  
die Arbeiten des Parteitages erledigt. Vorsitzender Ulrich schloß  
ihn mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlen.

In Bochum erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten  
bei den Stadtverordnetenwahlen 817—823 Stimmen, die der  
Nationalliberalen 3981—4110, die des Zentrums und der Christ-  
lichsozialen 5510—5561 Stimmen. Die sozialdemokratische  
Stimmengahl ist gegen die der Wahl von 1906 um 80 Stimmen  
zurückgegangen. Das „Vollblatt für Bochum“ erklärt das un-  
befriedigende Ergebnis also:

„Das Gros unserer Wähler war unter den Vergewaltigern  
der Außenbezirke zu suchen. Diese kamen naturgemäß am  
ersten Wahltage erst gegen Abend zur Wahl, wo sie nach stunden-  
langem vergeblichen Warten oder auch angesichts des schon vor-  
handenen kolossalen Andranges umkehrten, in der Hoffnung,  
daß sie am zweiten Tage eher an die Reihe kommen würden.  
Aber da war es bekanntlich noch schlimmer. Die kleinen Sicher-  
und die vom Bochumer Verein um 4 Uhr beurlaubten Wähler-  
kolonnen nahmen ihnen die Plätze vorweg. Ebenso ging es  
unseren Wählern aus Handwerkerkreisen, die infolge der Krise  
ohnehin schon erheblich weniger an Zahl waren, wie 1906.  
Mittags waren die Lokale schon von den um 11 Uhr beurlaubten  
Fabrikarbeitern besetzt. Abends um 7 Uhr, wenn sie Feierabend  
haben, wurden die Wahllokale schon geschlossen. Dunderst

Wählern waren zudem am ersten Wahltage in der Tonhalle in-  
folge Abbruchs der Wahlhandlung um 1/2 Uhr nach Hause ge-  
schickt worden.“

All diese Umstände trugen zunächst dazu bei, daß das Wahl-  
resultat des ersten Tages für uns ein sehr schlechtes war. Und  
dieser Umstand hat dann viele von unseren Wählern schon be-  
stimmt, die Hoffnung auf einen positiven Erfolg aufzugeben.  
Wer sie noch nicht verloren und am zweiten Wahltage noch pflicht-  
gemäß antrat, wurde durch den noch viel härteren Andrang  
pflichtvergessen und ging wieder nach Hause. Das hatte zur  
Folge, daß uns die gegnerischen Parteien, deren Wähler aus dem  
Beamten- und Mittelstand sich des Warten leisten konnten, noch  
weiter voraus kamen. Ein Umstand, der wiederum dazu beitrug,  
daß am dritten Wahltage unsere Leute massenhaft der  
Wahl fern blieben, die bei den unerhört schlechten Wahlvor-  
bereitungen des Magistrats ein großes Opfer bedeutete.

Diese Umstände machen vieles begreiflich, aber nicht ent-  
schuldbar. Unsere Leute müssen sich trotz alledem ein Beispiel  
an dem Pflichtgefühl der Schwarzgen nehmen, von denen sie sich  
haben weit übertreffen lassen.“

Zu dem Ausfall der Stadtverordnetenwahl in Leipzig  
schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Zwei Kreise mit vier Mandaten hat uns die ver-  
einigte Reaktion abgenommen. Das Resultat haben Eingeweihte  
vorausgesehen; diese Verdrängung in den Verdrängungs-  
wissen mußte bei der famosen Wahlkreisgeometrie mit Not-  
wendigkeit eintreten. Wir haben in der dritten Abteilung  
zweitausend Stimmen mehr als der gesamte  
Ordnungsflügel erhalten und müssen uns doch nur  
mit der Hälfte der Mandate begnügen.“

Die Gegner hatten ungeheure Anstrengungen gemacht. Der  
gesamte Mittelstand, die Beamten, Lehrer, die gelben Arbeiter,  
die „besseren“ Mitglieder des Mietervereins, haben gegen uns  
zu Felde gezogen. Und doch sind sie moralisch schmachlich  
unterlegen, denn sie haben es trotz aller skrupellosen Hebe, trotz  
studentischer Schleppe, trotz aller ihnen in reichem Maße  
zur Verfügung stehenden Mittel nur auf etwas über 11 000  
Stimmen gebracht, gegenüber 13 200 sozialdemokratischen  
Stimmen. Die sozialdemokratische Partei hat gegenüber der  
Wahl von 1906 einen Stimmengewinn von fast  
dreitausend zu verzeichnen, die Gegner haben etwas über  
6000 Stimmen gewonnen.“

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung des Reichsverbandsagenten August  
Wertens in Alenburg war Genosse Diskretter von der  
„Altenburger Volkszeitung“ vom Schöffengericht Alen-  
burg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil  
hatte Diskretter Berufung eingelegt, die am 3. November zur Ver-  
handlung kam. Es handelte sich um eine Kollie, in der es hieß,  
daß Genosse Schäuberl vom Zwickauer „Vollblatt“ zu 100 M.  
Geldstrafe verurteilt worden sei, weil er den Wertens mit dem  
ihm gebührenden Titel belegt habe. Welcher Art dieser Titel sei,  
war nicht gesagt worden. In der Verhandlung brachte Genosse  
Diskretter zur Sprache, daß sich der Kläger u. a. der Verbreitung  
einer verleumdenden Beleidigung des Abgeordneten Genossen  
Fischer vom „Vorwärts“ schuldig gemacht und, trotzdem er vom  
Gegenteil überzeugt sein müsse, bis zur Stunde die beleidigende  
Behauptung nicht richtig gestellt habe. Zur Verteidigung berief  
sich der Reichsverbandsagent darauf, daß er diese ihm zugeschriebene  
Ausfagen dem Reichshäuserischen „Korrespondent“ entnommen  
habe! Auch für die von ihm wahrheitswidrig behauptete  
Ausbeutung der Arbeiter in der Druckerei der „Leipziger Volks-  
zeitung“ zitierte Wertens den Reichshäuserischen „Korres-  
pondent“ als Quelle!

Vom Interesse an dieser Verhandlung ist noch die Äußerung  
des Vertreters des Reichsverbandsagenten, daß der Hauptvorstand  
des Reichsverbandes in Berlin seine Angehörten angewiesen habe,  
gegen alle sozialdemokratischen Redner und Zeitungen vorzugehen,  
die sich „Beleidigungen“ der Reichsverbandsagenten zuschulden  
kommen ließen. Uebrigens wurde die Berufung verworfen.

Landberg a. W. Ein aufgehobenes Urteil. Zur  
Zeit der Landtagswahl verteilten zwei Driesener Genossen im  
Dorfe Schwachwalde die Flugblätter „Auf zur Wahl!“ Der  
Gendarmerie stellte unsere Genossen, als sie aus dem Gasthof, wo sie  
gestraft hatten, herauskamen, fest und nahm ihnen die Flug-  
blätter ab. Der Gendarm hatte seine eigenen Gäste denunziert,  
wie er vor Gericht schamlos belundete! Die beiden Genossen  
wurden mit je 10 M. Geldstrafe belegt und das Urteil vom Amts-  
gericht Woldenberg bestätigt. Die Berufung wurde am 8. d. M.  
vor dem Landgericht Landberg verhandelt. Als Verteidiger war  
Dr. C. Rosenfeld - Berlin erschienen. In längerer Aus-  
führungen wies er die Heiligkeit der Anklage nach, der Staats-  
anwalt aber verlangte Verurteilung der Berufung, nicht allein, weil  
die Heiligkeit der Sonntagsruhe durchbrochen und eine be-  
merkenswerte Arbeit verrichtet sei, sondern auch weil es sich um § 10  
des preussischen Preßgesetzes um Aufruhr handelte. Dem vom  
Verteidiger beantragten Freispruch schloß sich das Gericht nach  
einer längeren Beratung (mit der Unterbrechung zwecks Fest-  
stellung, daß die Wahl schon ausgeführt war und somit das  
Preßgesetz nicht in Frage kommt) an.

## Aus Industrie und Handel.

### Lebensmittelpreise und Haushaltskosten.

Schon Anfang Oktober war an der Preissteigerung am Markt  
für Lebensmittel eine erneute Steigerung zu erkennen und der  
weitere Verlauf des Monats hat keine Abänderung dieser Tendenz  
mehr gebracht, so daß im Gegensatz zum Vorjahre der Oktober eine  
Verteuerung der Haushaltskosten statt einer Verbilligung gebracht  
hat. Im September noch war nach der Errechnung des Kosten-  
aufwands für den wöchentlichen Familienbedarf an Nahrungs-  
mitteln die Standardziffer im Durchschnitt noch sieben deutschen  
Großstädten niedriger als im Vorjahre, im Oktober wurde das  
Niveau des Vorjahres wieder überschritten. Scharf in die Höhe ge-  
gangen sind die Lebensmittelpreise zum Beispiel in Danzig.  
Während im Vorjahre die Standardziffer von 22,43 im September  
auf 22,18 M. sank, ist sie im laufenden Jahre von 23,11 im Sep-  
tember auf 23,70 M. im Oktober gestiegen. Fast ebenso scharf wie  
in Danzig haben die Detailpreise in Stuttgart angezogen: der  
Kostenaufwand für die Ernährung stellte sich im Oktober auf  
23,05 M. pro Woche gegen 22,56 im September. In Dresden  
trat im laufenden Jahre eine Steigerung ein, so daß die Kosten der  
Ernährung höher stehen als 1907. Kechnlich verliert die Bewegung  
in Leipzig, wo namentlich der Schweinefleischpreis wieder nach  
oben ging: er stieg von 1,50 M. für das Kilogramm im September  
auf 1,40 im Oktober. Für Düsseldorf brachte schon der Sep-  
tember eine ganz ausnahmweise Steigerung der wöchentlichen Er-  
nährungskosten, nämlich von 23,91 auf 25,11 M. pro Woche. Es  
wäre höchst bedenklich, wenn die haussierende Tendenz auf dem  
Lebensmittelmarkt in den Wintermonaten anhalten würde.

### Die Rentabilität in der chemischen Industrie

Ist nicht allein höher als in allen anderen Gewerbegruppen, sondern  
sie ist auch, abweichend von der allgemeinen Entwicklung, im letzten  
Geschäftsjahre noch kräftig gestiegen. Bei 89 Gesellschaften mit  
einem Aktienkapital von 301,61 Millionen Mark, die ihre Geschäftser-  
gebnisse während der ersten zehn Monate 1908 veröffentlicht haben,  
wurden für das Geschäftsjahr 1907/08 55,79 Millionen als Dividende  
verteilt gegen 60,70 Millionen im vergangenen Jahre. Im Durch-  
schnitt ging die Dividende um 10,8 Proz. nach auf 18,5 Proz. hin-  
auf. Bemerkenswert ist, daß gerade bei den allergrößten Gesell-



Kosten der chemischen Industrie die Rentabilität überlegend gleich geblieben ist: die Badischen Anilin- und Sodafabriken mit 21 Millionen Kapital verteilten in beiden Jahren 30. Die Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning mit 25 1/2 Millionen ebenfalls 30, die Anglo-Continentalen Guanowerke mit 16 Millionen 7 1/2 Proz. Allerdings kamen auch bei großen Werken starke Schwankungen vor; so verteilten die Elberfelder Farbenfabriken auf 21 Millionen Mark Aktienkapital 56 Proz. Dividende gegen 30, die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron auf 14 Millionen 14 Proz. gegen 12, die chemischen Werke Albert auf 10 Millionen 32 Proz. gegen 22 1/2. Zurückgegangen ist die Dividende bei den Vereinigten Albin-Rottweiliger Fabrikanten von 18 auf 16 Proz. Es folgen dann eine Reihe Werte mit mehr als 5 Millionen Aktienkapital, die gegen 1906/07 höher rentierten. So zahlte die Aktien-Gesellschaft für chemische Produkte Scheidewitz in Berlin 10 gegen 5 Proz., die Silesia, Verein chemischer Fabriken 11 gegen 10 Proz., die Dynamit-Alt.-Ges. 22 1/2 gegen 22. Bei einer Reihe anderer Fabriken mit ebenfalls 5-10 Millionen Kapital blieb die Dividende gleich hoch wie im Vorjahr, so bei der chemischen Fabrik Schering auf 13,4 Proz., bei der Alt.-Ges. für Anilinfabrikation auf 22 Proz., bei der chemischen Fabrik von Henden auf 10 Proz., bei dem Verein chemischer Fabriken Mannheim auf 10 Proz. usw.

Eisenbahnbau in der Türkei. Wie die „Königliche Zeitung“ aus Konstantinopel meldet, hat ein Pariser Finanzsyndikat ein Gesuch um Konzession für den Bau mehrerer Eisenbahnlinien in der europäischen Türkei eingereicht.

## Soziales.

### Die Krankenversicherung in Bayern 1907.

Wie wenig Ortskrankenkassen in Bayern bisher errichtet wurden, ist aus den letzten abgeschlossenen Zusammenstellungen des Königl. bayerischen Statistischen Bureau's über die Krankenversicherung der Arbeiter in Bayern für das Jahr 1907 ersichtlich. Es waren 4009 (1906: 4762) Krankenkassen vorhanden mit 1 091 712 versicherten Mitgliedern (1906: 1 026 278; 1905: 990 768).

Die einzelnen Kassenarten waren hierbei folgendermaßen vertreten (in Klammern die Zu- und Abnahme gegenüber dem Vorjahr):

Kassen	Mitglieder
Gemeindekrankenversicherungen	3900 (- 78) 678 048 (+ 16 610)
Ortskrankenkassen	67 (+ 2) 206 544 (+ 8 354)
Betriebskrankenkassen	605 (+ 10) 257 891 (+ 12 608)
Baukrankenkassen	2 (+ 0) 7 668 (- 8 817)
Arbeitskrankenkassen	19 (+ 3) 10 129 (+ 2 512)
Eingeladene Hilfskassen	13 (+ 0) 5 603 (+ 100)
Landesrechtliche Hilfskassen	8 (+ 0) 349 (+ 7)

Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 424 493 (1906: 376 803), die der Arbeitsunfähigkeit 8 386 070. Die organisierten Kassen, das sind die Kassen mit Ausnahme der Gemeindekrankenversicherung, hatten 3616 (3515) Sterbefälle zu verzeichnen.

Die Einnahmen bezifferten sich auf 80 598 956 Mark (37 157 644 M.). Die Steigerung findet ihre Ursache mit darin, daß am 1. Januar 1907 eine Neueinführung der für die Berechnung der Beiträge maßgebenden Tagelöhne in Kraft trat, die vielfach eine Erhöhung der bisherigen Sätze brachte.

Von den Gesamtausgaben mit 28 554 801 Mark (25 215 662 M.) entfielen auf

Krankheitskosten	27 726 778 M. (24 464 156 M.)
Verwaltungskosten	622 870 M. ( 571 162 M.)
Sonstige Ausgaben	205 153 M. ( 180 344 M.)

Am Jahresabschluss verfügten die Kassen über ein Vermögen von 12 929 329 M. (11 909 179 M.). Ihre hierin inbegriffenen Reserven erreichten die Höhe von 12 904 741 M. (11 970 010 M.).

Mitbin fehlen in Bayern nach wie vor Krankenkassen. Statt deren bestehen 8900 völlig unzureichende Gemeindekrankenversicherungen. Die Gemeindekrankenversicherung wurde leider im Jahre 1882, aber lediglich als vorübergehender Notbehelf, zugelassen. Kein einziges der anderen deutschen Vaterländer entzieht in dem Maße wie Bayern der Arbeiterklasse das Recht auf Krankenversicherung durch Krankenkassen. Die sozialpolitische Mäßigkeit Bayerns auch auf diesem Gebiete ist mit auf den Umstand zurückzuführen, daß in Nürnberg, Augsburg und anderen Großstädten der Freisinn in der Stadtverwaltung dominiert.

### Die Volksschulen im Junkerparadies Mecklenburg.

Zwei Schulen erfreut sich augenblicklich das mecklenburgische Junkertum, die seinem Ideal einer Volksschule am nächsten kommen dürften. Infolge der miserablen Bezahlung und Behandlung der mecklenburgischen Volksschullehrer, besonders in den ritterchaftlichen Schulen, ist natürlich die Zahl derjenigen Mecklenburger, die sich dem Verufe eines Volksschullehrers widmen, sehr gering; der Lehrermangel ist eine der sichtbarsten unter all den Widrigkeiten, denen die Volksschule in Mecklenburg begegnet. Infolge dieses Lehrermangels ist die Schulstelle in Salsdorf im Strelitzschen schon wochenlang unbesetzt. Die Einwohnerschaft von Salsdorf wurde nun angewiesen, ihren lehrbegierigen Nachwuchs der Schule in Thandorf anzuvertrauen. Da dieser Ort aber stundenweit entfernt ist, so sind die Salsdorfer dieser Anweisung ihrer weissen Schulverwaltung nicht nachgekommen. Die Schuljugend von Salsdorf hat sich bald über das Versiegen ihrer Bildungsquelle getrübt und saugt seit Wochen an den Wurzeln der Natur, denn ein glücklicher Zufall fügte es so, daß der Schulfreizil der braven Salsdorfer mit der Rabenernte der Besitzer

von Er und Holm zusammenfiel. Da man in Mecklenburg Funktionsstörungen im Volksschulwesen nicht besonders tragisch nimmt und da die Jahreszeit für Tagereisen schulfähiger Anwohner immer weniger günstig wird, ist noch nicht abzusehen, wenn der Salsdorfer Schuljugend ihre Bildungsquelle wieder sprudeln wird.

Die Volksschule in Teichow leidet dadurch, daß der dortige Lehrer, der 160 Schüler unterrichtet, nicht jenen Grad von Mut in sein Amt mitbrachte, den man bei einem Manne, der im Lande Mecklenburg sich mit Jugendbildung befassen will, billigerweise voraussetzen darf. In diesem Orte befand sich die Schule in einem alten Raten, in dessen Dach der John der Zeit bedenkliche Spuren hinterlassen hatte. Unser Schulmeister hatte aus Grund, diesem Dache nicht mehr zu trauen. Da aber das Zimmerhandwerk zu den (nicht besonders zahlreichen) Funktionen gehört, die ein mecklenburgischer Lehrer noch nicht ausübt, mußte er dieses Dach seinem Herrgott und den berufenen weltlichen Gewalten empfehlen. Als keine dieser beiden Instanzen sich des „schlingenden“ Daches (das Adfektiv ist nur bedingt richtig) erbarmte, kam der Lehrer nach reiflicher Ueberlegung zu der sehr richtigen Erkenntnis, daß lebende Kinder ohne Schulbildung (besonders in Mecklenburg) toten Kindern vorzuziehen seien und stellte den Unterricht ein.

Seidem erkreuen sich neben den Schulkindern von Salsdorf auch die von Teichow des paradiesischen Zustandes der Ferien. Und ihre Kameraden im Reiche werden gewiß wünschen, in einem so glücklichen Orte dabeim zu sein. Weisfichtige Mecklenburger aber variieren, was Puschkin von seiner russischen Heimat sagte. Sie sagen: Wie traurig sieht es in unserem Mecklenburg aus!

### Briefkasten der Redaktion.

Die inhaltliche Sprechstunde findet Dienstags Nr. 3, zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl 1000 wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochentags 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Schriftliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen erfrage man in der Sprechstunde vor.

— N. D. S. Leider nein. — H. S. 16. Ein vollstredbarer Titel (Zahlungsbeleg, Urteil oder dergleichen) ist 30 Jahre lang vollstredbar. — H. R. 111. Legen Sie Beschwerde bei der Gewerbeinspektion des Reichs (Strolcher Str. 3) ein. Die Anweisung bei die Klage anzunehmen. — N. S. 80. Die gesamten Kosten einschließlich Schreibgebühr betragen für den Ausstretenden 350 M. — Hänger 80. 1. Ja. 2. Nur im Fall der Zahlungseinstellung. 3. Die Staatsanwaltschaft. — H. 3. 1. Die doppelt angeführten Voten sind abzulegen. 2. Ja. 3. Nein. — H. 4. Die Polizeiaufsicht anstelle anderer Unterführung kann die Armenvermittlung nach dem Gesetz anordnen. — M. 100. 1. und 2. Leider ja. 3. Suchen Sie eine glückliche Einigung herbeizuführen. —

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — Sowell Vorrat:

## Spezial-Angebot von Trikotagen und Wollwaren

Ein gr. Posten Hemden, Hosen, Jacken in Vigogne, Halbwole u. Kammgarn 135 190 245 290  
Damen-Reformhosen Trikot mit Futter la Winterqualität 275 290 | Corsetschoner reine Wolle ..... 60, 75 Pf.

## Strumpfwaren

Damenstrümpfe engl. Länge, reine Wole, schwarz und geringelt .. 85, 125 145	Herren-Socken gewebt, reine Wole farblich u. geringelt 55, 75, 95 Pf.	Kinderstrümpfe 1x1 gestr. Wole plattiert, schwarz u. geringelt 28, 42, 65 Pf.
Damenstrümpfe deutsche Länge, reine Wole, gestrickt ..... 75, 110 145	Herren-Socken abstrickt, schwere Winterqualität .. 35, 55, 75 Pf.	Kinderstrümpfe 1x1 gestr. reine Wole, schw., halbh. Schulstrumpf 50, 80 Pf. 110
	Herren-Socken gestr., reine Wole, beste Qualität .. 95 Pf. 110 125	

## Wollwaren

Ein Posten Herrenwesten gestrickt, mit Ärmeln, alle Größen ..... 190 325 450	Damen-Röcke Vigogne imit., gestrickt ..... 145
Ein Posten Herren-Fassonwest. gestr., bunt gemust., ohne Arm ..... 190 290 375	Damen-Röcke Trikot mit Futter ..... 245
Ein Posten Damenwesten gestrickt, schwarz u. bunt, alle Größen ..... 75 Pf., 145 165	Damen-Golfblusen reine Wole ..... 390
Ein Posten Kopf-Fichus schwarz und welsa ..... 68, 90 Pf.	Damen-Golfpaletots neueste Fassons ..... 8 <sup>25</sup> 1275
Castor- und Zephyrwole in allen Farben ..... Pfund 3 <sup>50</sup>	

# Rapide

breitet sich jetzt die Erkenntnis aus, daß man  
 Bouillon nur noch aus  
 Bouillon-Würfel Marke  
 machen soll.





# Öffentliche politische Volksversammlungen

Dienstag, den 10. November, abends 8 Uhr  
in folgenden Lokalen:

## 1. Kreis.

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

## 2. Kreis.

Glücks Festsäle, Hasenheide 13—15.  
Fühlkes Salon, Dennowitzstraße 13.

## 3. Kreis.

Neue Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

## 4. Kreis.

Glysum, Landsberger Allee 40. | Pochers Salon, Weberstr. 17.  
Lützen, Memeler Straße 67. | Urania, Brangelstraße 9/10.

## 5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

## 6. Kreis.

Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130.  
Borussia-Häle, Ackerstraße 6/7.  
Gebr. Cranz' Festsäle, Kösliner Straße 8.  
Prachtsäle Nordwest, Wicelstraße 24.

## Teltow-Beeskow.

Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstraße 3.  
Köpenick. Kaiserhof, Grünstraße.  
Nowawes. Singers Volksgarten, Priesterstraße 31.  
Rixdorf. Neue Welt, Hasenheide 108—114.  
Schöneberg. Neue Rathhausäle, Meininger Straße 8  
Steglitz. Birkenwäldchen, Schützenstraße.

## Nieder-Barnim.

Lichtenberg. Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 128  
Oberschönnewalde. Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstraße  
Pankow. Zum Gurfürsten, Berliner Straße 102.  
Reinickendorf-Ost. Schützenhaus, Residenzstraße 1/2  
Rummelsburg. Wwe. Weigel, Kürschmidtstraße 45.  
Tegel. Crapps Festsäle, Bahnhofstraße 1.  
Weißensee. Schloss-Restaurant Weißensee.

Tages-Ordnung:

# Deutschlands innere und äussere Politik.

Freie Diskussion.

Referenten die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei:  
Binder, Böhle, Borgmann, Brey, Dr. David, Emmel, Richard Fischer, Geck,  
Grunwald, Hugo Heimann, Heine, Hildenbrand, Paul Hirsch, Ad. Hoffmann,  
Lehmann, Ledebour, Molkenbuhr, Noske, Scheidemann, Robert Schmidt,  
Heinr. Schulz, Severing, Stadthagen, Ströbel, Stücklen, Zubeil.

Frauen und Männer, erscheint in Massen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Reichel's echter  
**Wacholder-Extrakt** Marke „Medico“  
wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,  
Nöschel, Gamscholden, Magenbeschwerden, Frauenleiden, Blasen-  
und Nierenleiden, Gichtleiden, Asthma etc. gebraucht, ist schmerz-  
lösend auf Brust und Lunge, treibt Giftstoffe aus dem Körper,  
regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel  
sonderergleichen. Unvergleichlich in seiner Wirkung für alle Teile des Organismus  
möblirten Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit!  
In Flaschen a 75 P., 1.50 und 2.50, große Blechdose 2. 6.—,  
einzig echt von  
**Otto Reichel,** Berlin 50. 43, F. Anstalt  
Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.  
So in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus  
Warnung: Man verlange aus- und nehme keinesfalls  
drücklich Marke Medico andere Fälschungen.

Berlin 50. 16,  
**H. & P. Uder,** Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be-  
kannten Marken **Zigaretten** Originalpreisen.  
Amt IV. 3014.

**Bilig und gut**  
kaufen Sie nur im größten  
Spezial-Geschäft für moderne  
**Herrn-Bekleidung**  
fertig und nach Mass  
gegen Bar und auf Teilzahlung  
Wochenrate von 1 Mark an.  
**J. Kurzberg**  
Rosenhallerstr. 40 | A. d. Jannowitzbrücke |  
direkt a. Marksch. Markt | direkt am Bahnhof.

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten

Sie Möbel kaufen, besichtigen  
Sie bitte ohne Kaufzwang  
**Ehe** **Paul Burows**  
Möbelfabrik  
Lindenstraße 105 (Hall. Tor)  
Großer Räumungs-Ausverkauf  
wegen Umzuges zu Fabrikpreisen !!  
Event. Teilzahlung



5. Preussischer Lehrertag.

Am Sonntag waren die Vertreter der preussischen Lehrerschaft zu einer Stellungnahme zur Besoldungsvorlage in Berlin versammelt. Der Saal des Lehrervereinshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Preussischen Lehrervereins, Rektor Reichmann-Ragdeburg, sowie die Vorsitzenden des Deutschen und Berliner Lehrervereins nahm Lehrer Schwarzl-Ragdeburg das Wort zur Begründung der vorliegenden Leitsätze.

Begründung der vorliegenden Leitsätze.

Die Debatten im Abgeordnetenhaus, so führte er aus, haben gezeigt, daß man heute der Volksschule die Anerkennung als eines wichtigen Faktors in einem Kulturstaate nicht mehr versagen könne. Der Kampf für ein auskömmliches Lehrergehalt ist zugleich ein Kampf für die Interessen der Volksschule. Die Besoldungsvorlage bedeutet für den am längsten besoldeten Teil der preussischen Lehrerschaft immerhin einen Fortschritt. Wer sie jedoch an dem nicht, was der 4. Preussische Lehrertag 1907 als Forderung aufstellte, Gleichstellung mit den Sekretären der Staatsverwaltung, kommt zu dem Schluß, daß die Vorlage die so viel verheißene „ganze Arbeit“ nicht macht. Die Bedeutung der Volksschulerziehung und der Lehrerverberuf gaben den Lehrern ein Recht, gehaltliche Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung zu fordern. Gerade der Umstand, daß laut Begründung des Entwurfs die darin vorgeschlagenen Gehaltsjahre eine angemessene Einschätzung der Lehrerverberuf bedeuten sollen, hat in der Lehrerschaft große Erregung hervorgerufen. Man muß nun versuchen, diese Gehaltsjahre nach den Prinzipien umzugestalten, die für die Besoldung jener Beamtengruppe gelten. Die ersten Alterszulagen müssen höher bemessen werden, so daß der Lehrer in einem früheren Lebensalter in den Genuss eines Gehaltes tritt, das zur Ernährung einer Familie ausreicht. Die Verwaltungsfunktionäre erreichen mit dreimal 400 und viermal 300 M. Alterszulage in 21 Dienstjahren ein Höchstgehalt von 4500 M. Der Lehrer mit 1350 M. Grundgehalt und neunmal 200 M. Alterszulage nach je drei Jahren in 31 Dienstjahren ein Höchstgehalt von 3150 M. Außer den Alterszulagen können in Gemeinden über 25 000 Einwohner Ortszulagen gezahlt werden. Infolge der hohen Sterblichkeitsziffer erhalten nur wenige Lehrer das Höchstgehalt. Im Jahre 1901 erreichten es nur 11,9 Proz. der preussischen Lehrer. Dazu kommt, daß auch das Grundgehalt nicht alle erhalten; für die ersten vier Dienstjahre sind nur 1080 M. vorgesehen. Was die Vorlage bringt, wird schon heute besonders in den Industriegebieten und großen Städten gefühlt, so daß ein großer Teil der preussischen Lehrer durch diese Gehaltsvorlage geradezu geschädigt wird. Durch den Bremserlaß hat man schon seit Jahren die Lehrergehälter besonders im Westen niedergehalten; nun wird die Gehaltsbremse gefestigt, den Gemeinden also verboten, mehr zu zahlen, als dies Gesetz vorschreibt und dadurch die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Lehrerstandes auf der ganzen Linie gehemmt. Dadurch, daß die Rietschädigung nicht mehr voll zur Pensionierung angerechnet werden soll, werden auch die Pensionbeträge und Witwengehälter geringer. Die Gehälter der preussischen Lehrer sind aber derzeit, daß sie eine Verminderung nicht vertragen, auch im Ruhegehalt nicht. (Stürmischer Beifall.)

In der

Debatte

beleuchteten Wagner-Essen und Lade-Dinstufen die Schädigungen, die der Entwurf den Lehrern in den Industriegebieten bringt und die sich im wesentlichen aus der Gehaltsbremse und der mechanischen Stäufelung der Ortszulagen ergeben. Wenzel-Berlin wendet sich gegen die sogenannten Gleichstellungsforderungen, die gehaltliche Gleichstellung auch bei geringeren Sätzen erstreben und mit den konservativen Parteien Hand in Hand gehen. Pautsch-Berlin weist darauf hin, daß man die Vorlage anscheinend mit der Frage der Besoldungsklassen verquiden will, was einer Verschleppung der Verhandlungen gleichläme. Das preussische Abgeordnetenhaus sollte sich eine so dürftig begründete Vorlage nicht bieten lassen. Hoff-Riel und Stute-Witten wenden sich gegen die Gehaltsbremse. Judd-Kolberg, von der Ködliner Regierung kürzlich gemahregelt, wird von starkem Beifall begrüßt; er tritt für einen möglichst hohen Durchschnittssatz der Rietschädigung zur Anrechnung bei der Pensionierung ein. Generalsekretär Zewo-Werlin erinnert daran, daß der Freiherr von Zedlitz die Besoldungsfrage noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit nicht für spruchreif gehalten habe. Der Platz dafür war bei der Behandlung des Schulunterhaltungsgesetzes; damals wollte man aber von dieser Frage nichts wissen. Die nachträgliche Heranziehung der Frage der Besoldungsklassen in die Behandlung der Besoldungsvorlage kann das Zustandekommen des Gesetzes auch in besserer Form nur stören. Eine Resolution in diesem Sinne wird angenommen. Nach siebenstündiger Verhandlung wird der Lehrertag geschlossen. Die angenommenen Leitsätze haben folgenden Wortlaut:

A.

Der 5. Preussische Lehrertag erkennt an, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Lehrerbefoldungs-gesetzes einen erheblichen Fortschritt in den Gehaltsverhältnissen vieler gering besoldeter Lehrer bringt, kann aber das, was der Entwurf bietet, nicht als eine Befoldung gelten lassen, wie die preussischen Lehrer sie auf Grund ihrer Bildung, der Bedeutung ihrer amtlichen Wirksamkeit und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse beanspruchen können. Wegen die Einschätzung, die die Vorlage dem Lehrerstande zuteil werden läßt, legt der Preussische Lehrertag Verwahrung ein. Er hält fest an dem folgenden Beschlusse des 4. Preussischen Lehrertages:

- 1. Wenn die preussische Volksschule ihrer Aufgabe im Dienste der Volksschule und Volkserziehung vollaus gerecht werden soll, so ist in erster Linie eine Lehrerbefoldung erforderlich, die der Bildung der Lehrer und der Bedeutung ihrer Wirksamkeit, sowie den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit entspricht.
2. Demnach faßt der Preussische Lehrerverein angesichts der bevorstehenden Revision des Gesetzes vom 3. März 1897 seine Wünsche bezüglich der Neuregelung der Lehrerbefoldung dahin zusammen, daß
a) eine gleiche Befoldung aller Lehrer ohne die bisherige Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nach der Art der Befoldung der Lehrer an höheren Schulen geschaffen werde, daß
b) den Lehrern ein Einkommen gewährt werde, das nach Höhe und Art des Anwachsendem dem der Sekretäre der allgemeinen Staatsverwaltung gleich ist, eventuell mit den Abänderungen, welche durch eine etwaige frühere endgültige Anstellung der Lehrer und die Gewährung der vollen Rietschädigung an sie bedingt sind, und daß

c) bei den dauernd mit einem kirchlichen Amte verbundenen Stellen, wozu auch der Vorsängerdienst gehört, das aus diesem stichende Einkommen nicht auf das Lehrergehalt angerechnet werde.
Die Versammlung faßt die unter 2a und b ausgesprochenen Wünsche derart als ein Ganzes auf, daß sie eine Verwirklichung der gleichen Befoldung in geringerer als der angegebenen Höhe ablehnt.

B.

Der 5. Preussische Lehrertag bittet die königliche Staatsregierung und die beiden Höfen Häuser des Landtages, die Abänderung des Gesetzes vom 3. März 1897 so zu gestalten, daß die Lehrerbefoldung, wenn die volle Verwirklichung der oben ausgesprochenen Wünsche aus finanziellen Gründen jetzt noch nicht möglich ist, wenigstens in höherem Maße den Beschlüssen des 4. Preussischen Lehrertages entspricht und daß der vollen Erreichung des angestrebten Zieltes nichts im Wege steht, und demnach

- 1. das Grundgehalt höher zu bemessen, bei definitiver Anstellung ist das volle Grundgehalt zu zahlen,
2. die Alterszulagen zu erhöhen und so zu gestalten, daß
a) durch die erste Hälfte derselben eine raschere Steigerung des Lehrereinkommens erzielt und daß
b) das Höchstgehalt früher erreicht werde, und ferner, solange die Lehrergehälter die in jenem Beschlusse bezeichnete Höhe nicht erreicht haben,
3. keinerlei Hemmung der Gehaltsentwicklung anordnen zu wollen,
4. Bestimmungen dahingehend zu treffen, daß die Dienstwohnung bzw. die Rietschädigung zum vollen Werte, jedoch nicht unter dem Betrage von 500 M. bei der Festsetzung des Ruhegehaltes angerechnet werde.

C.

Der 5. Preussische Lehrertag bittet ferner:
1. durch § 4 des genannten Gesetzes festsetzen zu wollen,
a) daß der niedere Küsterdienst von dem mit einem Schulamte verbundenen Kirchenamte völlig getrennt werde, und
b) daß den Inhabern eines vereinigten Schul- und Kirchenamtes bei sonntäglich einmaligem Gottesdienste ein Mehrbetrag an Grundgehalt von mindestens 500 M. und für die nicht durch Gottesdienst bedingten kirchlichen Amtshandlungen eine Entschädigung gewährt werde nach einer Gebühreordnung, die auf besondere Verhältnisse Rücksicht nimmt, sowie daß die Auszahlung dieser Bezüge in der durch § 21 vorgeschriebenen Weise erfolge,
2. in der Gewährung der Rietschädigung wie bei den Staatsbeamten keinen Unterschied zwischen Lehrern mit eigenem Haushalt und ohne solchen zu machen,
3. § 20 des Lehrerbefoldungsgesetzes so zu gestalten, daß auf Antrag des Stelleninhabers die Landnutzung und die Lieferung von Brennmaterial und sonstigen Naturalien abgelöst werden müssen,
4. durch § 11 des Lehrerbefoldungsgesetzes anordnen zu wollen, daß für diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, die vor ihrem Eintritt in den öffentlichen Volksschuldienst an Privatschulen in Disziplin unterrichtet haben, deren Pflege der Volksschule zufällt, und voll beschäftigt waren, bei Bemessung der Alterszulagen und der Pension § 10 des Gesetzes, Absatz 1, gelten soll,
5. festsetzen zu wollen, daß allen Lehrern Umzugskosten wie den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung gewährt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenfragen.

In unendlich vielen Fragen der heutigen Ehe, eingebunden die Bestimmungen der Kindererziehungsfrage, empfindet die Frau immer und immer wieder, daß sie von Gesetz wegen gleich unmündigen und Idioten behandelt wird.

Die moderne Frauenbewegung soll aber die Frau nicht nur davon befreien, in der Ehe eine Versorgungsanstalt zu suchen, sondern sie überhaupt in geschlechtem Sinne von wirtschaftlicher Abhängigkeit dem Manne gegenüber befreien.

Die Frau mit vollem Persönlichkeitsbewußtsein verlangt von einem Gemeinwesen die Anerkennung höherer ethischer Werte, und nur in diesem Sinne spricht sie einem gemeinsamen Leben von Mann und Weib Veredlung zu. Je mehr wirtschaftliche Umwandlungen vor sich gehen, mit der Ausscheidung der männlichen Arbeitskraft, je mehr die ganze Lebensführung höhere Ansprüche stellt, desto schärfer und brennender wird die Frage für die große Masse der Nichtkapitalisten, wie sich die berechtigten Ansprüche der Frau auf eine Form des Zusammenlebens mit dem erwählten Mann auf ethischer und wirtschaftlicher Basis vereinbaren lassen und ihre zugleich eine vollwertige Stellung in der Gesellschaft für die eigene Person und als Mutter für sich und ihre Kinder einzunehmen.

Eine fundamentale Umordnung in der Regelung der Beziehungen der Geschlechter zu einander, die der Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht weichenwillig hinterherhinkt, ist berechtigter Anspruch der Frau.

Daß mit dem Einlaufen in den Hafen der Ehe nicht die Interessen für die großen Forderungen der Frauen begraben werden, darüber ist man sich sogar im liberalen Frauenlager klar. Auch Damen, die bereits einen legitimen Ehemann ihr eigen nennen, wollen nicht auf das Stimmrecht verzichten; sie verlangen die politische Gleichberechtigung. Gerade, weil man Frau und gerade, weil man Mutter ist, und seine Kinder für das Leben zu erziehen die Pflicht hat, hält man es für nötig, sich um die großen Lebens- und Kulturprobleme zu kümmern und erhebt Anspruch darauf, in allen Fragen des öffentlichen Lebens mitzusprechen.

Die bisherige Gesetzesmacherei spricht eine berechtigte Sprache der Weibunterdrückung. In allen Dingen ist die Frau benachteiligt, überall hat man ihr Rechte vorenthalten. Diese zu erkämpfen, ist der Frauenbewegung dringende Aufgabe.

Ganz recht hat Dr. Käthe Schirmacher, wenn sie den Unwissenden, die da meinen, daß die Frauenbewegung bereits ihre Ziele erreicht habe, erklärt („Lokal-Anz.“, Nr. 480), daß die Frauen bisher praktisch überhaupt noch nichts erreicht, daß sie bis jetzt nur Vorarbeit geleistet haben. Wenn sie weiter sagt, daß die Interessen der Frau heute nur in dem Maße berücksichtigt werden, als es dem männlichen Geschlecht wünschenswert erscheint, das heißt in dem Maße und in der Weise der Unterordnung der Frau, woraus sich alle ihre Benachteiligungen und Verkürzung an Bildung, Gest, Loba und Gehalt, an Freiheit, Recht und Macht ergeben, — wenn sie weiter sagt, daß, solange die Frau nicht selbst Wähler und Gesetzgeber ist, dieser Zustand bestehen bleibt, daß die Frauen das politische Wahlrecht verlangen als ein Menschen- und Bürgerrecht, um ihre Interessen geltend zu machen, und daß die Frauenbewegung nicht eher zur Ruhe kommt, bis das Stimmrecht erobert ist, so hat sie damit die Situation im bürgerlichen Lager gekennzeichnet, eine Situation, die für das Proletariat nur zu einem Teile zutrifft. Es ist übrigens gar nicht so unlogisch, wenn das Spiechertum von der bürgerlichen

Frauenbewegung nichts wissen will, fühlt es doch ganz instinktiv, daß die Gleichberechtigungsforderung der Frauen auf eine Konkurrenz für die Männer als Beförderer der Aussenverträge hinausläuft. Die gleichen Forderungen der Proletarierinnen haben ein viel tieferes Motiv als das der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen; es wächst aus der Auffassung, daß die völlige Befreiung der Frau mit der Sozialisierung der Gesellschaft zusammenfällt. Aber das hindert nicht den Kampf um den schrittweisen Vormarsch.

Erst dann, wenn Gemeinheitsarbeit geleistet wird und nicht mehr Männerregolismus die Gesetze diktiert, werden auch die Differenzen, die durch das Eintreten der Frau als vollbewußter Mensch entstanden sind, schwinden, und in der Beziehung des Weibes zum Mann als auch zur Gesellschaft idealere Werte als Bestimmungsfaktoren wirken.

Gemeinheitsarbeit von Kopf und Herz verlangt das große umfassende Gebiet der sozialen Forderungen. Es ist mehr und mehr notwendig geworden, psychologisch Geschulte als Gesetzgeber und Richter zu erheben, vor allem psychologisch geschulte Frauen und Männer, und in die veraltete bürokratische Gesetzesmacherei den Pulsschlag neuer Lebensauffassung hineinzutragen. Und das gilt ganz besonders für das Gebiet der Kinderfürsorge und -Erziehung!

Kapitalistische Arbeiterinnen-Erziehung.

Eine recht intensive „Erziehungsarbeit“ in den Reihen der noch jugendlichen Arbeiterinnen leistet das Unternehmertum in der Textilindustrie. Fast alle Großunternehmungen in der Wolltänmererei, den Kamungarn- und einem Teil der Baumwollspinnereien haben hierfür besondere Einrichtungen getroffen. Da gibt es Mädchenheime, in welchen die vom Lande herkommenden Mädchen an den Wochentagen wohnen. Außer diesen nimmt man noch die vom Auslande heringelassenen Mädchen in diese Heime auf. Die jungen Geschöpfe unterstehen einer strengen Hausordnung und werden systematisch vom Unternehmertum und von der Kirche bearbeitet. In Delmenhorst hat die große Norddeutsche Wolltänmererei und Kamungarnspinnerei einen eigenen Geistlichen für die Fabrik angestellt und an den verschiedensten „Abenden“ kommen die Leute zu erbaulichen Unterhaltungen zusammen. Das Zusammenarbeiten zwischen Kirche und Unternehmertum kommt recht drastisch zum Ausdruck in Aachen. Hier existieren eine ganze Menge Vereine, welche die „Fürsorge“ für die Arbeiterinnen auf ihre Fahne geschrieben haben. Da gibt es „Aachener Arbeiterinnen-Verein“, „Aachener Verein für Volkswohlfahrt“, „Marien-Hospiz“, „Sammelwerk vom armen Kind“. Es ist dies eine Arbeitervereinschaft. Aufgenommen werden Mädchen bis zu 20 Jahren. Ferner die „Töchter vom heiligen Kreuz“, „Acht für heimatslose Mädchen“, „Besserungsanstalt zum guten Dinten“ usw. Damit ist die Zahl der Vereine noch nicht erschöpft. An der Spitze dieser Vereine stehen selbstverständlich neben Christlichen, hohe Regierungsbeamte, hervorragende Industrielle Aachens. Die Arbeitervereinschaft für Arbeiterwohl“ zählt zu ihrem Vorstand zwei Kommerzienräte, einen Rittergutsbesitzer und Herrn Ludwig. Der Name Ludwig lebt in allen Vereinigungen wieder.

Stellvertretender Vorsitzender des Vereins für Volkswohlfahrt ist Herr Dr. Delius, der Vorsitzende des Aachener Zuschabrilantenvereins. Der Aachener Zuschabrilantenverein wird ausdieslich als Wohltäter des „Marien-Hospizes“ bezeichnet. Zwei Mitglieder des Vorstandes vom Evangelischen Frauenheim sind gleichfalls Mitglieder der Humilde Delius. Man läßt sich ja genau vieles, was diese Wohltätigkeitsvereine tun, nicht einbilden. Wenn die Arbeitermädchen Aachen und Aachen lernen, so kann das nur begünstigt werden. Aber diese Vereine wollen mehr und tun mehr. Sie wollen das Denken und Fühlen der Arbeiterfrauen und Mädchen im Sinne der bestehenden Klassen beeinflussen. Die Arbeiterkassen soll im „Arbeits-berren“ ihren von Gott eingeleiteten Vorgesetzten betrautern. Die alten religiösen und sonstigen Vorurteile gegen jede selbständige Regung der Arbeiter sollen erhalten werden. Deshalb ertreitet sich der Einfluß dieser Vereine bis weit hinein in die Arbeiterfamilien. Die so erzogenen Arbeiterinnen hindern mit allen Mitteln die Männer an einer etwa beabsichtigten Aufsehung gegen niedere Löhne usw. Das Führen die Aachener Arbeiter sehr in ihren wirtschaftlichen Kämpfen. Die Verhältnisse für die Arbeiter sind in Aachen äußerst schlecht. Die Löhne der Textilarbeiter — und es werden mehr als 10 000 da beschäftigt — sind sehr niedrig. Ganz besonders die in der Appretur beschäftigten Arbeiter werden schlecht entlohnt. Mehr als 15 M. pro Woche wird selten verdient.

Das Entstehen der Ueberstunden ist bei dieser Arbeiterkategorie in sehr hoher Weise. Gearbeitet wird teilweise von früh morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr, Ueberstunden werden mit 18 bis 20 Pf. entlohnt — für erwachsene Arbeiter. Ein Teil der Betriebe ist noch heute so eingerichtet, daß die Arbeiter überhaupt eine volle Woche nicht nach Hause zu gehen brauchen. Mundvorrat, Brot usw. wird für die ganze Woche aufbewahrt. Häuslich haben sich diese Arbeiter in der Fabrik eingerichtet, wie aber diese „Hauslichkeit“ ausseht, spottet oft jeder Beschreibung. Nachtlager finden die Aernsten auch gleich in der Fabrik und ist letzteres nicht nur in Appreturen, sondern auch noch in Webereien zu finden. Für so ein Nachtlager läßt sich der Fabrikant von den Arbeitern und Arbeiterinnen 10—25 Pf. zahlen. Alles ist darauf zugeschnitten, sich billige Arbeiterkassen zu beschaffen. Als im Jahre 1906 eine Bewegung unter den Appreturarbeitern eingeleitet wurde, erließ der Fabrikantenverband ein Rundschreiben an seine Mitglieder, welches klar und deutlich die bloße Furcht bloßlegte, die die Unternehmer vor der wirtschaftlichen und politischen Auslösung der Arbeiterkassen haben. Aus diesem Rundschreiben, welches vom rückständigsten, reaktionärsten Geiste getragen ist, sei nur folgende Stelle zitiert:

„Da dem Anscheine nach in der nächsten Zeit in einzelnen Unternehmungen Ansprüche auf Lohnerhöhungen gestellt werden, so liegt es im Interesse des Arbeitgeberverbandes, diesen Anträgen zuvorsprechen, und es sei hiermit empfohlen, möglichst sofort eine Revision der Löhne der erwachsenen Appreturarbeitern vorzunehmen und, falls erforderlich, eine Steigerung derselben einzutreten zu lassen. Diesbezüglichen Erweissens dürfte anzustreben sein, den Durchschnittslohn des erwachsenen und normal leistungsfähigen Appreturarbeiters auf 15 M. zu normieren.“

Unter allen Umständen wäre Vorsorge zu treffen, daß nicht etwa infolge einer Arbeiterbewegung in irgend einem Betriebe eine Lohnerhöhung zugestanden werden müßte, im Gegenteile sollen jegliche Forderungen der organisierten Arbeiter rundweg abgelehnt werden.“

Unterzeichnet war dieses Schreiben von Herrn Delius, dem Mitglied so vieler Wohltätigkeitsvereine. Zweifellos liegt das Wirken der Wohltätigkeitsvereine sehr im Interesse des Aachener Textilkapitals. Die hiervon erfahrenen Arbeiterinnen zu selbständigem Denken und Handeln zu erziehen, ist eine ebenso mühsame wie schwierige Aufgabe der Zukunft.

Hundert Jahre unter der Geindeordnung!

Ueber dieses Thema sprach Genosse Redakteur Paul John in einer öffentlichen politischen Versammlung, die am Sonntag, den 8. November, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20, stattfand und die äußerst gut besucht war.

Die meisten von den Anwesenden, führe der Redner einleitend aus, seien ja selbst vom Lande und wären ihnen die dort bestehenden Verhältnisse wohlbekannt. Zum Beispiel auch, daß dort verschiedene Klassen vorhanden sind, wenngleich hier die Klassenunterschiede äußerlich oft nicht so auffallend in Erscheinung treten, wie in den Städten. Anders allerdings zeige sich die Sachlage, wo neben den Großbauern noch Gutsbesitzer, Junker vorhanden sind. Dort sei dieser vollkommen Gebieter und schalte und walte nach Willkür. In seinen Händen vereinige sich gemeist die Polizeimacht, die We-



Wahrung. Auf Schule, Kirche usw. über er seinen nachvollenden Einfluss aus. In selbst über den Rahmen seines Dorfes hinaus, in Stadt und Land, machten sich die Wirkungen seines Einflusses sichtbar und fühlbar geltend, wenn auch nicht durch seine eigene Person, so doch durch die Verwandtschaftsverhältnisse, Vettern, Onkel, Söhne, die als Offiziere, Geheime usw. ihr Masseninteresse durchzusetzen verstehen. In den Parlamenten tragen ihre Vertreter Sorge, daß die Gesetzmäßigkeit zu ihren Gunsten arbeitet, sturz, die Fäden der junkerlichen Macht spannen sich durch das gesamte Staatsgebiet.

Nedner gibt dann einen historischen Rückblick und zeigt, wie das Junkertum auch einmal freiere Allüren zur Schau trug. Damals, als es für den Freihandel eintrat, weil der ungeheueren Ausdehnung der Industrie in England dort die Arbeitskräfte so stark abforderte, daß es dem englischen Volke nicht mehr möglich war, die landwirtschaftlichen Produkte selbst zu beschaffen, deren es zur Erhaltung bedurfte. So wie jetzt Rußland Getreide nach Deutschland exportiert, so lieferte damals Deutschland Getreide an England. Das Junkertum geriet in einen scharfen Gegensatz zu den Industriellen und zur Regierung. Die aufwärtsstrebende deutsche Industrie wollte die Grenzen für englische Erzeugnisse verschließen wissen. Daraus ergab sich, daß die Junker einmüchtig Freihandel eintraten und mit freieren Allüren prunkten. Leider hätten sie diese nicht in der Befehlsgebung bestätigt. Als der französische Eroberer Deutschland seine Macht fühlen ließ, hätten die Herrschenden wohl, unter dem Druck der Angst, dem Volke freihändlerische Versprechungen gemacht. So erließ Friedrich Wilhelm IV. ein Edikt nach dem sein untertäniges Verhältnis mehr bestehen sollte. Mit Martini 1810 sollte jede Gutsuntertänigkeit aufgehoben; von da ab sollte es nur noch freie Leute geben! Die Leibeigenschaft wurde denn auch beseitigt, damit man aber auch schon alles getan. Den Junkern sei gleich wieder bange geworden vor dieser „Freiheit“. Sie arbeiteten denn auch energisch, damit die Unabhängigkeit nicht zu weit ginge. Martini 1810, dem Termine der Einlösung des königlichen Versprechens, kam die Gesindeordnung für sämtliche Provinzen, die genau dieselben Bestimmungen enthielt wie das alte Landrecht von 1791, also aus diesem übertragen wurde auf die neuen Verhältnisse. Die Bauern hatten einige Rechte erhalten. Den Besitzlosen war die herkömmliche, heute noch geltende Gesindeordnung beibehalten, die sogar von der häuslichen auch auf die wirtschaftliche Tätigkeit ausgedehnt wurde, also nicht nur für das eigentliche Gesinde, sondern auch für alle anderen Arbeiter galt, die zum landwirtschaftlichen Betrieb in Abhängigkeit standen. Diese Gesindeordnung entsprach nicht nur nicht den gemachten Versprechungen, sie war ein blutiger Dolch gegen das moderne Empfinden. Nun gibt es nicht nur diese eine Gesindeordnung, sondern deren allein in Preußen 19, die alle voneinander verschieden sind. Nedner zählt die einzelnen Gesindeordnungen auf, und entrollt ein anschauliches Bild von den rückschrittlichen Anschauungen, die in diesen enthalten sind. Alle lehnten sich an die preussische, 1810 erlassene Gesindeordnung an. Einzelne seien etwas milder gefaßt, andere enthielten für den Herrn sogar noch das Recht der Züchtigung.

Die einzige, die das Brügeln der Diensthöfen durch die Herrschaft unter Strafe stellt, finde sich in Frankfurt a. M. vor. Selbst in Bayern gelte das alte Brügelrecht noch. In Hamburg sei mit Aufhebung der Gesindeordnung von der Polizei selbstständig eine Kontrolle für die Diensthöfen eingeführt. Ohne Befristung und Anhebung der Freiheit und persönlichen Rechte der Diensthöfen scheine es nach Ansicht der Behörden nicht zu gehen. Was die preussische Gesindeordnung von 1810 anbetreffe, so enthalte sie Bestimmungen, die man in der heutigen Zeit nicht mehr begreifen könne. Während man überall auf gesetzlichem Wege vorangeht, im Interesse der Gesundheit die Arbeitszeit zu verkürzen, muß der Diensthöfen nach §§ 73-75 stets dienstbereit sein, selbst wenn die Arbeit erledigt ist. Nicht einmal Zeit, um sich eine neue Stelle zu suchen, brauche eine Herrschaft ihren Diensthöfen zu gewähren. Ständlos sei das Recht auf Anrechnung des Lohnes für zerbrochenes Geschirr, selbst wenn kein Verschulden der Diensthöfen vorliegt. Falls der Lohn für Schadenjah nicht ausreicht, kann sich die Herrschaft an dem Eigentum der Diensthöfen schadlos halten, oder sie kann diese zwingen, eine gewisse Zeit unentgeltlich zu arbeiten. Aber nicht nur die Diensthöfen hätten nach der Gesindeordnung Pflichten, sondern auch die Herrschaften, z. B. die, daß sie die letzteren zum — ständigen Krankenbesuch anholten. (Große Deutlichkeit.) Zur Befreiung für eine im Dienst zugezogene Krankheit könne die Herrschaft herangezogen werden, jedoch sei es oft schwer, nachzuweisen, daß die Krankheit bei der Arbeit entstanden sei. Auch die Bestimmung, daß, wenn die Krankheit durch eigenes Verschulden eingetreten ist, die Herrschaft für die Kosten nicht aufkommen braucht, biete diesen Hintertüren, um sich der gesetzlichen Pflichten zu entziehen. Nedner beleuchtet dies an der Hand einiger Beispiele. Das Recht der Herrschaft aus der früheren Zeit, wonach sie das Gesinde zwar nicht mit einem Stock, wohl aber mit einer Peitsche züchtigen durfte, ist ja nicht in die neueren Bestimmungen hineingekommen, doch kann der Diensthöfen auch heute noch, wenn er die Herrschaft „reizt“, leicht gezüchtigt werden.

Unsere Forderung sei im Reichstag bei jeder Gelegenheit der Gesindeordnung zuleibe gegangen. Leider besaßen die anderen Parteien regelmäßig, selbst Pastoren hätten die Sklavenordnung verteidigt.

Wir wollen, daß die Hausangestellten der Gewerbeordnung unterstellt werden. Nur dann, wenn das geschieht, werden sich die schändlichen Zustände ändern. Bezüglich des Abkaltungsrechtes habe Genosse S t a d i a g e n festgestellt, daß die Diensthöfen wohl ein solches besitzen, bisher aber nur wenig Gebrauch davon gemacht haben. Dagegen sei es ihnen verboten, die Arbeit gemeinsam niederzuliegen. Es sei hiermit nachzuweisen, daß unter der Gesindeordnung die Herrschaften alle Rechte, die Diensthöfen gar keine besitzen. Deshalb unsere Forderung: Fort mit der Gesindeordnung! Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

In der Diskussion sprachen zwei Genossen und wiesen darauf hin, wie man erfolgreich die Organisation der Diensthöfen fördern könne. Mehrere Dienstmädchen ergriffen ebenfalls das Wort und schilberten ihre Erlebnisse, aus denen genügend zu ersehen war, in welcher unwürdiger und rechtloser Lage die Hausangestellten sich heute noch befinden. Die Versammlung folgte mit großem Interesse den vorgebrachten Schilderungen.

Nachdem noch J a a r einen kräftigen Appell an die Anwesenden, die Agitation und Organisation noch energischer wie bisher zu betreiben, gerichtet hatte, schloß die imposante Versammlung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Erptow — Baumgartenweg.** Dienstag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Altenholzboim“ (Westiger Wogel), Altenholzstraße 35: Frauenversammlung. Vortrag: „Heinrich Heine“.

**Veget.** Dienstag kein Unterrichtabend wegen der bei Erptow stattfindenden Volksversammlung.

### Gerichts-Zeitung.

#### „Notwehr“ eines Arbeitgebers.

Neber Herrn Leopold Honig, den Inhaber einer Blusen- und Unterrock-Fabrikation in der Seidelstraße, berichteten wir vor einiger Zeit, daß er mit einer Witwe P., die für ihn arbeitete, in Streit geraten war, weil sie ihm einen Kragen Blusen verpfuscht haben sollte. Vor dem Gewerbegericht forderte Herr Honig von Frau P. Schadenersatz für 80 der angeblich verpfuschten Blusen in Höhe von 117 M., während Frau P. für alle 61 angeblich verpfuschten Blusen den verabredeten Arbeitslohn in Höhe von 78,25 M. beanspruchte. Herr Honig mußte sich zu einem Vergleich bequemen, indem er seinen Schadenersatzanspruch vollständig aufgab, alle Blusen (ungeändert) zurücknahm und in Zahlung des Arbeitslohnes mit einem Abzug von 25 Pf. pro

Stück willigte. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht hatte Frau P. die Angabe gemacht, Herr Honig habe in seinem Geschäftszimmer, als sie die von ihm zurückgewiesenen Blusen wieder mitnehmen wollte, sie plötzlich im Gesicht gepackt und sie mehrere Male mit dem Kopf gegen die Tür oder Wand gestoßen. Für diesen Gewaltakt zog sie Herrn Honig noch besonders zur Verantwortung, indem sie gegen ihn Privatklage wegen Körperverletzung erhob. Gestern stand Herr Honig vor der 148. Schöffensabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Der Versuch des Vorsitzenden Assessors Stempel, einen Vergleich zustande zu bringen, bei dem der Angeklagte die Kosten zu übernehmen gehabt hätte, wurde von diesem zurückgewiesen. Er habe, so behauptete er, Frau P. nicht mißhandelt und sie überhaupt nicht geschlagen, sondern sie „nur am Kragen gepackt“, und auch das habe er nur getan, weil Frau P. die ihm geschickten Blusen wieder an sich genommen und damit wegzulaufen versucht habe. Der Vorsitzende meinte, da müsse er ja recht derb „gepackt“ haben, wenn am Hals der Frau P. die Spuren zurückbleiben könnten, die das von ihr eingereichte Attest bestätigte. Herr Honig antwortete entsetzt, den Geschäftsmann möchte er sehen, der aus seinem Lokal sich Waren „stehlen“ lasse, ohne dagegen einzuschreiten. Er wolle nämlich glauben machen, daß Frau P. tatsächlich die Blusen habe „stehlen“ wollen. Weil Frau P. es abgelehnt habe, diese Blusen zu ändern, habe er sie für mit Vorbehalt angenommen erklärt, daher habe Frau P. sie sich nicht wieder „aneignen“ dürfen. Die Beweisführung beschränkte sich auf die Vernehmung eines Dienstmannes Müller, der zufällig in demselben Augenblick, wo Herr Honig die Frau P. „nur am Kragen packte“, in dem Geschäft des Herrn Honig eine Bestellung ausdrücken sollte. Herr Müller schilderte, wie Herr Honig „die Frau im Gesicht gefaßt“ habe und „mit ihr abgegangen“ sei. Sie sei in das Geschäftszimmer eingezogen worden, habe dabei fürchterlich geschrien, sei dann allein wieder herausgegangen und habe sehr geweint. Verlesen wurde noch das ärztliche Attest. Der Arzt bescheinigt, daß Frau P. noch zwei Tage nach diesem Auftritt im Nacken einen 3 Zentimeter langen und einen Zentimeter breiten blauen Streifen aufgewiesen habe. Sie habe über Kopfweh, Erbrechen, Schwindel und Schwindel geklagt, auch habe sie nach der Unteruchung in seinem Sprechzimmer einen Chnuchtsanfall gehabt. Es scheint ihm durchaus glaubhaft, daß diese Beschwerden auf die erlittene Zurückhaltung und die dadurch hervorgerufene Gemütsberregung zurückzuführen seien. Für die Klägerin machte ihr Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Theodor Liebtrecht geltend, daß sie die Blusen wieder mitnehmen durfte, da sie sie ja ändern sollte. Abgenommen seien sie noch nicht gewesen, das bringe der Angeklagte jetzt nur zu seines Verteidigung vor. Sinnlos sei die Behauptung, daß sie die Blusen habe „stehlen“ wollen. Die Handlungsweise des Angeklagten sei durchaus rechtswidrig, sie kennzeichne sich als brutaler Gewaltakt eines kräftigen Mannes gegen eine schwächliche Frau. Herr Honig blieb bei seinen Behauptungen. Er fügte noch hinzu, die Unteruchung durch den Arzt habe ja erst drei Tage nachher stattgefunden, da könne man nicht wissen, wo Frau P. sich die Verletzungen zugezogen habe, im übrigen habe sie selber früher mal zu seinem Personal gesagt, daß sie ohnehin kränzlich und sehr nervös sei. Das Gericht ließ sich durch diese mehrwöchige Selbstverteidigung nicht imponieren, sondern erklärte den Angeklagten für schuldig der Körperverletzung und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 20 M. oder 2 Tagen Haft. Als mildernder Umstand wurde ihm angedreht, daß er tatsächlich geklaut haben könne, Frau P. wolle sich die Blusen tollerechtlich aneignen. In diesem Falle liege „Notwehr“ vor, doch sei er darin zu weit gegangen, das Attest beweise ja, wie er „zugepackt“ habe. Würde die Strafe ebenso milde ausgefallen sein, wenn ein Arbeiter angeklagt gewesen wäre, weil er mit einem Arbeitgeber oder mit einer Arbeitgeberin in ähnlicher Weise umgesprungen ist?

#### Ein Hegenprozeß in Neudenburg.

Eine Barnemünder Einwohnerin, Thoms, klagte dieser Tage gegen den Polizeiwächter Prähling und eine Frau Schwerk wegen Verleumdung. Beide Angeklagte sollen der Klägerin nachgesagt haben, daß sie mit dem Bösen im Bunde stehe und „hegen“ könne. Der Polizeiwächter hat, wie in der Beweisaufnahme festgestellt wurde, in einem Vorübergang sich darüber beklagt, daß sein Sohn, der ursprünglich gesund gewesen sei, später einen Tumor bekommen habe und schließlich gestorben sei. Er hat mit diesen Vorurteilen die übernatürlichen Kräfte der Klägerin in Verbindung gebracht. Die beklagte Frau Schwerk hat von der Verleumdung gefogt, sie „wisse etwas“ und ihre Tochter „noch mehr“. Der Vorsitzende bemühte sich, die Hegengeschichte durch einen Vergleich aus der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts zu schaffen. Die Klägerin wolle jedoch darauf nicht eingehen, weil sie „nicht als Hege in Barnemünde herumlaufen“ wolle. Dies mußte ihr das Moskauer Gericht denn auch nicht zu verurteilen die beiden Angeklagten zu je 5 Mark Strafe.

Es muß für die Barnemünder ein eigenes Gefühl sein, ihre Sicherheit einem Manne anvertraut zu sehen, der am Hegenipal glaubt. Barnemünde liegt in einem Teile Neudenburgs, der wohl am meisten von dem modernen Leben berührt wird. Es ist Hafenstadt, lebhafter und vielbesuchter Badeort und vermittelt den Hauptverkehr mit Dänemark.

Der Revolver! Ueber eine Schießaffäre, bei der der Buchdruckerhilfsarbeiter Adolf Glitsch durch einen Elektromonteur Willi Kleiber lebensgefährlich verwundet worden war, hatte am Montag die 134. Schöffensabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte zu urteilen. Kleiber hatte in der Nacht vom 28. zum 29. Juli an der Ecke der Landberger Allee und der Thorner Straße auf Glitsch mit einem Revolver geschossen, weil er sich von ihm und anderen bedroht glaubte. Glitsch ist trotz der Schwere der Verwundung völlig wiederhergestellt worden, Kleiber stand jetzt vor Gericht unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs. Die Beweisaufnahme ergab, daß Glitsch, wie er selber bekundete, in Angerufenheit mit Kleiber in Streit geraten war. Ein Mädchen, das sich in Kleibers Begleitung befunden hatte, sagte aus, sie und Kleiber seien durch unanständige Redensarten beleidigt worden, daraus sei dann der Streit entstanden. Andere Zeugen bekundeten, Kleiber sei auch nachher noch von Glitsch verfolgt worden und habe schließlich aus einer Entfernung von mehreren Schritten auf ihn geschossen. Hiernach sah der Anklagebeizweter als erwiesen an, daß Kl. in Notwehr gehandelt habe. Er behauptete, daß so häufig schon ganz junge Leute Revolver bei sich führen und vornehmlich Gebrauch davon machen. Ein paar Ohrschnellen, meinte er, hätten genügt, einen etwaigen Angriff zurückzuweisen. Das Notwehrrecht sei überschritten worden, doch sei eine Geldstrafe von 20 M. als ausreichende Sühne anzusehen. Der Verteidiger forderte Freisprechung. Er glaubte, hervorheben zu sollen, daß die Wunde des Friedrichshains besonders unsicher sei und den Gebrauch des Revolvers rechtfertige. Das Gericht verurteilte Kleiber zu einer Geldstrafe von 20 M. eventuell zu 6 Tagen Haft. Er sei hinausgegangen über die berechnigte Notwehr; aus einer Entfernung von mehreren Schritten habe er nicht schießen dürfen. Selbst wenn die vermeintlichen Anreize wirklich über ihn hergefallen wären und ihn vergrößert hätten, so wäre das, hätte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung aus, nicht so schlimm gewesen, wie wenn er schon und eventuell dabei einen Menschen tötete.

#### Abtreibungsaufgabe.

Einen ungewöhnlichen Wahrpsuch füllten die Geschworenen am Landgericht I am Sonnabend als Abschluß einer Verhandlung, die den ganzen Tag bis zum späten Abend ausfüllte. Angeklagt waren eine Verkäuferin S. wegen Verrückung der Folgen ihres intimen Verkehrs mit dem Zweitangeklagten, einem Peckener Kaufmann, welcher ihr zur frühesten Zeit 60 M. gegeben hatte. Als Dritte im Bunde erschien die Krankenschwester L., die wegen

Verbrechens gegen § 220 des Strafgesetzbuches schon einmal im Jahre 1898 eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 8 Monaten erlitten hatte. Wie und gemeldet wird, beantragte der Staatsanwalt das Schuldig gegen alle drei Angeklagte. Die Geschworenen gaben jedoch ihren Wahrpsuch bezüglich der ersten und der dritten Angeklagten auf nichtschuldig ab, bejahten dagegen bezüglich der Kaufmanns die Schuldfrage wegen Beihilfe. Die Folge war, daß er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die beiden weiblichen Angeklagten aber freigesprochen wurden. Hiernach wäre also der Verurteilte der Beihilfe zu einer Tat schuldig befunden worden, die nach dem Verdict der Geschworenen entweder gar nicht begangen oder jedenfalls nicht zu bestrafen war.

In das alte Sprichwort von dem Kind und dem Brunnen erinnerte eine Verhandlung, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrat Rübke die I. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen fahrlässiger Tötung war die 67jährige Hausbesitzerin Mathilde Brandt aus Marisbors angeklagt. Die Angeklagte ist mit ihren Kindern Eigentümerin eines in Marisbors, Stühlingerstr. 18 gelegenen kleinen Grundstücks, in welchem sie und der Oberpostassistent Wobbe mit seiner Familie wohnt. Auf dem Hofe dieses Grundstücks befindet sich seit etwa zehn Jahren eine große in die Erde eingegrabene Tonne, in welcher das Regenwasser aufgefangen wurde. Bald nach seinem Eingange machte Wobbe die Angeklagte darauf aufmerksam, daß diese Regenwassertonne nicht genügend verschlossen sei, so daß sie für die auf dem Hofe spielenden Kinder eine große Gefahr bedeute. Frau Brandt erwiderte seinerzeit hierauf, daß seit zehn Jahren nichts mit der Tonne passiert sei und auch in Zukunft nichts passieren würde. Herr B. beruhigte sich auch mit dieser Erklärung. Am 27. Mai dieses Jahres spielte der kleine fünfjährige Sohn Otto des B. mit einem gleichholtrigen Knaben auf dem Hofe. Als das Lärmen und Toben der Kinder plötzlich verstummte, sah die Angeklagte auf den Hof hinaus und sah zu ihrem Entsetzen, daß nur die Beine des kleinen Wobbe aus der Tonne herausragten, während der Oberkörper im Wasser lag. Sie lief sofort hinzu und zog das Kind aus der Tonne heraus. Die Wiederbelebungsbemühungen, die der sofort hinzugerufenen Polizeiwachmannmeister Schwanz anstellte, blieben erfolglos. Der unglückliche Knabe hatte sich beim Spielen in einen Raubdrath verwickelt und war mit dem Kopf zuerst in die Wassertonne gestürzt. Erst nachdem das Kind in den Brunnen gestürzt war, wurde das gefährliche Wasserloch durch eine ordnungsmäßige Klappe verschlossen. Der Staatsanwalt beantragte wegen des Verbrechens 1 Woche Gefängnis und wegen der Uebertretung in Gestalt der nicht genügenden Verdeckung der Tonne 10 M. Geldstrafe. Das Gericht nahm nur die Uebertretung als erwiesen an und verurteilte die Angeklagte zu 10 M. Geldstrafe.

### Versammlungen.

Die Bibliothek Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Der Geschäfts- und Kassensbericht für das 3. Quartal lag den Mitgliedern gedruckt vor, und wie der Bevollmächtigte klar mitteilte, ist in der Ortsverwaltung beschlossen worden, dies auch in Zukunft so zu handhaben, da die mündliche Berichterstattung in den Generalversammlungen allzu viel Zeit in Anspruch nimmt und doch nicht so ausführlich sein kann, wie es wünschenswert wäre. Aus dem Bericht der Ortsverwaltung ist zu entnehmen, daß man sich zu Beginn des Quartals zunächst mit der Frage beschäftigte, wie die Not zu lindern sei, in die eine Anzahl Mitglieder durch die außerordentlich lange Arbeitslosigkeit geraten waren. Es handelte sich hier um ausgesessene Mitglieder, die keinen Anspruch mehr auf die Arbeitslosigkeit hatten. In einer Generalversammlung Ende August wurde dann beschlossen, daß in der zweiten und dritten Woche der Aussteuerung die verheirateten männlichen Mitglieder je 10 M., die ledigen und die weiblichen Mitglieder je 5 M. erhalten sollten. Zu diesem Zweck sind auch Extramarfen vertrieben worden, was 1884 M. ergab, wovon im verfloffenen Quartal 1043 M. für die außerordentliche Unterstützung ausgegeben wurden. Wenn auch jetzt, in der besten Geschäftszeit des Jahres, die Arbeitslosigkeit etwas nachgelassen hat, so muß man sicher damit rechnen, daß sie nach Weihnachten wieder um so schärfer hervortritt. Im übrigen zeigt der Bericht, daß eine rege Tätigkeit für die Organisation entfaltet worden ist. Es wurden in den verschiedenen Branchen im ganzen 277 Werkstudenstiftungen abgehalten, und Vertrauenspersonensitzungen fanden 17. Brandensammlungen 8 statt. 35 Verhandlungen mit Unternehmern machten sich notwendig. Die Tarifkommissionen hielten 16 Sitzungen ab, von denen 13 allein auf die Buchbinderbranche kommen. In den Buchbinderbranchen waren die Tarifstreitigkeiten außerordentlich zahlreich. Ein Teil der Unternehmer kann sich noch immer nicht daran gewöhnen, auch bei schlechtem Geschäftsgang den Tarif in jeder Hinsicht gelten zu lassen. Schiedsgerichtssitzungen fanden in der Buchbinder- wie in der Kontobuchbranche je zwei statt. In der Kontobuchbranche sind nur wenige Differenzen entstanden, und sie wurden ohne große Schwierigkeit erledigt. Auch hat die im Kontobucharbeitertarif von 1906 zum 1. Oktober 1908 vorgegebene Erhöhung der Minimallohne nicht zu Differenzen geführt. — In der Luxuspapierbranche kam es zu längeren Verhandlungen, an denen auch Vertreter der Steindruckerei, der Steindruckereihilfsarbeiter und der Gravure teilnahmen, bei der Firma I l b r e c h t u. M e i s e r, die zur Veranlassung der Fenster in ihrem neuen Fabrikgebäude zu Reinholdsdorf Prismen- oder Rohglas verwendet hatte, was einen sehr schädlichen Einfluss auf die Sehkraft der unter solchen Verhältnissen arbeitenden Personen ausübte. Diese Tatsache wurde denn auch von zwei Augenärzten bestätigt, und die Firma erklärte sich schließlich bereit, die Vergütung zu ändern.

Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 33 828,26 M. An die Verbandskasse wurden 12 508,85 M. abgeliefert. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte im Laufe des Quartals nicht weniger als 13 126,40 M., die Krankenunterstützung 228 M. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen samt dem alten Bestand von 44 231,22 M. 55 167,70 M., ausgegeben wurden 6669,64 M., so daß der Bestand am Quartals-schluss auf 48 498,06 M. angewachsen war.

Dem Bericht des statistischen Arbeitsnachweises ist zu entnehmen, daß sich im Laufe des Quartals 579 männliche und 618 weibliche Arbeitslose meldeten. Stellen wurden gemeldet: 325 für männliche Arbeiter, von denen 241 besetzt wurden, und für Arbeiterinnen 663, von denen 448 besetzt wurden. Dazu kamen einige hundert Wushilfsstellen. Wie der Arbeitsvermittler A u g e r hervorhob, sind jetzt, in der Zeit der besten Konjunktur für das Buchbindergewerbe, noch 162 männliche und 154 weibliche Arbeitslose eingeschrieben. Wie trah sich die Wirtschaftskrisis geltend macht, zeigt sich auch darin, daß in den drei verfloffenen Quartalen dieses Jahres für 5951 Arbeitslosentage, und zwar die Summen von 16 437,50 M. mehr an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden ist, als in den drei Quartalen von 1907.

Den Bericht über die Bibliothek der J a b i s t e l l e gab der Bibliothekar S c h m i d t. Der Bücherbestand ist von 1730 Bänden auf 1767 Bände erhöht worden. Benutzt wurde die Bibliothek von männlichen Mitgliedern 803 Mal, von weiblichen 303 Mal.

Im Anschluß an die Berichte fand eine rege Debatte statt. Angenommen wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, der Verbandskasse als außerordentliche Auswendung 1000 M. zu überweisen. Ferner wurde auf Antrag der Ortsverwaltung beschlossen, den zureichenden ausgesessenen oder noch nicht zugewandten Mitgliedern — vorausgesetzt, daß diese mindestens 13 Wochen Beiträge gezahlt haben — 1 M. Unterstützung zu geben. Zum Schluss machte der Vorsitzende auf die Gewerbeberichterstattung am 29. November aufmerksam und forderte die Mitglieder auf, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß kein Stimmberechtigter bei der Wahl fehlt.



Unserem Parteigenossen  
**Hermann Wälchen**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glückwünsche  
zur Vermählung.  
Die Genossen und Genossinnen  
des 55. Bezirks.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
4. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Köpenicker Viertel, Bezirk 183.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Abgeordnete  
**Hermann Beil**  
Waldemarstraße 74  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 11. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
6. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Todes-Anzeige.  
Am 7. November verstarb unser  
Mitglied, der Maurer  
**Friedrich Nitschke**  
Oberberger Str. 9.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. November, nach-  
mittags 8 Uhr, vom Trauerhause  
aus nach dem Seefriedhof, Nieder-  
Schönhausen, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Zahlstelle Norden II.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Friedrich Nitschke**  
am 7. November verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 10. November, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause  
Oberberger Straße 9 aus nach  
dem Seefriedhof, Nieder-  
Schönhausen, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berliner Reichstagswahlkreises.  
Todes-Anzeige.  
Am 8. November verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Hermann Barbknecht**  
Schiffbaustraße 43.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. November,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Seefriedhofes  
(Nordend) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 7. November, abends 7 1/2 Uhr,  
starb nach langen, schweren Leiden  
mein lieber Mann und guter  
Vater, der Steinmetz  
**Friedrich Rasch**.  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 10. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Johannis-Kirchhofes in  
Friedrichshagen aus statt.  
40902  
Witwe **Leontine Rasch**  
und Sohn.

**Zentral-Verband der**  
**Steinarbeiter.**  
Zentrale Berlin I.  
Am 7. d. M. nach unser Kollege  
**Friedrich Rasch**  
im Alter von 55 Jahren an der  
Berkraftenheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 10. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Johannis-Kirchhofes  
in Friedrichshagen aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
172/9  
Die Ortsverwaltung.

Derzeitigen Dank für die Kranz-  
sendungen und die zahlreiche Beteiligung  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes.  
**Georgine Hagenau**  
geb. Gemall.

Zur die liebevolle Teilnahme bei  
der Beerdigung unseres lieben  
Mannes  
**Alfred**  
lagen allen Beteiligten herzlichsten  
Dank.  
Samilie G. Road.

**Todesanzeige!**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Former  
**Ludwig Müller**  
der seit 1902 in unserem Bureau  
angestellt war, am 7. d. M. ge-  
storben ist.  
124/13  
Der Kollege Müller gehörte zu  
denen, die sich unter den  
schwierigsten Verhältnissen ihren  
Kampf gegen die Unter-  
nehmer gestellt haben. Der Kollege  
Müller ist dafür mit bitterem  
Nas von den Berlin'schen Metall-  
industriellen verfolgt worden.  
Wir werden sein Andenken in  
Ehren halten.  
Die Beerdigung am Mittwoch,  
den 10. d. M., nachmittags 2 Uhr,  
in Hamburg auf dem Fried-  
hofe in Ohlsdorf.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß meine innig geliebte  
Frau und gute Mutter, unsere  
liebe Tochter, Schwägerin,  
Schwester und Schwägerin  
**Emma Preßler**  
geb. **Grothe**  
nach langen, schweren Leiden am  
28. Lebensjahre am Sonntag, den  
7. November, im Hause der  
Eltern, Nieder-Schönheide, sanft  
entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen:  
**Richard Preßler**  
und Tochter.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Johannis-Kirchhofes, Altdorf, Ber-  
mannstraße 105, aus statt. 30906

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters  
sagen wir allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere den Ge-  
nossen des 753. Bezirks des 6. Ber-  
liner Wahlkreises, dem Sozialdemokrat-  
Verband als auch den Kollegen  
und Kolleginnen der Firma Kreb-  
landt unseren aufrichtigsten Dank.  
**Witwe Anna Benz**  
und Kinder.  
26603

**Dankfagung.**  
Für die große Teilnahme bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau, be-  
sonders der "Epigraphica", sage ich  
hierdurch meinen herzlichsten Dank.  
4. West. Wilhelmstr. 3.  
26955

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und  
die reichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung unseres einzigen lieben  
Sohnes **Georg** sagen wir allen  
Verwandten, Freunden und Be-  
kanten unseren herzlichsten Dank.  
**Fritz Strelow nebst Frau.**

**Dankfagung.**  
Für die Beweise inniger Teilnahme  
bei der Beerdigung meiner unvor-  
geklärten lieben Frau und meiner  
guten Mutter sagen wir auf diesem  
Wege unseren herzlichsten Dank.  
**Kasimir Trzebinski**  
und Sohn.  
26583

**Leihhaus.**  
Gelegenheitskäufe verfall. Gold-  
und Silbersachen, Brillanten etc.  
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28  
Ecke Ritterstr.

**Eine Mark**  
sobaldige Teilzahlung liefern  
elemente fertig 14033  
**Herrn-Garderoben**  
Wring für Wasch-  
Anfertigung nach Maass.  
Zweckvolle Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidmeister,  
Br. Frankfurterstr. 37, 11  
Eingang Straßberger Weg.

**Reste**  
Damentuche, schwarz u. farblich,  
Kostüm-Stoffe, neueste Muster.  
Seide, Sammet, Besätze, Futter-  
stoffe, Cheviot-Kammgarne  
zu Anaben-Angehören.  
**Konfektion:**  
Paletots, Jacketts, Stabmäntel,  
Kostüme, Kostümröcke.  
Zwei Gelegenheitskäufe!  
**Paul Karle,**  
Dorischauerstr. 18. 1

**Orts-Krankenkasse der Weber**  
und verwandten Gewerbe.  
Die Delegierten, Arbeitgeber und  
Mitglieder, werden hierdurch zu einer  
Ordentl. General-Versammlung  
am Sonntag, den 15. No-  
vember 1908, vormittags 10 1/2 Uhr  
präzise, im **Schmidt'schen**, Frucht-  
straße 30a (Friedrichshagen), großer Saal,  
eröffnet eingeladen.  
a) In getrennter Versammlung:  
Ergebniswahl des Vorstandes  
von den Arbeitgebern nach §§ 37 und  
38 des Statuts für 1908 und 1910.  
b) In getrennter Versammlung:  
1. Ergänzungswahl des Vorstandes  
von den Mitgliedern nach §§ 37 und  
38 des Statuts für 1908 und 1910.  
2. Ergänzungswahl des Vorstandes  
von den Mitgliedern nach § 39 des  
Statuts für 1909.  
c) In gemeinschaftlicher Versamm-  
lung:  
1. Wahl von drei Revisoren zur  
Prüfung der Jahresrechnung pro 1908.  
2. Verschiedenes.  
Einlad. nur mit Delegiertenkarte.  
Berlin, 8. November 1908.  
Der Vorstand:  
**Karl Reßmann,** Paul Lepelt,  
Vorstandschr., Schriftführer.

Sonntag, d. 20. Novbr. 1908,  
vormittags 10 1/2 Uhr, in demselben  
Saal (großer Saal):  
**Auffstellung von Kandidaten**  
der Mitglieder zur Delegiertenwahl  
für das Jahr 1909. Nur Mitglieder  
über 21 Jahre sind eingeladen.  
Das Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.  
26406

**Ortskrankenkasse**  
für  
**Britz**  
bei Berlin.  
Bekanntmachung.  
Die Delegierten-Ortswahl für  
die Generalversammlung der Orts-  
krankenkasse Britz findet am  
Dienstag, den 17. November 1908  
im Restaurant **A. Radatz,**  
Britz, Schausseer. 39 - kleiner  
Saal - statt.  
Es sind zu wählen von den  
Arbeitnehmern 19 Delegierte  
und von den Arbeitgebern 8 Delegierte.  
Die Wahl für die Arbeitgeber  
findet abends um 8 1/2 Uhr, die für  
die Arbeiter abends um 7 1/2 Uhr statt.  
Wahlberechtigt und wählbar sind  
alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer,  
welche aus eigenen Mitteln Beiträge  
an die Kasse zahlen, großjährig und  
im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte  
sind. Als Legitimation ist das Mit-  
gliedsbuch mitzubringen.  
Die Herren Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer werden um recht zahlreiches  
Erscheinen gebeten. 278/18  
Der Vorstand.  
Behrend.

**Bußtag!**  
Leisiche Blut- u. Leberwurst,  
Eisbeine  
wozu ergebnis einladet 20025  
**Heinrich Söh,**  
Mit-Glückide, Bräuner Str. 29.

**Wahhaft nützliche Bücher**  
für den Selbstunterricht.  
Uebelacker, Richtig Deutsch  
durch Selbstunterricht . . . 3 1/2 .  
Schulze, Richtig Rechnen  
durch Selbstunterricht . . . 3 1/2 .  
Uebelacker, Fremdwörterbuch . . . 3 .  
- Großer Musterbriefsteller . . . 3 .  
- Deutsche Aufsatzschule . . . 3 1/2 .  
Bachmann, Buchführung . . . 3 1/2 .  
- Englische Grammatik . . . 3 1/2 .  
- Französische Grammatik . . . 3 1/2 .  
Busch, Reden und Toaste . . . 3 1/2 .  
Schramm, Richtiges Benehmen . . . 3 .  
Fuchs, Juristisches Hausbuch . . . 3 1/2 .  
Kraft, Muster-Kochbuch . . . 4 .  
Zu beziehen von:  
**Kugl. Schulze, Buchhandlung,**  
Berlin W., Bendischstr. 13.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend**  
Sonntag, den 15. November, vormittags 11 Uhr,  
im Saale der Brauerei Friedrichshagen:  
**Uebungs-Stunde.**  
Geübt werden die Lieder: Tantalus, Arbeitmann, Im Torweg,  
Eine Mühle liegt im Tal.  
Im Nebensaal pünktlich  
10 Uhr vormittags: **Ausschuß-Sitzung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten  
(Abrechnung vom Sängertag).  
17/11 **Der Vorstand.**

**Rote Hände & Arme,**  
Schleiss- und Kalkschleiss, übermäßige Schweiß-  
bildung, Schweiß, Ficht, Fimex, Kantunen und viele  
andere erkrankende Schweißstoffe ärgern Sie  
nicht lange mehr bei regelmäßigen Gebrauch von  
**Zucker's Patent-Medizinal-Seife,**  
die sich empfiehlt mit 1000fach vergrößert, ein Stück  
50 Pf. (15 Pf. in a. M. 1.80) Zucker-Creme (nicht  
in a. M. Kalkschleiss).  
macht den Gesicht nachweislich glänzend hell und reinlich, macht die Haut weich und  
gärt, gibt den Wangen ein volles, rosiges und verleiht natürliche Wärme und jugendlichen  
Vielzug bis ins höchste Alter, Preis 75 Pf. und 10 Pf. - überall erhältlich.  
In Berlin sagt bei **Max Schwarzlose,** Köpenicker Str. 50 u. Potsdamer Str. 7a,  
**Franz Schwarzlose,** Leipziger Str. 50, **Schwarzlose,** vorm. **Holth**  
**Hofmeister,** Friedrichstr. 183, **J. H. Schwarzlose,** Potsdamerstr. 29, **Aldler**  
**Apothek.** Reinholdsdorfer Str. 1, am **Redding,** Sonnen-Apothek. Br.  
**Frankfurter Str. 53, Paul Rades,** Turmstr. 48, **Friz Kranz,** Reinhold-  
sdorfer Str. 119, **Reichs-Apothek.** Br. **Frankfurter Str. 134, Herrn**  
**Gornitz,** Reichenauer Str. 48, **Herrn Neumanns Wwe.,** Neue Köpenicker Str. 14,  
**Otto Schulz,** Schaulstr. 87, **Otto Reiche,** Glendahlstr. 4, **H. Lehmann,**  
Moegenstr. 10, **Fritz Wallen Reich,** Kantstr. 6, **Otto Reichmann,**  
**Solenthaler Str. 6/7, J. Conti,** Poststr. 12, **Gustav Behm,** Frank-  
furter Allee 120, **J. G. Heigert,** Gieselerstr. 22, **Paul Neumann Nachf.,**  
Alexandrarstr. 65, **Roland - Drogerie,** Köpenicker Str. 10, **Coswald Schäfer,**  
Friedenmannstr. 84 und **Pantow,** Sosastr. 22. **Täglich: J. Heigert,**  
Schloßstr. 30, und außerdem in fast allen Apotheken, Drogerien,  
Parfümerien der Welt.

**Billigste Bezugsquelle**  
für Drogen, Farben, Parfümerien.  
Alle Artikel zur Krankenpflege.  
Irrigatoren, kompl. von 1 M. an, Clysos von 2 M. an.  
Streichfertige Farben und Lacke in großer Auswahl.  
Vorsieger dieser Annoncen erhält 5 Proz. Extrarabatt.  
**Mariendrogerie Johannes Fischer,**  
Koppenstr. 44 und Richthofenstr. 26.

**Ziehung heute!**  
**1. Frankfurter Pferde-Lotterie** Gew. i. W. v. zus. Mk.  
1. Hauptgewinn i. w. v. Mk. 5000, 1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 2000,  
1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 1000, Kleinster Gewinn i. w. v. Mk. 5  
Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto und Gewinnliste 20 Pf.  
extra) sind in allen Lotteriegeschäften und den durch Plakate  
kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim  
General-Dr. **Schünemann** & Co. G. m. b. H., Bankgeschäft,  
49104 Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 11-12.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Str. für 45034  
**Haut- und Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-12, 3-7, Sonn. 10-12 Uhr.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Vorgeh. in Bruchbänden,  
Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen,  
Suspensorien sowie sämtliche Artikel  
zur Krankpflege. Eigene Werkstatt.  
Viele i. Orts- u. Hilfs-Streifenfällen  
Berlin N., 24894

**Jetzt Kothringer Straße 60.**  
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-  
loten, angenehm u. weich am Körper.  
**Blumen- und Kranzbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Straße 2.

**Kein Zwang zur Abnahme!**  
Diese Zusicherung soll als Garantie gelten für  
tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
**2**  
**Kein Zwang zur Abnahme!**  
Diese Zusicherung soll als Garantie gelten für  
tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
**PREISE**  
**Anzüge und Paletots**  
nach Maß  
aus englischen und la. deutschen Stoffen  
42 und 48 Mark  
Durch meine eingehenden Studien der individuellen Körper-  
haltung und des Körperbaus habe ich es auf eine deter-  
ministische Höhe der Formanpassung  
gebracht, daß ich dem vergrößerten Geschwind mitgehende  
Rechnung tragen kann.  
**Sonnenschein's Maß-Atelier**  
Fernsprecher: Amt 4. 5797  
Lindenstraße 95 I.  
Spezialität: Rock-, Smoking- und Frackanzüge.

Deutschlands Spezialgeschäft  
für  
**Bettfedern**  
Echte Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe  
**Gustav Lustig**  
BERLIN S. 390 Prinzenstr. 46  
beliebte geg. Nachnahme garantiert  
neue und gut erhaltene, gut laufende  
Bettfedern a. 50 Pf. 0.55-1.00-1.50;  
prima Halbdaunen 2.50; prima weiche  
Kuschelbäume 2.50-3.00-3.50  
rot dinst. Ganzschafwolle 1.50-2.50  
rot dinst. Ganzschafwolle 2.50-3.50  
dinst. Ganzschafwolle 3.50-4.50  
dinst. Ganzschafwolle 4.50-5.50  
dinst. Ganzschafwolle 5.50-6.50  
dinst. Ganzschafwolle 6.50-7.50  
dinst. Ganzschafwolle 7.50-8.50  
dinst. Ganzschafwolle 8.50-9.50  
dinst. Ganzschafwolle 9.50-10.50  
dinst. Ganzschafwolle 10.50-11.50  
dinst. Ganzschafwolle 11.50-12.50  
dinst. Ganzschafwolle 12.50-13.50  
dinst. Ganzschafwolle 13.50-14.50  
dinst. Ganzschafwolle 14.50-15.50  
dinst. Ganzschafwolle 15.50-16.50  
dinst. Ganzschafwolle 16.50-17.50  
dinst. Ganzschafwolle 17.50-18.50  
dinst. Ganzschafwolle 18.50-19.50  
dinst. Ganzschafwolle 19.50-20.50  
dinst. Ganzschafwolle 20.50-21.50  
dinst. Ganzschafwolle 21.50-22.50  
dinst. Ganzschafwolle 22.50-23.50  
dinst. Ganzschafwolle 23.50-24.50  
dinst. Ganzschafwolle 24.50-25.50  
dinst. Ganzschafwolle 25.50-26.50  
dinst. Ganzschafwolle 26.50-27.50  
dinst. Ganzschafwolle 27.50-28.50  
dinst. Ganzschafwolle 28.50-29.50  
dinst. Ganzschafwolle 29.50-30.50  
dinst. Ganzschafwolle 30.50-31.50  
dinst. Ganzschafwolle 31.50-32.50  
dinst. Ganzschafwolle 32.50-33.50  
dinst. Ganzschafwolle 33.50-34.50  
dinst. Ganzschafwolle 34.50-35.50  
dinst. Ganzschafwolle 35.50-36.50  
dinst. Ganzschafwolle 36.50-37.50  
dinst. Ganzschafwolle 37.50-38.50  
dinst. Ganzschafwolle 38.50-39.50  
dinst. Ganzschafwolle 39.50-40.50  
dinst. Ganzschafwolle 40.50-41.50  
dinst. Ganzschafwolle 41.50-42.50  
dinst. Ganzschafwolle 42.50-43.50  
dinst. Ganzschafwolle 43.50-44.50  
dinst. Ganzschafwolle 44.50-45.50  
dinst. Ganzschafwolle 45.50-46.50  
dinst. Ganzschafwolle 46.50-47.50  
dinst. Ganzschafwolle 47.50-48.50  
dinst. Ganzschafwolle 48.50-49.50  
dinst. Ganzschafwolle 49.50-50.50

**Böhmisches Brauhaus**  
Unsere echten Biere sind  
überall zu haben.  
In Flaschen à 10 Pf.  
In Kannen u. Syphons Ltr. 35 Pf.  
Wo nicht, dann direkt durch uns  
NO. 18. Tel. VII, 1070, 1068, 1128.

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquettas.  
Plüsch-Sattelstaschen.  
Muster b. näh. Angabe franko.  
Berlin, Oranienstr. 158.

**Schlesische Lotterie**  
Ziehung 8. Dezember.  
Lose à 1 Mk. 11 Lose = 10 Mark  
Porto u. Liste 25 Pf.  
3953 Gewinne. Gesamte Mark.  
60000  
35000  
25000  
10000  
Lose empfangen und versenden  
**Lud. Müller & Co.,**  
Bankgeschäft Berlin C., Breitestr. 6.  
Telegr.-Adr. **Ölitzmühlen.**

**Kunstgeigenbauer E. Toussain**  
BERLIN O.  
Joachimstraße 11 C.  
Herst. Reparaturen,  
auf Wunsch zugleich mit  
vorigl. Tonverbesserung.  
Spezialität:  
Erzeugung des alt-  
italienischen Timbres  
für große Säle an alten  
u. neuen Geigen. =  
Mäßiges Honorar. =

**Pelz-Spezial!!!**  
119 Dresdener Str. 119  
Eckhaus Oranienplatz, Berlin S.  
**Eigene Kürschnererei.**  
Nur prima Felle in allen Arten stets am Lager.  
Echt Nerz-Stoia von . . . . . 40 M.  
zirka 150 cm lang.  
Echt Skunks-Stoia von . . . . . 25 M.  
zirka 200 cm lang.  
Echt Tibet-Stoia von . . . . . 7.50 M.  
zirka 140 cm lang, schwarz.  
**Fell-Vorleger.**  
Ziegenfelle 3<sup>50</sup> Katzenfelle 2  
4<sup>50</sup> Rehelle 4<sup>50</sup>  
**Reparaturen** schnell,  
gut,  
billig.  
**Eile zu Weile,** 119 Dresdener Str. 119  
Eckhaus Oranienplatz.







# Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## Partei-Angelegenheiten.

### Volkerverfassungen.

Wie aus der heutigen Annonce ersichtlich, finden heute am Dienstag, den 10. November, abends 8 Uhr, 26 Volkerverfassungen für Groß-Berlin statt, in welchen die Reichstags- und Landtagsabgeordneten unserer Partei über

Deutschlands innere und äußere Politik sprechen werden.

Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, diese Versammlungen zu besuchen und für Massendbesuch zu agitieren.

### Der Agitationsausflug.

**Wilmerdorfer-Galenfee.** Heute Abend 8 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung in den Wilmerdorfer Festhallen, Galenfee, Johann-Georgstraße 19. Vortrag des Stadtverordneten Dupont über: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die Sozialdemokratie. Nachdem freie Aussprache für Jedermann. Parteigenossen! Erscheint vollzählig und mache jeder in seinem Kreise für diese Versammlung Propaganda. Das Wahlkomitee.

**Charlottenburg.** Der Zahlabend der 1. Gruppe Bezirk 1 findet diesmal bei Lehmann, Sophie-Charlotten-Straße 106, statt. Der Vorstand.

**Stralau.** An dem morgigen Zahlabend gelangen in allen Bezirken die Parteitageprotokolle zur Ausgabe. Ferner ersuchen wir die Parteigenossen, heute zahlreich die nächstgelegene Versammlung (Weigels Lokal, Rummelsburg), zu besuchen.

**Karlshorst.** Mittwoch, den 11. November: Zahlabend bei Sabrowski, Ede Trebbowallee und Krausestraße. Der Vorstand.

**Karienseide.** Der Zahlabend des Wahlvereins findet diesmal im Lokal von Oberschmidt statt.

**Alt-Glienide.** Mittwoch, den 11. November, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen Hoch, Köpenicker Straße, ein Zahlabend statt. Der Vorstand.

**Hohen-Neuendorf und Stolpe a. d. Nordbahn.** Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, pünktlich im Lokal der Witwe Bergmann in Stolpe, Dorfstr. 6 statt.

**Wittemdrub-Nieder-Schönhausen-West.** Zu der heute abend 8 Uhr in Reinickendorf im Lokal Schillinghaus stattfindenden Volksversammlung werden die Genossinnen und Genossen ersucht, sich zum gemeinsamen Abmarsch nach dort um 1/2 Uhr im Lokal zur Wartburg, am Bahnhofs Reinickendorf-Rosenthal, zu treffen. Der Vorstand.

**Hermendorf-Glienide.** Der gemeinsame Zahlabend findet am Mittwochabend im Lokal von Heinrich Schulte in Glienide, Hauptstraße, statt. Genosse Liebelt-Vorhagen hält einen Vortrag. Außerdem steht die Selbstständigkeit der Glienider Genossen auf der Tagesordnung.

**Reinickendorf-West.** Die Genossen treffen sich zu der heute abend stattfindenden Protestversammlung im Lokal von Otto, Berliner Straße 113-114 abends 7 1/2 Uhr. Der Vorstand.

**Vorhagen.** Der Lehraabend des Genossen Schütte fällt heute Dienstag aus, statt dessen werden die Genossen ersucht, Mann für Mann in der bei Trebesch, früher Trapp, stattfindenden Volksversammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

**Kowarek.** Die zu Mittwoch, den 11. November, anderamte Wahlvereinsversammlung findet umständehalber nicht statt. Dafür werden die Parteigenossen auf die am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Singer stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Briefe, die ihn nicht erreichten.

In dem seltsamen, an Verwirrtheitsfällen überreichen Jrennhausprozess, der gegenwärtig in Moskau verhandelt wird, spielen Depeschen und Briefe, welche von Jrenhaus an Verwandte, Freunde oder sonstige interessierte Personen aufgegeben, aber nicht an ihre Adresse beiderzeit, eine hervorragende Rolle. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen gilt als absolut festgestellt, daß über die Ablehnung oder Zurückbehaltung solcher Schriftstücke keine festen, gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, sondern daß es lediglich darauf ankommt, was im einzelnen Falle der Jrenhaus seiner Ueberzeugung gemäß für richtig hält. Daraus folgt unbestreitbar, daß der Jrenhausinhaber, falls er niemals befreundeten Besuch erhält, unter Umständen sich der Außenwelt in keiner Beziehung bemerkbar machen kann, also lebendig begraben ist. Sein Schicksal ruht fortan auf zwei Augen: auf denen des ihm attachierten Jrenhausarztes!

Ohne vorläufig den Fall Dubedi hinsichtlich der Brief- und Depeschbeförderung eingehender kritisieren zu wollen, möchten wir nachsehend doch noch näher beleuchten, wie derartige „postalische“ Angelegenheiten in anderen großen Jrenhausanstalten gehandhabt werden. Das Prinzip ist zweifellos überall daselbe, beispielsweise auch in den städtischen Jrenhausanstalten Berlins, aber die Praxis ist eine ganz andere. So weiß der Sekretär dieser Anstalten, daß Hunderte von Briefen, die an Verwandte gerichtet waren und die dringende Bitte um Erlösung aus der Gefangenschaft enthielten, ansichtslos beiseite geschoben sind. Das geschah sogar bisweilen dann noch, wenn die Meinung abwogte, daß eine Entlassung vom ärztlichen Standpunkte nicht zu rechtfertigen sei. Man überließ es eben der Verwandtschaft, über den Brief zu entscheiden und Entlassungsanträge zu stellen oder nicht. Ebenso sind in außerordentlich zahlreichen Fällen Briefe ähnlichen Inhalts an andere als verwandte Personen, falls sie nicht totalen Blödsinn enthielten, ansichtslos abgegangen. Was die Anstaltsleitung tun wollte oder tun mußte, sobald auf solche Briefe von außen her reagiert wurde, das blieb ja eine Sache für sich. Jedenfalls hätte sie ihre rein menschliche und wohl auch amtliche Pflicht getan, den Internierten den schriftlichen Weg nach außen hin in Freiheitsfragen nicht völlig abzusperren. Solche Fälle, in denen Anwesen der städtischen Jrenhausanstalten Berlins Befreiungsgesuche oder Beschwerdeeingaben an Behörden gerichtet haben, sind uns nicht bekannt geworden. Derartige Eingaben übergibt dem Jrenhausarzt aber nur der tatsächlich Gesickte, der sich nicht von vornherein darüber klar ist, daß sie doch nicht befördert werden, oder aber der nicht ungelächlichen gesickten Patient, der Vertrauen zum Rechtsgefühl seiner Ärzte hat und, wenn das Rechtsgefühl nicht vorhanden ist, sich allemöglich den Nachhaken für alle späteren Weiterungen sichern will. Dagegen sind logisch verfaßte

Eingaben an polizeiliche und selbst gerichtliche Behörden, in denen es sich nicht um Befreiung handelt, sehr häufig befördert worden. Der praktische Wert der ganzen Jrenhausensur erhebt wohl am besten, wenn wir hier den Jrenhausarzt mit Genugtuung verraten, daß alljährlich aus Dalldorf, Herzberge und neuerdings auch aus Buch Tausende von Briefen in die Außenwelt fließen, ohne daß sie dem Arzte zu Gesicht kommen. So dumm und vertrauensselig sind die Berliner Gesickten schon lange nicht mehr, daß sie jeden Brief, mit dem sie etwas erreichen wollen, dem Arzte vorlegen. Es gibt abergenug Wege, um in Ermangelung fester Bestimmungen über die Briefbeförderung wichtige Briefe selbst aus den geschloffenen Stationen und mit dem besten Erfolge hinter dem Rücken des Arztes nach außen zu befördern. Zahlreiche Patienten haben sich auf diese Weise schöner ihre Freiheit erobert, als sie ihnen wohl sonst zuteil geworden wäre. Was natürlich nicht ausschließt, daß in so und so vielen anderen Fällen auch hier bei Berlin jeder Versuch der Nothilfe mißlingt. In solchen „hinten herum“ beförderten Briefen handelt es sich auch keineswegs immer um Befreiung. Ferner werden Briefe, die die Anstaltsleitung prinzipiell nicht passieren läßt, sehr häufig befördert von Patienten selbst, die Bewegungsfreiheit haben. Uns persönlich sind im Laufe der Jahre direkt aus der Anstalt zahlreiche von Patientenzuschriften zugegangen, die sich mit sehr oft berechtigten Beschwerden über Anstaltszustände beschäftigten. Wir kennen sogar den originalen Fall, daß aus Patiententreffen monatlang die Berliner Zeitungen mit Nachrichten über das Anstaltsleben und über gewisse Vorfälle, die sonst verschwiegen geblieben wären, verfertigt worden sind. Nicht selten stand etwas, was heute publiziert und streng geheim gehalten wurde, schon morgen frühwarm in der Presse. Und das war gut so. Je mehr offiziell vertuscht wird, um so mehr Unrat muß man dahinter wittern. Und je mehr Briefe, die logisch verfaßt sind, zurückgehalten werden, desto mehr muß man sich darüber Gedanken machen, die nicht zugunsten des Jrenhausarztes ausfallen.

**Kutsch-Ladenstich und Theaterbeginn.** Die im „Verband Berliner Theaterleiter“ zusammengeschlossenen Theaterdirektoren Berlins hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in der Stellung zu einer Verleihung des Theaterbeginns genommen wurde. Mit Rücksicht auf den jetzt in Berlin eingeführten Kutsch-Ladenstich wurde es für geboten erachtet, Schritte zu tun, um den Anfang der Theater von 8 Uhr auf 8 1/2 Uhr zu verlegen. Es wäre dann den Geschäftsinhabern und Angestellten Gelegenheit gegeben, auch an Wochentagen die Theater besuchen zu können. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, kann eine solche Veränderung aber nicht ohne den Erlaß einer neuen Polizeiverordnung durchgeführt werden. Die jetzt geltende Vorschrift setzt für alle Theater den Schluss der Vorstellungen auf 11 Uhr fest. Bei längeren Stücken, namentlich bei Klassikern, ist es bisher schon schwierig gewesen, den Schluss frühe um 11 Uhr herbeizuführen. Nach längerer Aussprache wurde der Vorstand des Verbandes, der aus den Direktoren Dr. Löwenfeld, Gregor und Dr. Martin Ridel besteht, beauftragt, an das Polizeipräsidium mit dem Ersuchen heranzutreten, eine neue Polizeiverordnung zu erlassen, die den Theaterstich mindestens bis auf 1/2 Uhr bzw. 12 Uhr hinausschiebt. Wird diese Bitte von dem Polizeipräsidium erfüllt, so ist sicher zu erwarten, daß von dem Verbande in einer neuen Sitzung beschlossen wird, die Theater erst um 1/2 Uhr abends beginnen zu lassen.

**Für Desinfektoren.** Der bekannte Grobdesinfektor Max Schulz in Berlin betreibt auf seinem Grundstück in der Greifswalder Straße die Desinfektion. Nachdem er die Genehmigung für seine Desinfektionsanlage nachgesucht hatte, erhielt er eine polizeiliche Verfügung, daß die nachträgliche Genehmigung zu den im Desinfektorraum errichteten Feuerstätten auf Grund des § 10 II 17 des Allgemeinen Landesrecht verweigert werde, da aus überwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht gestattet werden könne, daß in Desinfektorräumen Feuer oder Licht gebrannt werde. Es könne ihm nur aufgegeben werden, für den Betrieb der Desinfektionsanlagen einen Dampfessel außerhalb des Desinfektorraumes aufzustellen, wie es in allen größeren Betrieben üblich sei. Gleichzeitig wurde Schulz die Entfernung der Feuerstätten aufgegeben. Er sucht die Verfügung durch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren an. Nachdem die Sache bereits einmal den Bezirksauschuss und das Oberverwaltungsgericht beschäftigt hatte, erkannte der Bezirksauschuss im neuen Rechtszuge zugunsten des Klägers und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Man fühlte sich im wesentlichen einem Gutachten des Dr. Rohr an, welcher der feuerrechtlichen Abteilung des Instituts für das Wärgungswesen vorschlug. Danach ist es unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaßnahmen zulässig, innerhalb des Desinfektorraumes durch Gas- und Weisheitverfeuerung bei den Desinfektionsanlagen den Apparat in Betrieb zu setzen.

**Der Betrieb auf der Pferdebahnlinie 45 (Rosenthaler Tor bis Augustenburger Platz)** wird am Abend des 11. November eingestellt.

**In der Arbeitslosenzählung am 17. November** beteiligten sich die überwiegende Mehrheit der Vororte. Nachdem schon vorher die großen Vorortgemeinden, wie Charlottenburg, Nizdorf, Schöneberg, Wilmerdorf, ihre Teilnahme zugesagt hatten, wurde sie in der am Sonntag stattgefundenen Besprechung im Statistischen Amt von einer größeren Zahl der anderen Vororte angemeldet, so von Lichtenberg, Reinickendorf, Vorhagen-Rummelsburg, Brigg, Markendorf, Tempelhof, Ziegel, Johannisthal, Friedenau, Treptow, Prenzlau, Dahlem, während von Ober-Schöneweide, Adlershof die endgültige Zusage noch zu erwarten ist. Danach ist die Beteiligung der meisten Vororte an der von Berlin für den 17. November schließlichen Arbeitslosenzählung gesichert. Das Statistische Amt der Stadt Berlin erklärte sich zur Lieferung der notwendigen Formulare, Ausführungsbestimmungen usw. an die Vororte bereit, wie es ferner auch die spätere Bearbeitung des eingegangenen Materials gegen Erstattung der Selbstkosten in Aussicht stellte.

**Weim Steten erkrankt** ist der Schiffermeister Mertens aus Hirschberg, der auf einer Lastkiste beschäftigt war. In der Nähe des Restaurants „Vorwärts“ an der Obersee glitt er, als er die Stange in das Wasser fallen ließ, aus, stürzte über Bord und nach Berlin fahrenden Schiffes und verschwand sofort in den Fluten. Obwohl der Eigner mit den übrigen Bootleuten energische Rettungsversuche unternahm, konnte der Körper des Verunglückten, der vermutlich unter dem Fahrzeug getrieben worden war, nicht aufgefunden werden. Nach nahezu halbtägigem Suchen legte er dann die Fahrt fort.

**Ein tödlicher Automobilunfall** hat sich gestern nachmittag auf dem Valentinplatz zgetragen. Eine etwa 50 Jahre alte unbekanntes Frau, die mit der Heilsarmee befasst war, war im Begriff gewesen, den Platz zum Überqueren, als ein Privatautomobil heranzufahren kam. Obwohl der Chauffeur Warnungssignale gab, achtete die Frau nicht auf das Herannahen des Kraftwagens. Sie wurde infolgedessen ungerissen und die Körper des schweren Gefährtes gingen über Kopf und Brust hinweg. In beunruhigendem Zustande wurde die Ueberlebende vom Platz getragen. Auf dem

Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erlag sie den schweren Verletzungen.

**Der „Herr Verkehrsdirktor“.** Das Handwerk der Kautionschwinder scheint in Berlin noch wie vor zu blühen. Als ein Kautionschwinder großen Stils ist jetzt der Kaufmann Hans Müller aus der Holzmarktstr. 50 verhaftet worden. Der 28 Jahre alte kinderlos verheiratete Mann nannte sich „Direktor eines Verkehrs-Bureaus“, nahm für Restaurationen und andere Betriebe Wachhalter, Schankkellner, Garberobe- und Toilettefrauen an und ließ sich von ihnen nicht nur Vermittlungsgebühren, sondern auch noch Bürgschaften zahlen, da er angeblich für etwaige Unregelmäßigkeiten auszukommen habe. Größere Kautionen hinterlegte er in Gegenwart der Bewerber auf einer Bank. Den Hinterlegungsschein ließ er in der Regel auf seinen Namen ausstellen. Wenn aber ein Bürgschaftsgeber mißtrauisch war und den Schein auf seinen Namen ausfertigen ließ, so half ihm auch diese Vorsicht nicht. Die Leute sahen bald ein, daß die Bürgschaft durchaus nicht der Stellung entsprach, oder verließen diese aus anderen Gründen. Sobald sie aber ihr Geld abheben wollten, war Müller längst damit verschwunden. In den Fällen, in denen die Scheine nicht auf seinen Namen lauteten, hatte er die Unterschrift gefälscht und das Geld abgehoben. Müller hat auf diese Weise nach den bisherigen Ermittlungen in 40 Fällen Beträge von 20 M. bis 2000 M. erbeutet. Mehrmals sollte er schon verhaftet werden, aber jedesmal war er angeblich an einer tuberkulösen Knochenentzündung erkrankt. Die Polizei erfuhr jedoch, daß er nach ihrem Weggange stets wieder aufsuchen konnte. Daraufhin erließ die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl. Müller, der noch eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, wurde durch einen Gerichtsarzt untersucht. Nachdem dieser die Ueberführung nach der Charité angeordnet hatte, erschienen gestern morgen Kriminalbeamte mit einem Krankenwagen. Der Kautionschwinder heuchelte zwar einen Krampfanfall, wurde aber als Polizeigefangener in die Charité gebracht.

### Bergweilungsstaten aus Rot.

Die Bergweilungsstat eines Arbeitslosen rief Sonntag morgen in früher Stunde im Humboldthain großes Aufsehen hervor. Vor einiger Zeit hatte der 44jährige Modelldesigner Adolf Ginsky, Stettiner Straße 46 wohnhaft, einen Unfall erlitten. In der vergangenen Woche nahm er die Arbeit bei den Siemens u. Halske-Werken, in denen er angestellt war, wieder auf, doch mußte er infolge seines Zustandes bald wieder aufhören. Auf Grund einer Untersuchung seitens des Fabrikvertruarndarztes wurden ihm dann die Papiere ausgedehnt. Er war nun hilflos. Aber das Schicksal hatte noch mehr für ihn bestimmt. Vor zwei Tagen rückte seine Ehefrau aus und nun stand er allein hilflos da. In der Verzweiflung griff er jetzt zum Revolver. Im Humboldthain jagte er sich, auf einer Kutschbank sitzend, eine Kugel in die linke Schläfe. Das Geschloß drang auf dem Auge wieder heraus und während das letztere vollständig vernichtet worden ist, ist bei dem rechten Auge die Sehkraft gänzlich zerstört worden. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Lebensmüde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Woll sie für ihre Kinder keine warme Winterkleidung anschaffen konnte, unternahm die Ehefrau des Invaliden Refke, Kieper Weg 15, einen Selbstmordversuch. Er ist arbeitsunfähig und während er für den Haushalt sorgte, mußte die Frau auf Arbeit gehen. Sie vermochte aber nicht so viel zu verdienen, um außer der Nahrung auch noch warme Winterkleidung für die Kinder anschaffen zu können. Aus Verzweiflung darüber vergiftete sie die Bedauernswerte mit Enjol. In hoffnungslosem Zustand wurde sie in die Charité eingeliefert.

**Noch ein „Teilhader“ Steinberg.** Herr Adolf Steinberg, der vielgenannte „Direktor“ der „Ersten Berliner Krawattenfabrik“ (Eindenstr. 45), hat wirklich Pech. In seiner Selbstbegünstigung gegen den „Vorwärts“ war durch Schöffengerichtsurteil entschieden worden, daß er durch unseren Artikel über sein Institut nicht nur beleidigt, sondern auch geschädigt worden sei, so daß unser Genosse Davidsohn nicht nur zu einer Geldstrafe von 100 M., sondern auch zu einer an Steinberg selber zu zahlenden Buße von 300 M. verurteilt werden müsse. Reicht ein Geschäft, noch 300 M. dazu zu legen? Herr Steinberg mußte sich freilich noch ein wenig gebuden, weil Genosse Davidsohn gegen dieses undgerechliche Urteil Berufung einlegte. Wir teilten das sogleich in unserem Bericht über die Gerichtsverhandlung mit, doch alsobald meldete sich schon ein Gläubiger des Herrn Steinberg und ließ auf Grund eines gegen Steinberg ergangenen Urteils von 1904 im voraus aus der noch lange nicht rechtskräftigen 300 M. Buße des „Vorwärts“-Redakteurs die ihm von Steinberg geschuldeten 70 M. nebst Zinsen und Kosten mit Beschlag belegen. Dem Herren Krawatten-Akademie-Direktor“ blieb somit nur noch die Hoffnung auf 230 M. — so dachten wir und wenigstens, weil wir annahmen, daß er sonst keine Gläubiger weiter habe. Aber diese Annahme war irrig. Inzwischen hat sich nämlich noch ein anderer Gläubiger von ihm bei uns gemeldet, der gleichfalls „Teilhader“ an der erhofften Buße werden möchte. Ein Fabrikbesitzer, der an Steinberg eine Forderung von 300 M. hat, läßt auf Grund eines gegen Steinberg ergangenen Urteils von 1907 an unseren Genossen Davidsohn ein vorläufiges Zahlungsverbot ergehen. Armer Steinberg! Man werden die 300 M. bar, die ihm vorkubeben, nicht einmal langem, um diese beiden Gläubiger zu befriedigen. Aber jetzt hoffen wir zuversichtlich, daß sich kein dritter mehr melden wird und befristigen wird.

**Orgelkonzert.** In der Marien-Kirche veranstaltet der 1. Musikdirektor Bernhard Jürgens am Mittwoch 7 1/2 Uhr das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Signe Bierens (Sopran), Frä. Hilde Eäger (Alt) und Fr. Gertrud Japen (Kontra-Alt und Violine). Orgelkompositionen von Bach, Enrico Cesti (Vide Héroïque) und Böckmann. Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Fig.

**Feuerwehrrachrichten.** Der 7. Löschzug hatte gestern früh um 9 Uhr in der Frankfurter Allee 61 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. Derselbe Zug wurde dann noch nach der Lindenstraße 28 und der Straße am Ostbahnhof Nr. 11 gerufen, wo Strohh in einem Keller brannte und eine Person Hilfe verlangte. In der Ecke der Großen Frankfurter Straße und Händelstraße war ein Mann infolge eines Wasserrohrbruchs in den Strahndamm eingestürzt. Die Wehr holte den Mann wieder herauf. Der Löschzug rückte nach der Birkenstraße 88, Turmstraße und anderen Stellen aus. In dem einen Fall mußte ein kleiner Brand, der in einer Treppe ausgebrochen war, gelöscht werden, und in einem anderen ein Mann aus einer Kiste befreit werden. Gestern früh um 6 Uhr brannten Gleditschstr. 27 Möbel, Kleinfuß usw. in einem Schuppen. Der 10. Zug hatte in der Seestraße vor dem Hause Nr. 89 einen Brand zu löschen, der in einer Kammer ausgebrochen war. Die Wunde mitsamt dem Jagat an Kleibern, Werkzeugen usw. wurde ein Haub der Flamme. In der Wäckerstr. 29 brannten Kleide, eine Holzwanne, der Fußboden u. a. und in der Lindenstr. 72/79 auf dem Rummelplatz Ratsumlarbid, Möbel,







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 10. November.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Cavalleria rusticana. Bajazzo.  
**Königl. Schauspielhaus.** Wilhelm Tell.  
**Deutsches König. Oper.** Hammerstein. Eine Heiratgeschichte. (Anfang 8 Uhr.)  
Regist. Michael Kramer.  
**Neues Schauspielhaus.** Faust I. Teil.  
Anfang 8 Uhr.

**Neues Königl. Oper-Theater.** Der Gernandelpaar.  
**Neues. Wahrheit.**  
**Wien.** Der tolle Bauer.  
**Verlauer.** Der Veltchensfresser.  
**Reines.** Lada Frederic.  
**Romische Oper.** Pelles und Melisande.  
**Reizend.** Rimmere dich um Amelle.  
**Heibel.** Der Liebhaber.  
**Schiller u. Hauser - Theater.** Kabale und Liebe.  
**Schuer.** Charlottenburg. Die Braut von Messina.  
**Friedrich.** Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.  
**Thalia.** Bruder Straubinger.  
**Luisen.** Eine tolle Nacht.  
**Vauvriehaus.** Die Tür ins Freie.  
**Arion.** Die Hebe macht.  
**Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin.  
**Berliner Operetten-Theater SW.** Havana. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bernhard Rose.** Herr Paragraf.  
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Don Carlos.  
**Gebrüder Herrfeld.** Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Zell.  
**W. Noack.** Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.  
**Met. oval.** Donnerwetter - tadellos.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Parade.** Spezialitäten.  
**Rafino.** Die Dianabäder. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Polles-Caprice.** Die Brautschau. Die lästige Witwe.  
**Gahav Behrens.** Echte Spreewaldener. Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Der Montblanc.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67/68.

**Neues Theater.**  
Morgen bis Freitag:  
**Wahrheit.**  
Sonabend zum erstenmal:  
**Ahasver-Besuch - Silberfischchen.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Musik.**  
Mittwoch: Wahl.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der tolle Bauer.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu halben Preisen: Die lustige Witwe.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**

**Dienstag, 9. November, Anf. 8 Uhr:**  
**Wilhelm Tell.**  
Mittwoch: Egon.  
Donnerstag: Anteros.  
Freitag & 1. Male: Seine Hoheit.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Veilchenfresser.**  
Morgen: Der Veilchenfresser.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Tür ins Freie.**

**Heibel-Theater**  
Königsrüder Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:  
**Der Liebhaber.**

**Residenz-Theater.**  
- Direction: Richard Alexander. -  
Abends 8 Uhr:  
"Kümmere Dich um Amelle."  
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von George Feydeau.  
Morgen u. So. Tage: Kümmere Dich um Amelle.  
Sonntag, 16. Nov., nachm. 3 Uhr: Gaben Sie nichts zu verzollen?

**Gustav Behrens-Theater.**  
Goltzstr. 9.  
**Echte Spreewaldener.**  
Vollständ. mit Gesang und Tanz von Walthar Gerloke.  
Franz Heibig, Musikdirektor; Dir. Gustav Behrens, Wilhelm Henschel, Arbeiter; Regist. Bernh. Lange.  
Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.  
**Dunkes Vitograph.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

**Walhalla Variete-Theater.**  
Weindergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr:  
Das vollst. neue Novemberprogr.  
Perzina m. seinen 110 Tieren  
Am Tunnel Regimentskapellen etc.  
Theaterbesucher hab. freien Eintritt

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der schwarze Kavaller.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der schwarze Kavaller.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Zwillingsschwester.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**

**Urania.**  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Montblanc.**

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Eine tolle Nacht.**  
Mittwoch: Die Egre.  
Donnerstag: Die Egre.  
Freitag: Eine tolle Nacht.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Mchensbrüdel. Abends: Eine tolle Nacht.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Plachsmann als Erzähler. Abends: Die Egre.  
Montag: Eine tolle Nacht.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter - tadellos!**  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.  
Sonntag, 15. November, nachm. 3 Uhr:  
**Durchlaucht Radieschen.**  
Naturwissenschaftlich. Schauspiel von Prof. Joh. v. Wosinger.

**Wilhelm-Theater.**  
Brückenstr. 2, an d. Jannowitzbrücke. Anf. 8 Uhr.  
**Eröffnung**  
Sonabend, den  
**14. Novbr.**  
**Die Schöpfung.**  
Naturwissenschaftlich. Schauspiel von Prof. Joh. v. Wosinger.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
Kastanien-Allee 7-9.  
**Don Carlos.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Morgen: Die von Hochstetel. Nachm. Donnerstag, 19. November: S. Opernabend: Der Freischütz.

**Berliner Eis-Palast**  
Unterstr. 22/24. Ständige Eisbahn. Von morgens 10 Uhr bis 12 Uhr geöffnet.  
**Großes Konzert.**  
Abends 9 Uhr:  
Auftreten erwie. Musikanten und -solisten.

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-12 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Abends 8 Uhr:  
**Stürmischer Jubel**  
**Die beiden Bindelbands.**  
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Vorher: Künstler-Zell u. a.: Gebr. Renzoni, Marga u. Milli Blis' Ballett: Ein Wassertraum. Kun Arpad, jugendlicher Geigenvirtuose Wacker u. Wackers' Gebirgs - Typen. The six Rockets, Gesangs- und Tanz-Terzett.

**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Mittwoch, den 11. November 1908: Für Felix von Schillers Geburtstag:  
**Wallensteins Tod.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 8 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 48.  
Größtes und vornehmstes Theater-saal Moabits.  
Donnerstag, den 12. November:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Duldspiel in 4 Akten v. Rob. Benedic. Anf. d. Vorst. 8. Aufführung 7 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Ball.

**W. Noackes Theater**  
Direction Rob. Dill. Ganssentr. 10.  
Letzte Woche! Letzte Woche!  
**Frau Boes Nache.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonabend, 14. Nov.: Färrer von Rirchfeld.  
Sonabend, 21. Nov.: 20jähriges Bühnenjubiläum Dir. Rob. Dill.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 10. November 1908:  
**Goldener Boden.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von C. G. und C. Vogel. Rufst von Franz Brandt.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Anni Wünsch.**  
**Schneider-Duncker**  
**Willi Prager**  
und das großartige  
**November - Progr.**

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree!  
Lebend! Das Lebend!  
**Bärenweib.**  
Simpson der lobende Amboß der Mann mit dem Steinkörper. Neapolitanische Singanten. Pano phon-Vorträge:  
Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso etc. Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Gastspiel-Theater**  
Köpenicker Straße 68.  
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel Hedwig Lange.  
**Zaza.**

**Walhalla Variete-Theater**  
Weindergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr:  
Das vollst. neue Novemberprogr.  
Perzina m. seinen 110 Tieren  
Am Tunnel Regimentskapellen etc.  
Theaterbesucher hab. freien Eintritt

### 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis I., II., III. Abteil. (Schönhauser Vorstadt)

Sonnabend, den 14. November cr.  
**Kunst = Abend**  
im  
**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.

Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester. Dirigent: M. Fischer. - Konzertmeister A. Sens. Harfistin Fräulein Emma Kratje. Gesang Frau Klara Urlau. Rezitation Herr Paul Stiefer.  
Eröffnung 7 Uhr. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.  
Billets 50 Pf. Dieselben sind bei den Bezirksführern und in der Expedition von Karl Mars, Lychener Straße 123, zu haben. 230/15\*

### Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 10. November 1908, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Premiere**  
des diesjährigen großen **Pracht-Mausen-Schaustückes Golo**  
der Seeräuber und Mädchenhändler.  
Die gesamte dekorative Ausstattung einschließlich Requisition aus den Ateliers von Georg Handrich, Dresden; Kostüme aus den Ateliers Pascaud Seours, Paris; Beleuchtungs-Effekte von der Firma Schwabe & Co., Hoflieferanten, Berlin. Einstudiert vom kgl. italienischen Hofballettmeister Signor Giovanni Pratesi. Musik vom Kapellmeister Dominik Ertl. Inszeniert vom Direktor Albert Schumann.  
1. Akt: Ein Fischerdorf in Holland. 2. Akt: Diamantengrotte in Indien. 3. Akt: Jagdzug des Maharadscha, Verfolgung des Mädchenhändlers, Zerstörung seiner Burg am Meer. 4. Akt: Der Elefant als Urtellsvollstrecker (Salamos Opferung). 5. Akt: Pompöses Fest beim Maharadscha. Noch nie gesehene Schluss-Apotheose. Vorher: Gala-Programm und die einstimmig von sämtl. Zeitungen Berlins als das Beste anerkannten großartigen November-Spezialitäten.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
Am Alexanderplatz. B. Jelmlich.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.**  
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. 2161b\*  
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Palast-Theater**  
Danzstr. 24, 2. Min. v. Obj. Ecke  
Täglich 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Das glänzende November-Programm.**  
Der Spion!! Vendaros Wunderaffen. Mr. Carlo. Stava und Ella. Foldow Seagall. Finlay Brothers. Les 3 Soraines. Ella Vengaro Trio. Rämber Comp. Biographische Bilder.  
**Die Frau mit den drei Männern.**  
Familienarten, wochentags halbe Preise, überall gratis.

**Reichshallen-Theater Stettiner Sänger**  
Unter anderem:  
Das versiegelte Brautpaar. Urkomische Burleske. Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72.  
Täglich:  
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobanski. Neu! Neu!  
12 Nummern 12 Pf.  
Um 9 Uhr:  
**R u t h.**  
Komödie in 1 Akt von Braune. Anf. 8 Uhr, d. Konzerts 7 1/2, Sonntags 6 1/2, Uhr, des Konzerts 5 1/2, Uhr.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Theater-Abend. Gastsp. d. Berl. Schauspiel-Ensembles. Zum ersten Male: Frauen von heute. Duldspiel in 4 Akten von A. Walther u. Leo Stein. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger und Tanztruppen. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Kranzstr. 132  
Abends 8 1/2 Uhr.  
**Herr Paragraf.**  
Schauspiel in 3 Akten von P. Wilders. Wochentagspreise.

**Parodie-Theater**  
Dresdener Straße 97.  
Heute:  
**Cavalleria-Rusticana** und die urkomische Burleske "Berlin steht Kopf".  
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2, Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
8 1/2 Uhr: Hotel Einsiedler.  
8 1/2 Uhr: Das November-Programm. Original Oedrich Ullts usw.  
9 1/2 Uhr:  
"Die Dianabäder".  
Sonntag 4 Uhr: Die tolle Kiste

**Theater Folies Caprice**  
Lützenstr. 132.  
Durchschlagender Erfolg!  
**Die lästige Witwe.**  
Die Brautschau.  
Neu: Grönecker als Verteidiger in Strafsachen. Vorverk. v. 10-2 a. d. Kasse, d. Berthelmu. Invalidenstr.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königsdor.  
Heute, Dienstag, 9. Tag der  
**Gr. Internationalen**  
**Ringkampf - Konkurrenz**  
um den **Großen Preis von Berlin - 6000 M.** in bar.  
Heute ringen 4 Paare:  
Zippo-Nord-Amerika gegen John Pohl - Abs H-Deutschland. Wachturoff-Rußland gegen Jaksen Deridder-England. Masi Junio-Italien gegen Maksimik-Galigen. Entscheidungskampf: Schibitski-Berlin gegen Franz Sauerer-Bayern. Vor den Ringkämpfen: Austr. der neuesten und besten Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Ref. Platz 1 R. Rum. Tisch 2 R.

In dieser Welt bleibt

### Amor

das beste Metallputzmittel

### Kaol

beste flüssige Metallpolitur

### Katze im Kessel

bestes Schauerpulver für die Küche

### Servus

bestes Schuh-Putzmittel

Ueberr! zu haben von 10 Pf. an.  
Fabrik: Lubarsynski & Co., Berlin.



